

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

Berliner Forum Gewaltprävention

Brücken bauen – Respekt fördern – Vielfalt gestalten
Dokumentation des 11. Berliner Präventionstages

Nr. 46

Impressum

Berliner Forum
Gewaltprävention

Das BFG erscheint
unregelmäßig.

Es wendet sich an
Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter
von Institutionen,
Verwaltungen,
Verbänden und an
die interessierte
Öffentlichkeit als
Forum zur Diskussion
und Information über
Prävention.

Herausgeberin:
Landeskommission
Berlin gegen Gewalt
Vorsitzender:
Staatssekretär
Andreas Statzkowski
Senatsverwaltung für
Inneres und Sport

Klosterstr. 47,
10179 Berlin-Mitte

Telefon:
(030) 90223 - 2913
Telefax:
(030) 90223 - 2921

E-Mail:
berlin-gegen-gewalt@
seninnnsport.berlin.de

Internet:
berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:
Christine Burck

Inhaltsverzeichnis

Programm des 11. Berliner Präventionstages	7
Forenübersicht	8
Thomas Härtel Eröffnung des 11. Berliner Präventionstages	10
Wilhelm Heitmeyer Gesellschaftliche Entwicklungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	13
Prof. Barbara John Stephan Voß Verleihung des 11. Berliner Präventionspreises	21
Die Preisträger	26
Yasemin Shooman Islamfeindlichkeit in Deutschland	27
Sawsan Chebli JUMA – Jung, muslimisch, aktiv Eine Projektbeschreibung	36
Lela Lähnemann Strategien im Umgang mit Diskriminierung und Homophobie	42
Heroes - Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre - Ein Projekt für Gleichberechtigung von Strohalm e.V.	45
Ulrich Dovermann Mit Extremisten reden? Erfahrungen, Möglichkeiten, Grenzen und Zwänge im unmittelbaren Umgang mit extremistisch beeinflussten Menschen.	48
Thomas Mücke MAXIME Wedding - Ein interkulturelles Präventionsprojekt im Wedding	55
Michael Kohlstruck „Strategien gegen Rechtsextremismus“	61
„Wenn Verantwortung Schulfach ist“ Lernen fürs Leben an der Evangelischen Schule Berlin Zentrum	68

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge übernehmen die Autorinnen und Autoren die volle Verantwortung im Sinne des Pressegesetzes.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.
ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:
Ute Vialet

Nr. 46
2012, 14. Jahrgang

Druckauflage:
1.000 Exemplare

Druck:
Druckerei Motiv Offset

Johannes Schopp & Jana Marek Der Dialog als Inspirationsquelle	71
Kerstin Knye und Cvetka Bovha Betzavta-„Miteinander“ Training für Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranzentwicklung	76
Sigrid Peuker Der Dialog als Methode nach David Bohm	78
Margot Wichniarz - Protokoll Workshop E Brücken bauen, Respekt fördern, Vielfalt gestalten – aber wie	86
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	96
Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt	98

11. Berliner Präventionstag



Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

Mit freundlicher Unterstützung von



Tempelhof-Schöneberg



Programm des 11. Berliner Präventionstages

Brücken bauen – Respekt fördern – Vielfalt gestalten

Begrüßung

Angelika Schöttler,

Tempelhof - Schöneberg

Eröffnung

Thomas Härtel,

Vorsitzender der Landeskommision

Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär für Sport

Deutsche Zustände: Ausmaße und Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer,

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung,

Universität Bielefeld

Verleihung des Berliner Präventionspreises 2011

Prof. Barbara John, Berlin

Musikalische Umrahmung:

Blechbläser AG unter der Leitung von Helga Schwäricke,

Paulsen-Gymnasium, Steglitz-Zehlendorf

Die Preisträger präsentieren ihre Projekte in der Brandenburghalle

Ausstellung und Dialog

Foren (s. Forenübersicht)

HeartBeaters

Percussiongruppe der besonderen Art,

Leitung: Pamela Rehfeld

Gesamtmoderation

Shelly Kupferberg, Journalistin

Forenübersicht

Forum 1

Strategien gegen Islamfeindlichkeit.

Yasemin Shooman, M.A., Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin

Moderation: Dr. Götz Nordbruch, ufuq.de

Forum 2

JUMA – Jung, Muslimisch, Aktiv – Dialogprojekt mit muslimischen Jugendlichen

Leila Younes Al-Amayra, Studentin an der Uni Halle, Younes Al-Amayra, Islamwissenschaftler, Osamah Al-Doaiss, ehemaliger Schüler der Menzel-Oberschule, Merve Kirdag, Schülerin der Menzel Oberschule

Moderation: Sawsan Chebli, Grundsatzreferentin für Interkulturelle Angelegenheiten, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Forum 3

Strategien im Umgang mit Diskriminierung und Homophobie

Lela Lähnemann, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

Moderation: Sanem Kleff, „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“

Forum 4

HEROES – Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre

Yilmaz Atmaca, Eldem Turan, HEROES

Moderation: Malin Schmidt-Hijazi, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Forum 5

Mit Extremisten reden? Erfahrungen, Möglichkeiten, Grenzen und Zwänge im unmittelbaren Umgang mit extremistisch beeinflussten Menschen

Ulrich Dovermann, Bundeszentrale für politische Bildung

Moderation: Jan Buschbom, wissenschaftliche Beratung, Violence Prevention Network e.V.

Forum 6

Maxime Wedding – ein interkulturelles Präventionsprojekt im Wedding

Thomas Mücke, pädagogische Leitung von Violence Network e.V.

Moderation: Arno Winther, Schulpsychologe für Gewalt- und Krisenintervention im Bezirk Spandau

Forum 7

Strategien gegen Rechtsextremismus

Dr. Michael Kohlstruck, Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus

Moderation: Carl Chung, Projektleiter Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“, Stiftung SPI

Forum 8

Kinder haben viel zu sagen – Demokratie leben und lernen an unseren Schulen

Margret Rasfeld, Schulleiterin der Evangelischen Schule Berlin Zentrum

Moderation: Shana Kleeberg, Schulsprecherin der Evangelischen Schule Berlin Zentrum

Forum A

Workshop – Strategien gegen linke Gewalt

Moderation: Eberhard Seidel, Journalist

Forum B

Workshop – „Erkunden statt verkünden“ Dialog und Respekt in der Familie

Johannes Schopp, Jugendamt Dortmund, Leiter des Referats Elternbildung

Forum C

Workshop – „Betzavta - Miteinander“ - Ein Training für Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranzentwicklung

Kerstin Knye, Dipl. Sozialpädagogin, Dresden

Cvetka Bovha, Dipl. Pädagogin, Berlin

Forum D

Workshop – Der Dialog als Methode nach David Bohm

Sigrid Peuker, M.A., Kommunikationswissenschaftlerin, Berlin

Forum E

Podiumsdiskussion – Brücken bauen, Respekt fördern, Vielfalt gestalten – aber wie?

Ender Çetin, DITIB, Mahmoud El-Hussein, Arabische Eltern-Union e.V., Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte im Bezirk Tempelhof/Schöneberg, Burhan Kesici, Islamische Föderation Berlin, Mehmet Koç, Türkischer Bund Berlin-Brandenburg, Arnold Mengelkoch, Migrationsbeauftragter im Bezirk Neukölln, Lydia Nofal, Inssan e.V.

Thomas Härtel

Eröffnung des 11. Berliner Präventionstages

Sehr geehrte Frau Bezirksstadträtin Schöttler, sehr geehrte Vizepolizeipräsidentin Koppers, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Heitmeyer, sehr geehrte Damen und Herren, herzlich willkommen im Rathaus Schöneberg. Ich freue mich, heute den 11. Berliner Präventionstag zu eröffnen. Dafür, dass wir auch in diesem Jahr wieder hier tagen dürfen, danke ich dem Bezirk Tempelhof - Schöneberg. Ich bitte Sie, Frau Schöttler, dem Bezirksamt diesen Dank weiterzuleiten. Mein Dank gilt auch dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit. Er hat die Schirmherrschaft über den 11. Berliner Präventionstag übernommen.

Mein ganz besonderer Dank gilt in diesem Jahr den Sponsoren der Sonderpreise, die im Rahmen des Berliner Präventionspreises verliehen werden. Sehr geehrter Herr Laßok, sehr geehrter Herr Salewsky, sehr geehrter Herr Wildenhein, die Unfallkasse Berlin, die SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co KG und die Initiative Schutz vor Kriminalität stiften die meist mit 1.000 € dotierten Sonderpreise seit 2002: also seit 10 Jahren. Ihrem kontinuierlichen Engagement ist es zu verdanken, dass 30 Projekte im Rahmen des Berliner Präventionspreises mit diesen Preisen ausgezeichnet werden konnten. Den Projekten sind insgesamt rund 30.000 € zu Gute gekommen. Ihre Arbeit konnte öffentlich gewürdigt werden. Ohne Sie als Stifter wäre dies nicht möglich gewesen. Für Ihr Engagement im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention, das keineswegs auf die Unterstützung des Berliner Präventionspreises beschränkt ist, gebührt Ihnen der Dank von uns allen. Es ist keine Selbstverständlichkeit. Es baut Brücken. Es fördert Respekt. Und es hilft Vielfalt zu gestalten.

Diesem Thema sind der diesjährige Präventionstag und der Berliner Präventionspreis 2011 gewidmet. Es ist ein Thema, das in einer multikulturellen Metropole wie Berlin große Bedeutung hat. Wir leben in einem Schmelztiegel verschiedener Kulturen und Nationalitäten. Die Menschen in unserer Stadt verfolgen unterschiedliche Lebensentwürfe. Es gibt Christen, Muslime, Juden und Atheisten. Es gibt Reiche und Arme, Männer und Frauen, Junge und Alte. Es gibt einflussreiche und weniger einflussreiche Menschen, solche mit und solche ohne Arbeit, mit Wohnung und ohne Wohnung. Es gibt Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Menschen mit und ohne Behinderung. Es gibt für jeden und jede in unserer Stadt unabhängig von der Herkunft Fremde und weniger Fremde, Fremdes und weniger Fremdes. Wir alle leben in ganz unterschiedlichen Milieus, die sich allerdings keineswegs entlang der Herkunft sortieren. Vielfalt ist Realität. In einer solchen Vielfalt zusammenzuleben, erfordert Respekt gegenüber den Anderen und ihren Lebenswelten.

In einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft müssen wir das Verbindende suchen, bewahren und hervorheben. Die Grundlage hierfür ist das Grundgesetz. Dort heißt es in Artikel 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit...“ Und in Artikel 3: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt...Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ In Artikel 10 der Verfassung von Berlin wird zusätzlich formuliert, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

Nun wissen wir alle, dass nicht überall und immer entsprechend den Normen des Grundgesetzes gehandelt wird. Wir haben in unserer Stadt mit Gewalt, Rassismus, Extremismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Phänomenen zu tun, die auf die Abwertung verschiedener Personengruppen zielen.

Auch die Ergebnisse der vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen in unserem Auftrag erstellten Studie „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin“ zeigen, dass hier Handlungsbedarf besteht: Insgesamt 12,8% der befragten Berliner Schülerinnen und Schüler haben antisemitische und 27,4% haben homosexuellenfeindliche Einstellungen. Junge Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei und aus dem Libanon weisen sogar zu rund 35% antisemitische Einstellungen und zu über 50% homosexuellenfeindliche Einstellungen auf. Unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund finden wir 7,8% mit deutschenfeindlichen Einstellungen.

Von den Jugendlichen deutscher Herkunft stimmen 44,7% der Aussage zu, dass sie Probleme hätten, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben. 13,1% sind der Meinung, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland und 12,1% sagen, dass Muslimen die Religionsausübung in Deutschland untersagt werden sollte. Als hoch ausländerfeindlich schätzt das KFN 8% und als eher ausländerfeindlich 18,2% der befragten Schülerinnen und Schüler ein. Als rechtsextrem werden 1% der Jugendlichen deutscher Herkunft und als linksextrem 3,9% aller befragten Jugendlichen eingeschätzt. Von Diskriminierungserfahrungen berichtet mehr als jeder Dritte der Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei, aus dem Libanon, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus anderen islamischen Ländern.

All dies, meine Damen und Herren, ist ein Beispiel für das Trennende in der Vielfalt. Hier zeigt sich einmal mehr, dass Brücken gebaut werden müssen, dass wir Alles daran setzen müssen, Respekt und Wertschätzung untereinander und Neugierde füreinander zu fördern. Und es sind nicht nur die Einstellungen junger Menschen, die uns Sorgen machen, sondern auch die der Erwachsenen. Herr Prof. Dr. Heitmeyer wird uns gleich dazu sicherlich Einiges berichten können. Deutlich wird jedoch aus den Ergebnissen der Schülerbefragung, dass abwertende Haltungen anderen Menschen gegenüber, dem Grunde nach nicht abhängig sind von der Frage, welcher Herkunft diese jeweils sind. Dies zeigt auch noch ein anderes Ergebnis der Studie des KFN: 37,6% der befragten Schülerinnen und Schüler haben angegeben, dass sie von Lehrkräften gemein behandelt oder lächerlich gemacht wurden. Auf der anderen Seite haben 15,4% von 165 Lehrkräften angegeben, dass ihnen von einem oder mehreren Schülern Gewalt angedroht wurde, 21% dass sie lächerlich gemacht und 44,2% dass sie beschimpft wurden.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen scheint es fraglich, ob unsere Schulen ein Ort des gegenseitigen Respekts sind. Alle diese Erkenntnisse zeigen, dass wir mit dem Thema des diesjährigen Präventionstages richtig liegen. In den kommenden Jahren werden viele ganz unterschiedliche Brücken gebaut werden müssen. Gerade in unseren Erziehungs- und Bildungseinrichtungen müssen wir dafür sorgen, dass Respekt und Wertschätzung umfassend Geltung bekommen.

Wir haben uns als Landeskommision Berlin gegen Gewalt seit Jahren darum bemüht, Berliner Schülerinnen und Schüler im Rahmen von verschiedenen Schreib- und Plakatwettbewerben die Gelegenheit zu geben, sich mit Fragen des Respekts und der Wertschätzung von anderen Menschen auseinanderzusetzen. Im Jahr 2010 haben wir einen Kunstwettbewerb mit dem Titel „Welche Farbe hat Deine Toleranz?“ durchgeführt. Heute möchte ich Ihnen die Schülerinnen vorstellen, die den 1. Preis der Sekundarstufe II im Rahmen dieses Wettbewerbes gewonnen haben.

Es sind Jennifer Sengpiel und Maria Wohland. Als Sie das Plakat gestaltet haben, dass jetzt hinter uns zu sehen, waren Sie Schülerinnen des OSZ Handel in Kreuzberg. Frau Sengpiel, Frau Wohland, Ihr Plakat berührt auf eine sehr beeindruckende Art und Weise das Thema des diesjährigen Präventionstages. Sie haben mit dem Plakat Vielfalt gestaltet: Superman mit Handtäschchen, Kette und Hündchen, um nur einige Aspekte herauszugreifen. Herzlichen Glückwunsch noch einmal zu dieser wirklich gut gelungenen Arbeit. In Kürze werden wir das Plakat im ÖPNV plakatieren lassen und es so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die Berliner Präventionstage, meine Damen und Herren sind immer auch Anlass für mich, ein wenig Bilanz zu ziehen. Vor diesem Hintergrund komme ich noch einmal auf die Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes zurück. Eine Ihrer Kernaussagen im Empfehlungsteil lautet: „Weiter so!“ Woran liegt das? Es liegt daran, dass die Studie für Berlin insgesamt zahlreiche positive Ergebnisse liefert. Die Auswertung von Gewaltopfer und -tätterraten belegen für Berlin keine höhere Gewaltbelastung als in anderen Gebieten Deutschlands. Brutaler sind die Täter in Berlin ebenfalls nicht. Die Täterraten liegen bei uns sogar niedriger als im Bund und in anderen Großstädten. Dies gilt auch in Bezug auf junge Menschen mit Migrationshintergrund. Integration gelingt laut KFN in Berlin besser als anderswo in Deutschland. Auch andere Formen der Delinquenz liegen mit Ausnahme von Graffiti-delikten unterhalb des Durchschnitts der Bundesrepublik Deutschland. Berliner Schülerinnen und Schüler trinken weniger als andere. Komasaufen ist weniger verbreitet. Der Konsum von Haschisch und von Gewaltfilmen dagegen ist verbreiteter als anderswo in Deutschland. Schuldistanz ist bei uns intensiver ausgeprägt, andererseits erfahren in Berlin mehr Schuldistanzierte mindestens eine Reaktion von Schule oder Jugendhilfe als andernorts. In der Kindheit wurden in Berlin weniger junge Menschen Opfer elterlicher Gewalt als im Bund. Ausländerfeindliche, antisemitische und muslimfeindliche Einstellungen und der Rechtsextremismus insgesamt sind in Berlin weniger verbreitet als im Bund und in anderen Großstädten. Als ursächlich für diese Befunde sieht das KFN unter anderem die gute Präventionsarbeit in Berlin. Besonders hervorgehoben werden die Präventionsarbeit in den Schulen und die der Berliner Polizei sowie die Zusammenarbeit von Schule und Polizei. Die Alkoholprävention in unserer Stadt findet ebenfalls positive Erwähnung. Anscheinend wirken auch die Projekte gegen Rechtsextremismus. Insgesamt dürfen wir uns über diese Ergebnisse freuen.

Ich möchte mich jedenfalls bei Ihnen allen für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit bedanken. Bei aller gebotenen Vorsicht im Umgang mit den Ergebnissen der KFN - Studie freue ich mich darüber, dass sich unsere gemeinsamen Anstrengungen und unser gemeinsames Engagement offensichtlich gelohnt haben. Und dennoch bleibt noch viel zu tun. Jeder fünfte junge Mensch in unserer Stadt wird Opfer von Gewalt. Dies dürfen wir genauso wenig hinnehmen, wie Rassismus, Extremismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Phänomene die auf die Abwertung anderer Menschen zielen. Es gilt also, dran zu bleiben, weiter zu machen und nicht nachzulassen in unserem Engagement. In Erinnerung an den 10. Berliner Präventionstag, an dem es um Evaluation und Qualitätsstandards in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention ging, denke ich sogar: Wir müssen noch besser werden. Und wir können noch besser werden, wenn wir künftig die vorhandenen Probleme noch genauer analysieren, die dazu notwendigen Instrumente und eine Evaluationskultur in Berlin entwickeln, die es uns erlaubt, unsere Arbeit noch zielgerichteter und wirksamer zu gestalten.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen einen ertragreichen, spannenden und auch schönen 11. Berliner Präventionstag.

Vielen Dank

Gesellschaftliche Entwicklungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Vortrag auf dem Präventionstag am 3.11.2011 in Berlin

1. Vorbemerkung

Eine erfolgreiche Prävention sozialer Probleme ist abhängig von theoriebasierten empirischen Analysen. Allerdings werden Präventions- oder Interventionsansätze vielfach unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen durchgeführt. Dies führt nicht zu einer erfolgreichen Strategie. Zudem sind zahlreiche Präventions- oder Interventionsmaßnahmen nur die Weiterführung des bisher Bekannten, unabhängig von veränderten Bedingungen. Dies kann nicht zielführend sein und bedarf der dringenden evaluativen Überprüfung.

Gleichzeitig muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass es eine Spannung gibt zwischen den Logiken, die im wissenschaftlichen Bereich und in der Praxis existieren. Wissenschaft ist darauf angelegt, Theorien mittlerer Reichweite zu entwickeln und sie empirisch zu überprüfen, um verallgemeinerbare Aussagen zu treffen. Auf der anderen Seite ist Praxis in den Präventions- und Interventionsprojekten darauf hin angelegt, den jeweiligen Einzelfall zu lösen und erst dann gibt es entsprechende Erfolgsmeldungen bzw. Unterstützung für die Weiterarbeit. Insofern ist es dringend geboten, dass neue Formen der Transmission wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis einerseits und Rückmeldungen der Praxis im Hinblick auf die Problemdefinition im Alltag von Jugendarbeit und Schulsozialarbeit etc. rückgespiegelt werden in wissenschaftliche Denkweisen, um daraus wiederum Projekte zu entwickeln, die empirisch die Realität auszuleuchten versuchen.

Zugleich ist auch zu unterscheiden zwischen Präventionsansätzen, die darauf hin angelegt sind, etwas zu vermeiden, was es noch nicht gibt. Dies ist eine besondere Aufgabe, während Interventionsprojekte auf das reagieren, was bereits vorgefallen ist. Auch diese Unterscheidung wird vielfach vernachlässigt und muss stringenter angewendet werden. Diese Vorbemerkungen sind daraufhin ausgelegt, Konsequenzen aus den nachfolgenden Analysen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit anzulegen, wobei in den Präventions- bzw. Interventionsprojekten immer genau zu definieren ist, was die jeweiligen Institutionen, Initiativgruppen und Akteure in den unterschiedlichen Institutionen tatsächlich beeinflussen können bzw. was sie nicht beeinflussen können. Erst über diese genaue Analyse der Beeinflussbarkeit bestimmter Faktoren ergeben sich dann realistische Chancen auf Erfolge.

Der Ansatz, alle „möglichen“ Einflussfaktoren etwa zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und daraus entstehender Gewalt beeinflussen zu wollen, führt bei den Akteuren vor Ort in der Regel zu erheblichen Frustrationen. Deshalb ist eine genaue Zielanalyse im Hinblick auf die Realisierbarkeit von Prävention bzw. Intervention absolut notwendig, zumal zahlreiche verursachende Faktoren im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auf einer Makroebene angesiedelt sind, die für Akteure in den ausgewählten Institutionen nicht beeinflussbar sind.

Dies mag eine desillusionierende Vorstellung sein, aber hilft auf der anderen Seite, dass u. a. in den pädagogischen oder sozialisatorischen Interaktionen realistische Veränderungen erzielt werden können.

2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Auch in dieser Gesellschaft gibt es bedenkliche Entwicklungen und Ausmaße von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (vgl. Abb. 1), die sich dadurch auszeichnen, dass schwache Gruppen in den Fokus von Abwertungen und Diskriminierungen geraten: Zugewanderte, Muslime, Farbige, Homosexuelle, Obdachlose u. a., die dann unter Umständen damit rechnen müssen, dass diese Abwertungen und Diskriminierungen in der Bevölkerung auch zur Legitimation von Gewalt durch verschiedene, etwa rechtsextremistische Gruppen dienen.



Abb. 1: Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Diese Entwicklung ist in einer zehnjährigen Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit jährlichen Befragungen von ca. 2.000 repräsentativ ausgewählten Personen dieser Gesellschaft dokumentiert und analysiert worden, wobei die Entwicklungen der Abwertungen über die Zeit nicht einheitlich verlaufen. Neben positiven, d. h. abnehmenden Abwertungen gibt es aber auch wieder zunehmende Abwertungen. Dazu sind inzwischen entsprechende Ergebnisse in den zehn Bänden mit dem Titel „Deutsche Zustände“ des Suhrkamp Verlages dokumentiert (vgl. Heitmeyer 2012).

Solche Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen sind auch ein Ergebnis verschiedener struktureller Hintergrundprozesse, denn solche Einstellungsmuster entwickeln sich, verändern sich über die Zeit, z. T. verschärfen sie sich, z. T. reduzieren sie sich. Von besonderer Bedeutung sind dabei der soziale Wandel und daraus entstehende Krisenanfälligkeit dieser Gesellschaft, d. h. es gibt bestimmte Erfahrungen etwa sozialer Desintegration und/oder damit verbundener Ängste, die sich dann unter Krisenbedingungen verschärfen. Zudem ist auf die Veränderung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik hinzuweisen.

D. h. dass es einen Kontrollgewinn des Kapitals und eines Kontrollverlustes nationalstaatlicher Politik gibt (vgl. Heitmeyer 2001), um bestimmte Desintegrationsgefahren zu bearbeiten, d. h. abzdämpfen, dass es nicht zu Prozessen etwa der Abwertung von schwachen Gruppen kommt, um sich selbst aufzuwerten.

3. Soziale Desintegrationsprozesse und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Dem Bielefelder Ansatz zur sozialen Desintegration (Anhut/Heitmeyer 2000) liegt die These zugrunde, dass jede Gesellschaft bestimmte Integrationsleistungen vollbringen muss, einschließlich sozialer Normen wie die Gleichwertigkeit von Menschen und die Sicherung der psychischen und physischen Integrität der Menschen. Dieses Konzept enthält drei Dimensionen auf zwei Ebenen. Inwieweit Integration unter diesen Bedingungen funktioniert, entscheidet sich an drei zentralen Aufgabenstellungen, die die Theorie Sozialer Desintegration charakterisieren (Abb. 2).

Elemente der Theorie Sozialer Desintegration (TSD) Dimensionen und Beurteilungskriterien			
Integrationsdimension	Sozial-strukturelle D. (Reproduktion)	Institutionelle D. (Vergesellschaftung)	Personale D. (Vergemeinschaftung)
Lösung folgender Aufgabenstellung:	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgleich konfligierender Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • Herstellung emotionaler Beziehungen
Beurteilungskriterien:	<ul style="list-style-type: none"> • Zugänge zu Teilsystemen Arbeit, Bildung, Wohnungsmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahmechancen/ Teilnahmebereitschaft [am Entscheidungsprozess] 	<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung personaler Identität
		<ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung von Grundprinzipien [Fairness, Gerechtigkeit, Solidarität] 	<ul style="list-style-type: none"> • Akzeptanz kollektiver Identitäten und Symbolik
Anerkennungsformen	positionale Anerkennung	moralische Anerkennung	emotionale Anerkennung

Anhut/Heitmeyer 2000

Abb. 2: Elemente der Theorie Sozialer Desintegration (TSD)

Erstens stellt sich in der sozialstrukturellen Dimension, dem Reproduktionsaspekt, das Problem der Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft, was in der Regel objektiv durch ausreichende Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten sichergestellt wird, subjektiv aber auch eine Entsprechung in Form von Anerkennung und Zufriedenheit mit der beruflichen und sozialen Position finden muss. Das Desintegrative besteht hier z. B. in der Gefahr der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und Verarmung.

In der institutionellen Dimension, dem Vergesellschaftungsaspekt, geht es um die Sicherstellung des Ausgleichs konfligierender Interessen, ohne die Integrität und Würde von Personen zu verletzen. Dies erfordert aus der Sicht des Desintegrationsansatzes die Einhaltung basaler, die moralische Gleichwertigkeit des (politischen) Gegners gewährleistender, demokratischer Prinzipien, die von Beteiligten als fair und gerecht bewertet werden. Die Aushandlung und konkrete Ausgestaltung solcher Prinzipien wie Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen ebenfalls entsprechende Teilnahmekancen und -bereitschaften einzelner Akteure. Erst dann ist moralische Anerkennung gesichert. Das Desintegrative besteht hier z. B. in der politischen Einflusslosigkeit und der Rückzüge und der Apathie. Dabei sind mangelnde Teilhabechancen gerade von Migranten offenkundig.

In der personalen Dimension, dem Vergemeinschaftungsaspekt, geht es schließlich um die Herstellung emotionaler bzw. expressiver Beziehungen zwischen Personen zum Zwecke von Sinnstiftung und Selbstverwirklichung. Hier werden erhebliche Zuwendungs- und Aufmerksamkeitsressourcen, aber auch die Gewährung von Freiräumen sowie eine Ausbalancierung von emotionalem Rückhalt und normativen Anforderungen benötigt, um Sinnkrisen, Orientierungslosigkeit, eine Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls oder Wertediffusion und Identitätskrisen zu vermeiden. Erst dann ist emotionale Anerkennung erfahrbar. Das Desintegrative besteht hier z. B. in der Erosion sozialer Kontrolle und Einbindung. Es geht auch um die Anerkennung von Kollektiven durch andere Kollektive z. B. Migranten.

In modernen Gesellschaften erfolgt Integration charakteristischerweise über Interessenausgleich, Anerkennung und Konsensbildung, wohingegen in früheren Integrationsformen, u. a. in traditionellen Gesellschaften, subjektive Zusammengehörigkeitsgefühle häufig auf Zwang oder Konformitätsdruck beruhten. Eine gelungene Bewältigung der Aufgabenstellungen im Sinne unseres Konzeptes basiert auf der Bereitstellung der Möglichkeiten von positionaler, moralischer und emotionaler Anerkennung und einer Selbstdefinition als zugehörig zum entsprechenden sozialen Kollektiv.

Erst auf der Basis sozialer Integration ist freiwillige Normakzeptanz erwartbar. Gleichwohl gibt es ein sehr störanfälliges wechselseitiges Verhältnis von Anerkennung der Person und der Anerkennung von Normen, die wiederum andere vor Gewalt schützen. Unter den Bedingungen von Desintegration und negativen Anerkennungsbilanzen hingegen werden Auswirkungen des eigenen Handelns auf Andere nicht mehr sonderlich berücksichtigt, bestenfalls Gleichgültigkeit, was die Entwicklung antisozialer Einstellungen begünstigt und u. a. die Gefahr einer Absenkung von Gewaltschwellen erhöht.

Kann eine Gesellschaft diese soziale Integrationsleistung – die nicht nur für Zugewanderte, sondern auch für erhebliche Teile der alteingesessenen Mehrheitsgesellschaft gilt – nicht leisten, dann – so die These – gibt es erhebliche Probleme im sozialen Zusammenhalt bzw. in der Abwertung schwacher Gruppen gegenüber denen man sich abgrenzen will auf der sozialen Statusleiter oder die Reklamierung von Etabliertenvorrechten etwa durch Besserverdienende. Daraus entstehen erhebliche Problemlagen, zumal dann, wenn sich aus makrosoziologischer Sicht eine soziale Spaltung etwa über verschiedene Einkommensgruppen zeigt, die inzwischen unabweisbar ist. Ganz unterschiedliche Untersuchungsansätze wie durch die OECD-Berichte oder durch Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen, dass sich diese soziale Spaltung verstärkt. Zugleich haben britische Forscher wie Wilkinson und Pickett (2009) dargelegt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und sozialen Problemen (vgl. Abb. 3) ebenso gibt wie einen Zusammenhang mit bestimmten Gewaltformen.

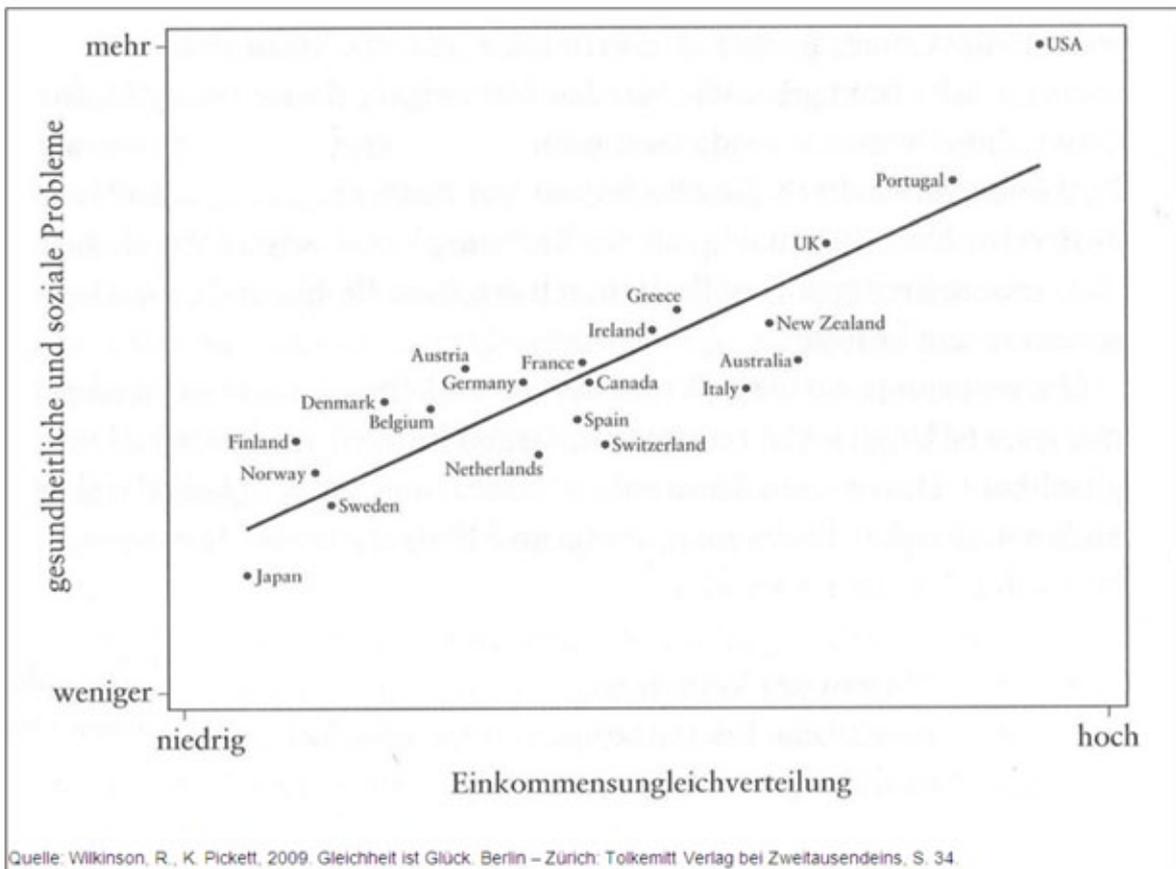


Abb. 3: Einkommensungleichverteilung

Insofern ist es dringend geboten, genauer zu analysieren, welche Normen in einer Gesellschaft erodieren, die einerseits den sozialen Zusammenhalt sichern und andererseits dadurch verhindern, dass Gewaltformen sich entwickeln im Zusammenhang mit Abwertung schwacher Gruppen. Wir können feststellen, dass es eine Erosion von Kernnormen wie Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness gibt, wenn etwa 75 % der Ansicht sind, dass die Bedrohung des Lebensstandards die Solidarität mit Schwachen verringert oder dass die Bemühungen um Gerechtigkeit in Zeiten der Krisen nicht mehr erfolgreich sind, so die Position etwa von 60% der Befragten. Es gibt in erheblichem Ausmaße eine Zustimmung zu einer krisenbezogenen Ideologie der Ungleichwertigkeit, wenn 61% der Ansicht sind, dass es zu viele schwache Gruppen in der Gesellschaft gibt, die mit versorgt werden müssen (Heitmeyer 2009, 19).



Abb. 4: Erosion der Kernnormen

Daraus entstehen Entsolidarisierungsprozesse, die an vielen Stellen auch aggressiv aufgeladen sind und in den letzten Jahren insbesondere bei den Besserverdienenden zu einer viel stärkeren Zustimmung geführt haben. Ein wichtiges Muster dieser Entwicklung zeigt sich in der Verbreitung ökonomistischer Einstellungen in der Bevölkerung.

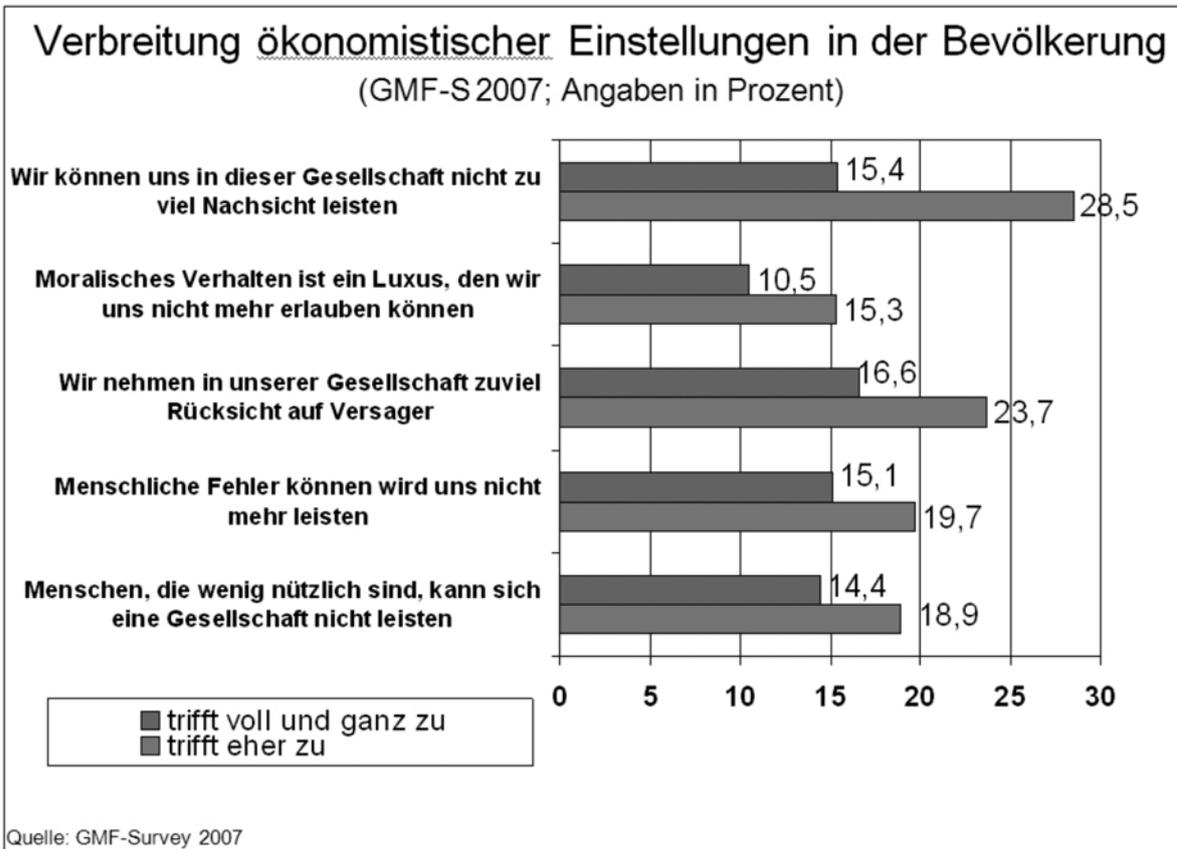


Abb. 5: Verbreitung ökonomistischer Einstellungen

Damit ist gemeint, dass sich die Prinzipien aus der kapitalistischen Ökonomie wie Nützlichkeit, Effizienz und Verwertbarkeit in die sozialen Beziehungen der Gesellschaft einnisten wie in der Theorie von Messner/Rosenfeld (1997) gezeigt wird – und sich daraus entsprechende Bewertungen bestimmter Menschen und Gruppen ergeben, d. h. dass größere Gruppen in der Bevölkerung eine Abwertung schwacher Gruppen mit dieser Logik verbinden. Mit ökonomistischen Denkweisen zahlreicher Menschen hängen insbesondere Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von Behinderten und Obdachlosen zusammen.

4. Folgerungen

Was folgt nun aus den diskutierten Facetten des Bielefelder Desintegrationsansatzes, den Analysen von Wilkinson/Pickett und von Messner/Rosenfeld im Hinblick auf den Übergriff kapitalistischer Prinzipien in die soziale Lebenswelt.

Folgt man Wilkinson/Pickett ist die Begrenzung bzw. Verringerung von Ungleichheit ganz zentral auch im Hinblick auf Gewalt. Die Mordraten sind in ungleicheren Gesellschaften zehnmal so hoch wie in gleicheren, so Wilkinson/Pickett. Deshalb postulieren sie: „Gewalt: aus mangelnder Anerkennung“. Das schließt direkt an unsere Theorie Sozialer Desintegration an. Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland, die Vererbung von Armut und damit Desintegration führt in Deutschland in die falsche Richtung, weil damit die hochemotionale Frage von Ungerechtigkeit verbunden ist. Auch Thome und Birkel (2007) argumentieren in diese Richtung, weil Ungleichheit und Ungerechtigkeit robuste Prediktoren für Gewaltkriminalität seien.

Folgt man der Theorie Sozialer Desintegration, dann ist die Frage, wie negative Anerkennungsbilanzen und damit Desintegration vermieden werden können. Deshalb ist zu fragen, wie wir zu einer neuen Kultur der Anerkennung auch in den sozialisatorischen Institutionen wie Schulen kommen können, in denen z. B. Teile der Migrant*innenjugendlichen – aus vielfältigen Gründen – wenig Anerkennungsmöglichkeiten haben. Was ist zu tun, wenn „alte“ Mechanismen der Integration, also u. a. wie Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Teilnahmemöglichkeiten an öffentlichen Angelegenheiten und die Sicherung stabiler und anerkannter sozialer Zugehörigkeiten für Teilgruppen in dieser ethnisch kulturell sowie sozial heterogenen Gesellschaft nicht mehr wirksam sind?

Schließlich stellt sich im Anschluss an Messner/Rosenfeld die Frage, wie die Übergriffe ökonomischer Rationalitäten in soziale Lebenswelten zurückgedrängt werden können, weil die Veränderungen von der Marktwirtschaft in eine Marktgesellschaft für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft negative Folgen haben. Es ist bedrohlich, wenn Menschen vorrangig nach Effizienz, Nützlichkeit und Verwertbarkeit bewertet und damit auch abgewertet, also in ihrer humanen Gleichwertigkeit nicht mehr anerkannt werden.

Verringerung von Ungleichheit, Begrenzung von Ungleichwertigkeit, Entwicklung einer Kultur der Anerkennung und die Verhinderung der Übergriffe ökonomischer Rationalitäten in die soziale Lebenswelt sind also die Eckpunkte der hier vorgetragenen Argumentationsarchitektur, die gleichzeitig als Ausgangspunkte von veränderten Präventions- und Interventionsansätzen dienen können. Das bedeutet auch, diese Argumentationsarchitektur in die verschiedenen Arbeitsfelder von Prävention und Intervention zu „übersetzen“. Gelingt dies nicht – so die These – wird man massiv den Kontroll- und Repressionsapparat verstärken müssen.

Ausgewählte Literaturquellen

Anhut, R./Heitmeyer, W. (2000), Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*, Weinheim/München, S. 17-75.

Heitmeyer, W. (2001), Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Loch, D./Heitmeyer, W. (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt am Main, S. 497-534.

Heitmeyer, W. (2010), Disparative Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hg.) *Deutsche Zustände*, Band 9, Suhrkamp Verlag, Berlin, S. 13-33.

Heitmeyer, W. (Hg.) (2012), *Deutsche Zustände*, Band 10, Suhrkamp Verlag, Berlin.

Messner, S./Rosenfeld, R. (1997), *Crime and the American Dream*, Belmont, CA.

Thome, H./Birkel, Ch. (2007), Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, 1950 bis 2000, VS Verlag, Wiesbaden.

Wilkinson, R./Pickett, K. (2009), *Gleichheit ist für alle Glück. Warum gerechte Gesellschaften für Alle besser sind*, Berlin.

Verleihung des 11. Berliner Präventionspreises

Die Preisverleihung zum 11. Berliner Präventionspreises wurde durch Frau Barbara John, der Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, sowie von Herrn Stephan Voß, dem Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin vorgenommen. Frau John hat die Laudatio auf die drei ersten Preisträger gehalten. Herr Voß hat die Ehrung der drei Sonderpreisträger ausgeführt.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Härtel, sehr geehrte Frau Polizeivizepräsidentin Koppers, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

der Berliner Präventionspreis 2011 ist dem Thema „Brücken bauen, Respekt fördern, Vielfalt gestalten“, einem integrationspolitischem Thema also, gewidmet. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Gern habe ich es übernommen, die Laudatio zu sprechen. Die Frage, wie das Miteinander aller Berlinerinnen und Berliner gestaltet wird, ist für unsere Stadt von großer Bedeutung. Berlin ist eine Metropole, in der bereits ein hohes Maß an Vielfalt herrscht. Damit diese respektiert und als eine Bereicherung angesehen wird, braucht es auch künftig eine Vielzahl engagierter Menschen, die Brücken bauen: Brücken, die es ermöglichen, neue Ufer zu erkunden. Früher waren diese Brücken instabiler als sie es heute sind. Sie zu passieren war mit vielen Ungewissheiten verbunden. Obwohl wir inzwischen mehr und stabilere Brücken haben, müssen wir weitere und noch tragfähigere bauen. Auch schön sollten sie sein und dazu einladen, die Vielfalt der jeweils anderen Seite schätzen zu lernen. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, all denen zu danken, die in den letzten Jahrzehnten als Brückenbauerinnen und Brückenbauer tätig waren. Sie alle haben sehr viel für unsere Stadt getan. Danken möchte ich auch denen, die Projekte für den Berliner Präventionspreis 2011 vorgeschlagen haben. Insgesamt wurden 52 Bewerbungen eingereicht. Über die Vergabe der Preise hat eine unabhängige Jury entschieden. Für ihre Arbeit danke ich deren Mitgliedern – auch im Namen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Mein Dank gilt Frau Willkomm, Frau Bergdoll, Herrn Prof. Jankowiak und Herrn Mehls.

Danken möchte auch ich der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & CoKG, der Unfallkasse Berlin und der Initiative Schutz vor Kriminalität e.V., die auch in diesem Jahr wieder drei Sonderpreise gestiftet haben. Ich komme nun zu der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2011. Die Jury hat entschieden, dass außer den Sonderpreisen ein erster Preis, dotiert mit 5.500 €, ein zweiter Preis, dotiert mit 4.000 € und ein dritter Preis, dotiert mit 3.000 € vergeben werden.

Ich beginne mit einem Zitat: „Die Welt ist ein Gasthaus und eine Kunstgalerie Gottes, mit dem Menschen als verantwortungstragenden und unendlich geschätztem Gast darin.“ Zitat Ende. Dieser Satz markiert die Basis einer Arbeit, die sich unter anderem mit antisemitischen Äußerungen von migran-tischen Schülern auseinandersetzt. Folgende Geschichte illustriert dies. Ich zitiere: „Wir wurden gemeinsam mit einem Rabbiner in eine Schule eingeladen, um über das Thema ‚Antisemitismus‘ zu sprechen. Weder wir kannten den Rabbiner, noch kannte er uns. Als der Rabbiner den Klassenraum betrat, begrüßte er uns mit einem herzlichen ‚Salamun alaikum‘. Wir erwiderten dies mit einem ebenso herzlichen ‚Schalom‘. Wir umarmten uns vor den erstaunten Augen der gesamten Klasse und der Lehrer.“

Sie hatten so etwas nicht erwartet. Wie kann es sein, dass ein Rabbiner ‚Salamun alaikum‘ sagt und Muslime mit ‚Schalom‘ antworten und sich umarmen? Im folgenden Gespräch erläuterte der Rabbiner dieselbe friedliche Botschaft aus Sicht des Judentums, wie wir aus islamischer Perspektive. Vorurteile gerieten ins Wanken, man merkte, dass sich einiges in den Köpfen der Schüler, aber auch der Lehrer bewegte.“ Zitat Ende. Als „Brückenbauer an Schulen“ befasst sich der Verein Lichtjugend auch mit Fragen der Rolle von Mann und Frau, mit dem Thema „Jugendgewalt“ und mit interreligiösen Konflikten. Er widmet sich darüber hinaus der Gefängnisseelsorge für muslimische Jugendliche und veranstaltet interreligiöse Moscheeführungen. Mit seinem Projekt „Teach to Reach“ bietet er Lehrkräften Fortbildung zum Islam und zum Umgang mit muslimischen Schülerinnen und Schülern an.

Mit dem Projekt „Interkulturelle und interreligiöse Bildung“ vermittelt er Wissen über den Islam und regt zu einem dialogischen Miteinander der Religionen an. Die Arbeit des Vereins erfolgt im Wesentlichen auf ehrenamtlicher Basis. Dass sich junge Berliner Muslime auf den Weg gemacht haben, um sich mit den vielfältigen Problemen vor allem auch muslimischer Jugendlicher auseinanderzusetzen und nach Lösungen für ein friedvolles Miteinander zu suchen, hat die Jury besonders beeindruckt. Ebenso die Tatsache, dass sie im Rahmen ihrer interkulturellen und interreligiösen Bildungsarbeit das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Dies, ein breiter methodische Ansatz sowie eine gute Vernetzung unter anderem mit der Berliner Polizei war Anlass für die Jury, das Projekt „Muslime gegen Gewalt“ des Vereins Lichtjugend mit dem 1. Preis im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2011 auszuzeichnen. Herzlichen Glückwunsch an die Initiatorinnen und Initiatoren des Projekts und an alle Mitwirkenden.

Meine Damen und Herren, im Sommer 2010 ließ die Feuerwehr das Hochhaus in der Celsiusstr. 56 räumen. 100 Mieter standen auf der Straße. Die Angst, Alles zu verlieren, stand ihnen ins Gesicht geschrieben. Es wurden Notquartiere errichtet, die Straße wurde zum Begegnungszentrum umgestaltet. Übernachtungen wurden organisiert und es wurde getröstet. Für die Feuerwehrleute und Polizisten wurde etwas zu Essen und zu Trinken organisiert. Dies alles haben die Menschen im Kiez nicht vergessen. Es waren im Wesentlichen Kiezmentoren, die diese Aktionen ermöglicht und unterstützt haben. Alles begann 1999 mit einem ausrangierten Bücherbus – einem Stützpunkt für die mobile Jugendberatung in Lichterfelde - Süd. Aus diesem Angebot für Kinder und Jugendliche entwickelte sich in den letzten 12 Jahren eine kiezorientierte Arbeit, in der die Qualifizierung von Kiezmentoren eine entscheidende Rolle spielte. Kiezmentoren waren zunächst junge Erwachsene, die als „Große Brüder und Schwestern“ ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen arbeiteten.

Sie unterstützen diese bei der Bewältigung ihrer Probleme, halfen Konflikte zu lösen und trugen so zur Gewaltprävention im Kiez bei. Später wurden auch türkische, arabische und russische Mütter in das Mentorenprogramm aufgenommen. So wurden Brücken gebaut, die den Zugang zu Familien erleichtern und Vertrauen in der Nachbarschaft schaffen. Der Rückgang der Jugendgewalt im Kiez, die Entstehung des Lichterfelder Kulturvereins, die Durchführung von Jugendstadtteilkonferenzen, zunehmendes bürgerschaftliches Engagement, die zunehmende Inanspruchnahme von Deutschkursen, die derzeit laufende Gründung eines interkulturellen Sportvereins und anderes mehr wären ohne das Mentorenprogramm nicht möglich gewesen.

Das Projekt „Kiezmentoren als lokale Integrationsbeauftragte – Jung und Alt verschiedener Kulturen engagieren sich in Lichterfelde - Süd“ des Vereins BUS-STOP wurde von der Jury mit dem 2. Preis im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2011 ausgezeichnet. Maßgeblich für diese Entscheidung war, dass sich BUS-STOP von einem singulären Projekt der Kinder- und Jugendarbeit zu einem mit zahlreichen Kooperationspartnern gut vernetzten, interkulturell und geschlechtsspezifisch arbeitendem Kiezprojekt mit einer Ausstrahlung in viele Bereiche des Kiezalltages entwickelt hat. Herzlichen Glückwunsch an alle, die an diesem Projekt mitwirken.

Meine Damen und Herren, folgenden Text fand ich vor kurzem im Netz: „Hier trifft ‚Kiezcouture‘ auf ‚Goldene Mitte‘...Hier begegnet ihr ‚Faust in da City‘, begeben euch auf eine ‚Mission Impossible‘ oder geht ‚Wege der Freiheit‘,...erfahrt mehr über das Leben in der ‚Social Box‘, das Schicksal einer Muslima in ‚Keiner hat mich gefragt!‘ oder hört ‚Gaza Monologe‘. Auf dem FESTIWALLA schließt ihr Bekanntschaft mit ‚Türken Sam‘, könnt euch von ‚Hass und Liebe‘ mitreißen lassen und werdet Teil einer (d.V.) generationenübergreifenden Tanzperformance...Ick gloob, ich bin im falschen Film‘ – keineswegs – ihr seid beim FESTIWALLA. Mit...45 Veranstaltungen, darunter Theater, Performances, Workshops, Filme, Ausstellungen...und einem Abschlusskonzert bietet das FESTIWALLA ein buntes Programm zum Mitmachen rund um das Thema ZUGANG: KULTür auf! und zeigt Innenansichten in eine Jugendkultur, wie sie bisher noch nicht auf den etablierten Bühnen zu sehen war.“ Und ich fand noch folgende Passage, geschrieben von Albona Halimi, 16 Jahre: „Das FESTIWALLA wird weitgehend selbstständig von uns Jugendlichen...im Alter zwischen 12-25 Jahren organisiert, ausgerichtet und bespielt...Wir...sind mitverantwortlich für die Bereiche Ensemble, Kostüm und Requisite, Technik..., Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsorganisation. Auf dem FESTIWALLA kommt inhaltlich zusammen, was wir...in den vergangenen drei Jahren ...erarbeitet haben. Wir haben uns mit Themen wie Identität, Beruf und Berufung, Hass und Liebe, örtlichen und weltweiten Konflikten beschäftigt und eine Kampagne gestartet: ‚KULTür auf! Wir schaffen ZUGANG‘, die für mehr Zugangsrechte für Jugendliche aus sogenannten Brennpunkten im künstlerischen Bereich, aber auch in Bildung und Ausbildung steht.“

Das FESTIWALLA fand im Oktober dieses Jahres im Haus der Kulturen der Welt statt. Hinter FESTIWALLA verbirgt sich das zunächst auf drei Jahre angelegte Projekt „Jugendtheaterbüro“ der Initiative Grenzen-Los e.V. Es bietet benachteiligten Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft Berufsorientierung im künstlerischen Bereich sowie politische und kulturelle Bildung. Es stärkt deren Persönlichkeit und ihre kreativen und künstlerischen Kompetenzen. Es setzt auf Empowerment, Verantwortungsübernahme und Selbstwirksamkeit. Dies und das Vorhaben, mit den Jugendlichen ein Theaterfestival zu organisieren, hat die Jury besonders beeindruckt. Sie hat das Projekt „Jugendtheaterbüro“ der Initiative Grenzen-Los e.V. im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2011 mit dem 3. Preis ausgezeichnet. Meinen Herzlichen Glückwunsch an die Initiatorinnen und Initiatoren sowie an alle Beteiligten.

Meine Damen und Herren, am 23.3.2009 war im Tagesspiegel Folgendes zu lesen: „Der 19-jährige Okcan...hat es jetzt schriftlich: Er ist ein Held, weil er für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern kämpft. ‚Hero‘ steht auf dem Zertifikat...In seinem...Sweatshirt mit dem Aufdruck ‚Heroes‘ steht er zusammen mit elf weiteren Jungen aus türkischen und arabischen Familien auf der Bühne, und seine Mutter und Großmutter sind sichtlich stolz auf ihn - sechs der zwölf ‚Heroes‘ haben ein Jahr Praxis hinter sich, die anderen sechs trainieren seit drei Monaten. ‚Ich bin bei den Heroes, um gegen Unterdrückung im Namen der Ehre zu kämpfen‘, sagt einer „Wir reden offen über Themen, die man zu Hause oder unter Freunden kaum bespricht“ zum Beispiel darüber, dass die ‚Ehre‘ von Mädchen in Migrantenfamilien vielfach immer noch durch ihre Jungfräulichkeit bestimmt wird.

Doch die Jugendlichen haben in ihrem Training gelernt, ‚Ehre‘ ganz anders zu definieren: ‚Man kann Ehre individuell erreichen, zum Beispiel durch einen guten Schulabschluss oder indem man als Vorbild agiert...‘

Das Projekt „Heroes – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“ arbeitet seit 2008 mit 16 bis 23-jährigen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund. Sie werden ermutigt, sich gegen Gewalt im Namen der Ehre und für Gleichberechtigung von Männern und Frauen einzusetzen. Im Fokus steht dabei die Problematisierung der Männerrolle im Kontext der Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen. Ziel ist es, den jungen Männern die Möglichkeit zu geben, sich von diesen Machtstrukturen zu distanzieren.

Sie werden in Trainings qualifiziert, um als Rollenvorbilder andere Jugendliche im Rahmen von Workshops in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Ausbildungsprojekten zur Auseinandersetzung mit diesen Themen anzuregen. Ziel der Workshops ist es, Gewalt, Diskriminierung und Vorurteile abzubauen. Demokratische Grundwerte sollen gestärkt, die Kompetenz zur Führung eines selbstbestimmtes Lebens soll gefördert werden. Die Jury hat dem Projekt Heroes von Strohhalm e.V. den Sonderpreis der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG zuerkannt. Sie hat hervorgehoben, dass es sich um ein sehr mutiges Projekt handelt, das wirksame Präventionsarbeit mit Blick auf junge Menschen aus unterschiedlichen Kulturen leistet. Es werden Vorbilder als Multiplikatoren eingesetzt, die zu einer Auseinandersetzung mit den Auswüchsen einer männlich geprägten Ehrenkultur beitragen. Den Initiatorinnen und Initiatoren und allen Beteiligten herzlichen Glückwunsch.

Meine Damen und Herren, hören Sie die folgende Geschichte: „Jana, komm mal bitte her!“ Bei diesen Worten war ich gespannt, wie das Mädchen reagieren würde. Sie war in den vergangenen zwei Stunden durch ihr respektloses Verhalten aufgefallen. Nun waren wir auf dem Weg zur Moschee, in der wir einem Mittagsgebet beiwohnen durften. Bisher hatte dies immer gut geklappt. Bei Jana konnten wir nicht sicher sein. ‚Was ist eigentlich los mit Dir, es hatte heute so gut angefangen?‘ Missmutig erzählte sie, dass ihr Schule keinen Spaß mehr mache, dass Freunde viel wichtiger seien und dass sie schon öfter mit der Polizei zu tun hatte. Und dann sagte sie: ‚Ich will nicht in die Moschee! Ich glaube nicht an so etwas, ich bin rechts!‘ Zwei Stunden später, auf dem Weg zur Jugendfreizeiteinrichtung, waren wir stolz auf Jana, die mit uns in die Moschee gegangen war.“

Das Projekt „Wedding meets Hellersdorf“ führt zur Begegnung von zwei 8. Klassen aus dem Wedding und aus Hellersdorf. An zwei Projekttagen treffen sich Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund, um sich und ihre jeweiligen Lebenswelten kennenzulernen. Die Klassen werden an jedem Tag in zwei Gruppen eingeteilt, die empfangende und die besuchende Gruppe. Kennenlernrunden, gemeinsame Mahlzeiten und deren Vorbereitung, Kiezspaziergänge einschließlich des Besuchs von Freizeittätten vor Ort, der Bayezid - Moschee im Wedding und anderer attraktiver Orte, gewaltpräventive Arbeit und offene Diskussionen gehören zum Programm der Projekttage. Das Projekt „Wedding meets Hellersdorf“, ein Kooperationsprojekt der Polizeiabschnitte 35 und 63, der Ernst-Schering-Oberschule und der Konrad-Wachsmann-Oberschule, wird von der Jury mit dem Sonderpreis der Unfallkasse Berlin ausgezeichnet. Aus Sicht der Jury wird mit diesem Projekt eine vorbildliche Kooperation verwirklicht. Vorurteile und Berührungängste von Schülerinnen und Schülern werden abgebaut, Toleranz und Gemeinschaft gefördert. Zwischen unterschiedlichen sozialen und kulturellen Lebenswelten werden Brücken geschlagen. Herzlichen Glückwunsch an alle Beteiligten.

Meine Damen und Herren, im Herbst 2009 suchte eine Gruppe von polizeibekanntem Jugendlichen verschiedene Jugendeinrichtungen im Schöneberger Norden auf. Besucherinnen und Besucher der Einrichtungen sowie deren Personal wurden beleidigt und bedroht, Vandalismus kam hinzu. Das aggressive Verhalten der Jugendlichen, die alle nichtdeutscher Herkunft waren, führte dazu, dass einige friedliche und jüngere Besucherinnen und Besucher den Einrichtungen fernblieben. Eltern verboten ihren Kindern, die Freizeitstätten aufzusuchen. Andere Jugendliche griffen in der angespannten Atmosphäre ebenfalls zu Gewalt. Auf der Straße kam es zu Schlägereien. Immer wieder musste die Polizei zur Durchsetzung des normalen Betriebes in den Einrichtungen gerufen werden.

Die Beschäftigten haben gemeinsam reagiert, indem sie ein Notfall-Mailsystem geschaffen, regelmäßige Treffen durchgeführt und verstärkt mit dem zuständigen Präventionsteam und der „Operativen Gruppe Jugendgewalt“ der Berliner Polizei zusammengearbeitet haben. In den Einrichtungen wurden einwöchige „Anti-Gewalt-Workshops“ für Kinder und Jugendliche durchgeführt. Konsequenterweise wurde gegen Grenzüberschreitungen vorgegangen. Die Arbeit mit einzelnen Jugendlichen aus der Gruppe wurde intensiviert. Wenn möglich wurden sie in Bildungseinrichtungen vermittelt. Auf Grund all dieser und weiterer Aktivitäten sind die Gewaltvorkommnisse in den Kinder- und Jugendeinrichtungen im Schöneberger Norden signifikant zurückgegangen. Für die Jury ist das Handeln der Einrichtungen im Schöneberger Norden ein Beispiel gelungener Vernetzung und erfolgreicher Intervention bei Gewaltvorfällen, das befriedend gewirkt, Brücken gebaut, gegenseitigen Respekt gefördert und zugleich präventiven Charakter hat. Dem Projekt „Gewalt – nein danke!“ der Regionalrunde Jugendarbeit RRJ mit den Projekten bzw. Einrichtungen Fresh 30, Villa Schöneberg, PallasT, Treff 62, Outreach Schöneberg, Café Pink, Juxzirkus und Jugendladen hat sie den von der Initiative Schutz vor Kriminalität gestifteten Sonderpreis im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2011 zuerkannt. Herzlichen Glückwunsch.

Meine Damen und Herren, der Berliner Präventionspreis 2011 ist verliehen. Ich danke nochmals unseren Sponsoren und all denen, die für die ausgezeichneten Projekte Verantwortung tragen. Berlin braucht Sie und die vielen anderen, deren Arbeit heute nicht gewürdigt werden konnte. Auch Sie haben an der Gestaltung von Vielfalt in Berlin einen großen Anteil. Ich wünsche Ihnen einen weiterhin ertragreichen Berliner Präventionstag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Preisträger

Projekte, die mit dem Berliner Präventionspreis 2011 und den von der Unfallkasse Berlin, der Initiative Schutz vor Kriminalität e.V. und der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG gestifteten Sonderpreisen ausgezeichnet werden:

1. Preis, 5.500 €

„Muslime gegen Gewalt“, Träger: Lichtjugend e.V.
info@lichtjugend.de , www.lichtjugend.de

2. Preis, 4.000 €

„Kiezmentoren als lokale Integrationsbeauftragte – Jung und Alt verschiedener Kulturen engagieren sich in Lichterfelde-Süd“, Träger: BUS-STOP, Interkultureller Kinder-, Jugend- und Familienstützpunkt e.V.,
busstopev@aol.com , www.bus-stop.de

3. Preis, 3.000 €

„Jugendtheaterbüro Berlin“, Träger: Grenzen-Los! e.V.
anne.lemberg@grenzenlos.eu , www.grenzen-los.eu

Sonderpreis der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG, 1.000 €:

„Heroes“, Träger: Strohalm e.V.
dagmar@heroes-net.de, www.heroes-net.de , www.strohalm-ev.de

Sonderpreis der Initiative Schutz vor Kriminalität, 1.000 €

„Gewalt – nein danke!“, Träger: Regionalrunde Jugendarbeit RRJ (Fresh 30, Villa Schöneberg, PallasT, Treff 62, Outreach Schöneberg, Café Pink, Juxirkus, Jugendladen)
fresh-30@web.de

Sonderpreis der Unfallkasse Berlin, 1.000 €

„Wedding meets Hellersdorf“, Träger: Kooperationsprojekt der Konrad-Wachsmann-Oberschule (KWO), der Ernst-Schering-Oberschule (ESO) und der Abschnitte 35 und 63 der Berliner Polizei;
<http://kowarealschule.edupage.org/text/?text=text/text6&subpage=4&>
<http://www.eso.cidsnet.de/wmh11.htm>

Islamfeindlichkeit in Deutschland

1. Islamfeindlichkeit als eine Form des (Neo)-Rassismus

Die Ablehnung, Abwertung und Ausgrenzung von MuslimInnen als MuslimInnen findet erst seit relativ kurzer Zeit als eigenständiger Untersuchungsgegenstand in der Wissenschaft Beachtung. Der Entwicklung von Handlungsstrategien gegen Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit – oder wie es im internationalen Sprachgebrauch oft heißt – Islamophobie, muss daher zunächst eine Analyse des Phänomens vorausgehen. Aus der Perspektive der Rassismusforschung lässt sich die Islamfeindlichkeit als eine Form des Kultur-Rassismus einordnen.¹ Zwar stießen „Rassentheorien“ nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Erfahrung der Shoah in Europa (außer bei der extremen Rechten) offiziell auf breite Ablehnung. Damit verschwanden aber keinesfalls rassistische Denk- und Handlungsweisen, die Menschen kategorisieren und diese Kategorien mit unterschiedlichen Wertungen versehen. Ausgehend von solchen Anpassungen in der Argumentation wird in der Forschung seit mindestens zwei Jahrzehnten unter dem von Étienne Balibar und Stuart Hall geprägten Schlagwort vom „Rassismus ohne Rassen“ eine zunehmende Verschiebung von dem biologisch begründeten Rassismus hin zu einem Neo- bzw. Kultur-Rassismus diskutiert.

Grundlage dieser Art des Rassismus ist der Glaube an eine historisch gewachsene sowie un- ausweichliche Differenz und Hierarchie der Kulturen (und ihnen inhärent auch der Religionen), wobei diese als essentialistische, also als in ihrem Wesen unwandelbare und somit statische Konstrukte zu verstehen sind. Die kulturelle Zugehörigkeit wird dabei oft genealogisch – also auf Abstammung basierend – abgeleitet. Damit einher geht eine Quasi- Naturalisierung kultureller Eigenschaften. Hierbei werden bestimmte Merkmale allen Personen einer homogen-kulturell definierten Gruppe zugeschrieben. Derartige Annahmen rekurrieren implizit auf einen Kollektivcharakter. Zudem wird das soziale Verhalten der Mitglieder dieser Gruppe vorrangig oder gar ausschließlich aus der Gruppenzugehörigkeit und den damit verbundenen unterstellten Eigenschaften abgeleitet. Im Falle der Islamfeindlichkeit bedeutet dies beispielsweise, jedes (negative) Verhalten von als MuslimInnen markierten Menschen auf den Islam zurückzuführen. In diesem Zuschreibungsprozess, der auf ein vermeintlich zeitloses „Wesen“ des Islams abhebt, aus dem sich das Denken, Fühlen und Handeln jedes Muslims und jeder Muslimin ableiten ließe, wird die Selbstverortung des Individuums ausgeblendet. Zudem treten seine sonstigen Identitäten – die sich z.B. aus dem Geschlecht, dem Alter, der politischen Einstellung, dem Beruf etc. ergeben – zugunsten einer Markierung als MuslimIn in den Hintergrund. Obwohl viele MuslimInnen in Deutschland ebenso viel voneinander trennt, wie die Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften auch, werden sie von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft nicht selten als monolithische Gruppe betrachtet. Zudem lässt sich spätestens seit der ersten Leitkultur-Debatte im Jahre 2000 eine Verschiebung der Wahrnehmung beobachten, im Zuge derer aus den ehemaligen „Gastarbeitern“ und „Türken“ zusehends „Muslime“ geworden sind.²

¹ Als eine der ersten hat die Sozialwissenschaftlerin Iman Attia den Begriff des antimuslimischen Rassismus in die Debatte in Deutschland eingeführt. Vgl. Iman Attia, *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus*, Bielefeld 2009.

² Vgl. Riem Spielhaus, *Religion und Identität. Vom deutschen Versuch, „Ausländer“ zu „Muslimen“ zu machen*. In: *Internationale Politik* 3/2006, S. 28-36.

Die Gründe für diese Verschiebung sind vielfältig; Neben solchen Ereignissen wie den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der zunehmenden Sichtbarkeit praktizierender MuslimInnen, die sich beispielsweise in dem Bau repräsentativer Moscheen niederschlägt, hat sie sicherlich auch mit der Änderung im Staatsbürgerschaftsrecht zu tun. Diese hat das „Blutprinzip“ (*Ius Sanguinis*) um das „Geburtsortprinzip“ (*Ius Soli*) ergänzt und so die Einbürgerung von MigrantInnen und ihren Nachkommen erleichtert und damit zu einer Aufweichung des auf „Abstammung“ basierenden Nationsverständnisses geführt. In der daraufhin losgetretenen „Leitkulturdebatte“ wurden die Kultur und Religion als neue Grenzmarkierung zwischen Eigenem und Fremdem bemüht.

Nun ist es fast schon banal zu betonen, dass nicht alle EinwanderInnen MuslimInnen und auch nicht alle MuslimInnen EinwanderInnen sind. Durch die Fokussierung auf den Islam in der Diskussion um Integration wird allerdings der Eindruck zementiert, dass MigrantInnen aus Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und ihre Nachkommen ein primär von der Religion bestimmtes Kollektiv seien (was man getauften Menschen wahrscheinlich nicht per se unterstellen würde). Darüber hinaus suggeriert die häufige Gleichsetzung von MuslimInnen und EinwanderInnen, die eine Ethnisierung der Kategorie „MuslimIn“ zur Folge hat, dass das „Muslim-Sein“ und das „Deutsch-Sein“ etwas Gegensätzliches seien.

Konstitutiv für den antimuslimischen Rassismus, wie er im Verhältnis von nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaften und als muslimisch markierten Minderheiten bedeutsam wird, ist eine dichotome Konstruktion von „westlicher“ oder „christlich-abendländischer“ und „islamischer“ Kultur, die einander als klar umrissene Einheiten gegenüberstehen und als unvereinbar angesehen werden. So gab der ehemalige deutsche Bundeskanzler, Helmut Schmidt, in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Kurier“ Anfang März 2010 beispielsweise zu bedenken: „Auf die Dauer ist es unwahrscheinlich, dass man mit islamischen Minderheiten wirklich zusammenleben kann in einer Gesellschaft, die überwiegend nicht islamisch ist. Der kulturelle Unterschied ist allzu groß.“³ In dieser Hypothese kommt die Vorstellung einer fundamentalen Andersartigkeit von MuslimInnen explizit zum Vorschein. Die Auffassung Helmut Schmidts scheint in der deutschen Bevölkerung anschlussfähig zu sein, dies zeigen beispielsweise die Untersuchungen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. 2007 stimmten knapp über 60 % der Befragten den Aussagen „Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt“ und „Islamische und west-europäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren“ überhaupt nicht oder eher nicht zu.⁴

Üblicherweise wird bei einer solchen bipolaren Sicht auf „Islam“ und „Westen“ Letzterer als emanzipativ, aufgeklärt und fortschrittlich beschrieben, während „der Islam“ als rückständig, unwandelbar, irrational und gewaltbereit gilt. Womit wir bei einem wesentlichen Aspekt angelangt wären, dass nämlich die Fremddämonisierung häufig mit einer Selbstidealisierung einhergeht, die Abwertung des Anderen also der Aufwertung des Eigenen dient.

³ Euch in Wien geht es besser. Interview mit Helmut Schmidt. In: KURIER vom 2.3.2010.

⁴ Im Rahmen der Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit werden auch Umfragen zur sogenannten Islamophobie in der deutschen Bevölkerung durchgeführt. Vgl. Jürgen Leibold/ Steffen Kühnel, Islamophobie oder Kritik am Islam? In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main 2008, S. 95-115.

2. Funktionen des antimuslimischen Rassismus

Eine weitere wesentliche Funktion des Rassismus besteht darin, dass er Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit bzw. Ein- und Ausschluss regelt. Diese identitätsstiftende Dimension kommt auch bei den rassistisch aufgeladenen „Leitkulturdebatten“ zum Tragen. Nicht nur „die Muslime“ erscheinen in diesen Debatten oft als ein monolithischer Block, der einen Fremdkörper in der Gesellschaft bildet. Das Konstrukt einer „Leitkultur“ suggeriert auch in den Reihen der Mehrheitsgesellschaft eine Homogenität, die in der Realität kaum existieren dürfte und überdeckt damit Gegensätze im Inneren. Der antimuslimische Rassismus dient also nicht nur der Abgrenzung nach außen, sondern auch einer Selbstvergewisserung und Gemeinschaftsstiftung nach innen. Als VertreterInnen der SPD und der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Herbst 2010 (inmitten der Diskussion um die Rede des Bundespräsidenten Christian Wulff zum Tag der Deutschen Einheit, in der er gesagt hatte, dass der Islam inzwischen auch zu Deutschland gehöre) die staatliche Anerkennung des Islams als Religionsgemeinschaft forderten, wurde dieser Vorstoß in Richtung Gleichstellung mit den christlichen Kirchen aus Unions-Kreisen scharf attackiert: Der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt mahnte, „dass Integration nicht über eine Aufweichung und Zurücksetzung unserer eigenen Leitkultur und Werteordnung laufen darf. [...] Der Islam ist mit gutem Grund keine den christlichen Kirchen gleichgestellte Religionsgemeinschaft, und es wäre ein fataler Kurzschluss, damit die christlich-jüdische Prägung unserer Leitkultur in Frage zu stellen. [...] Wir müssen von den MigrantInnen Respekt dafür einfordern, dass sie in Deutschland unsere Kultur vorfinden und dass diese die maßgebliche ist“.⁵

Es ist die Stärke des schillernden Begriffs „Leitkultur“, dass er eine semantische Leerstelle darstellt, die jeder entsprechend seinen Bedürfnissen füllen kann. Was der Begriff – wie Dobrindts Aussage illustriert – jedoch zweifelsfrei verspricht, ist Dominanz und Hegemonie. Dieser Aspekt spielt auch bei den sozialen Konflikten rund um das Thema „Islam“ und „Muslime“ eine Rolle, die zum Teil als Dominanzkonflikte gedeutet werden können. Denn es geht beim antimuslimischen Rassismus – ähnlich wie bei anderen Rassismen – nicht nur um Abwertung, sondern ebenso um die Wahrung von Privilegien und um Exklusion. Laut dem Rassismusforscher Stuart Hall dient der Rassismus u.a. dazu, „soziale, politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder symbolischen Ressourcen ausschließen“.⁶

Deshalb artikuliert er sich häufig gerade im Kontext des sozialen Wandels, der durch eine voranschreitende Partizipation von Minderheiten ausgelöst wird: Es sind ja beispielsweise nicht die Hinterhofmoscheen, die Abwehr hervorrufen, sondern repräsentative Gotteshäuser, die MuslimInnen als im Stadtbild dokumentierte Mitglieder der Gesellschaft ausweisen. Anders als im Falle von AkademikerInnen, entzündete sich in der Vergangenheit ebenfalls kaum Streit an den Kopftüchern von Putzfrauen, was – neben anderen Faktoren, wie der Frage nach der Präsenz religiöser Symbole im öffentlichen Raum – auch einen Zusammenhang zum sozialen Aufstieg kopftuchtragender Frauen vermuten lässt.

⁵ „Keine Gleichstellung des Islam“. Pressemitteilung der CSU vom 07.10.2010.

⁶ Stuart Hall, Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Nora Räthzel (Hrsg.), Theorien über Rassismus. Hamburg, Berlin 2000, S. 7.

Darüber hinaus werden im antimuslimischen Rassismus soziale Misstände kulturalisiert und die Marginalisierung von Menschen, die als MuslimInnen markiert sind, auf eine Verweigerungshaltung der Minderheit selbst zurückgeführt, die wiederum in ihrer Kultur bzw. Religion wurzelt. Dabei kann die Ethnisierung bzw. Kulturalisierung sozialer Probleme einer Entlastung dienen: Wenn beispielweise für die hohe Arbeitslosigkeit unter als MuslimInnen markierten MigrantInnen weniger die Versäumnisse in der Bildungs- und Arbeitspolitik verantwortlich gemacht werden, sondern eher die „fremde“ (islamische) Kultur als Erklärungsmuster dient, dann lässt sich das Problem bequem nach außen verlagern.

3. Wie äußert sich Islamfeindlichkeit / antimuslimischer Rassismus?

Wie bei anderen Formen des Rassismus auch, tritt antimuslimischer Rassismus am offensichtlichsten in Form physischer oder symbolischer Gewalt zutage, zum Beispiel in Übergriffen auf MuslimInnen oder Anschlägen auf Moscheen. Darüber hinaus spiegeln sich antimuslimische Denkmuster in individuellen Einstellungen, die in quantitativen Meinungserhebungen, wie den Studien des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, abgefragt werden können. Neben einer solchen individuellen Ebene, sind insbesondere all jene Instanzen von Bedeutung, die gesellschaftliches Wissen, sprich Diskurse und mit ihnen Bilder und Stereotype produzieren: also die Medien (und hier insbesondere auch das Internet als eine „zweite Öffentlichkeit“, wo im Schutze der Anonymität Positionen zugespitzter vorgetragen werden, als dies im etablierten öffentlichen Diskurs der Fall ist⁷), die Politik, die Wissenschaft, die Werbung, die Filmindustrie usw. Diese Diskurse werden wiederum auf einer strukturellen bzw. institutionellen Ebene wirksam, indem sie beispielsweise in Gesetze einfließen oder eine Benachteiligung auf dem Arbeits- bzw. Wohnungsmarkt generieren.

4. Wer ist von antimuslimischem Rassismus betroffen?

Aus Sicht der Betroffenen sind die Gründe für die Diskriminierung häufig nicht auf ein einziges Merkmal zurückzuführen. Im antimuslimischen Rassismus findet vielmehr eine Amalgamierung von kulturell-religiösen und somatischen Faktoren statt, die als Hinweis auf eine „fremde Herkunft“ gelesen werden. Für bestimmte als „ethnisch“ gefasste Gruppen gilt, dass ihnen (nicht nur) im rassistischen Diskurs die religiöse Markierung als MuslimInnen eingeschrieben ist. Dies zeigt sich u.a. in der im öffentlichen Diskurs beobachtbaren synonymen Verwendung der Bezeichnungen „Muslim“ und „Türke“ oder „Araber“. Diese Kategorien können daher weder einfach addiert noch auseinandergerechnet werden, weshalb beispielweise die Frage, ob eine Person als „Muslim“ oder „Araber“ diskriminiert wird, in die Irre führen kann. Vielmehr muss in einem intersektionalen Verständnis von antimuslimischem Rassismus davon ausgegangen werden, dass diese Zuschreibungen fest miteinander verflochten sind und spezifische Erfahrungen generieren. Hierbei können auf der Ebene der sozialen Interaktion sowohl religiöse Kleidung, wie das Kopftuch, als auch ein bestimmtes Äußeres (schwarze Haare, ein Bart etc.), die Sprache oder lediglich der Name zum Stigma werden.

⁷ Vgl. Yasemin Shooman, Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17 (2008), S. 69-96.

5. Legitimierungsstrategien

Antimuslimische Argumentationsweisen zeichnen sich durch ein Anknüpfen an emanzipative Diskurse aus. Häufig wird die Aversion gegen MuslimInnen beispielsweise mit dem Eintreten für Menschen- und insbesondere Frauenrechte begründet. Aus einer Studie der SozialforscherInnen Andreas Zick und Beate Küpper geht jedoch hervor, dass solche Argumente oftmals nur vorge-schoben sind. In Deutschland stimmten bei einer repräsentativen Untersuchung 76,1% der Befragten der These zu: „Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten“. Aus demselben Sample der Befragten waren 52,7% gleichzeitig der Meinung, „Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen“:

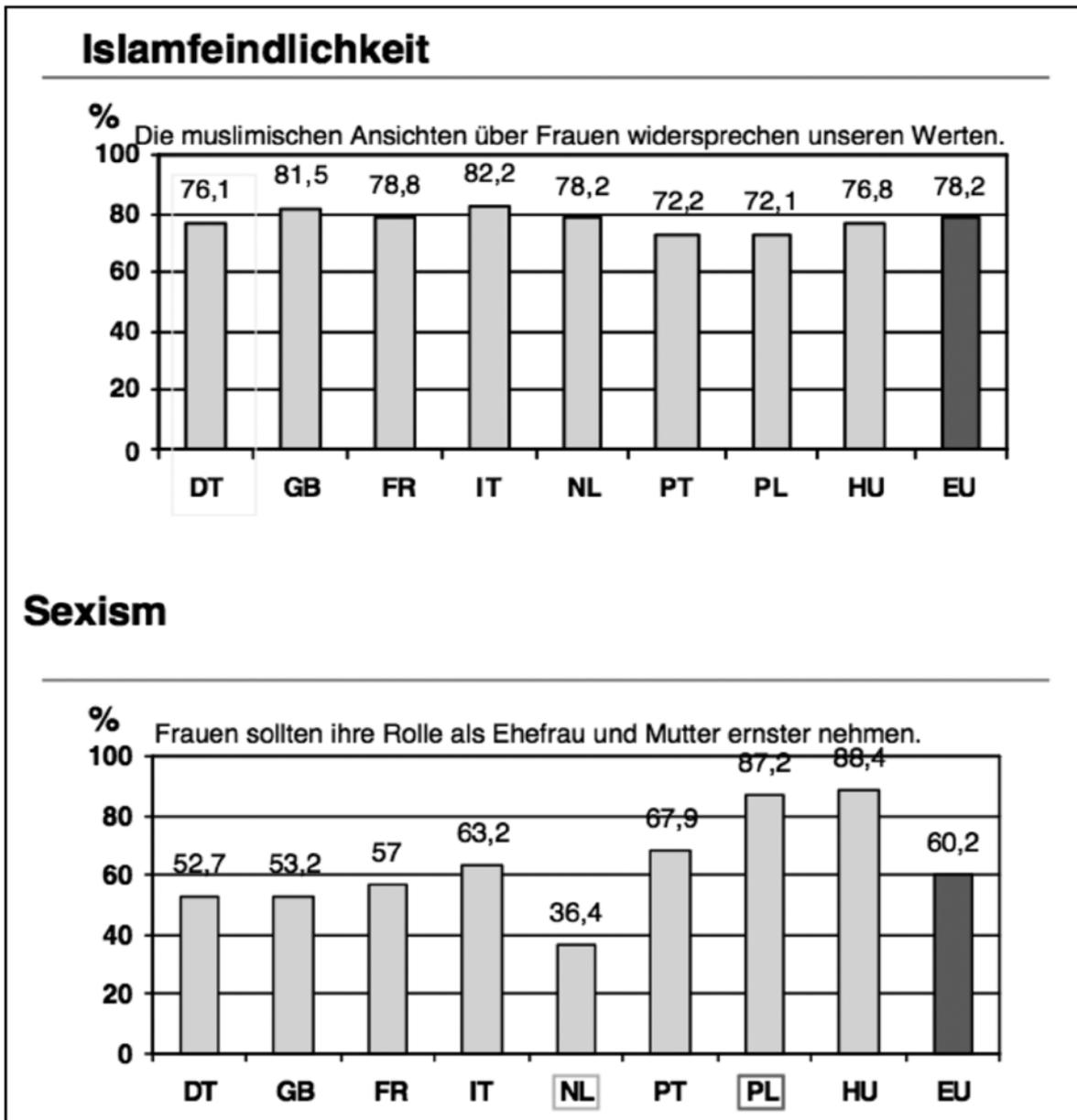


Abb. aus: Andreas Zick/Beate Küpper, Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und Europa. Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Universität Bielefeld, Dezember 2009, S. 8. Abrufbar unter: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Islam_GFE_zick.pdf

Die hier zutage tretende Doppelmoral, die sich in dem Verweis auf einen vermeintlich genuin muslimischen Sexismus bei gleichzeitiger Verschleierung des eigenen Sexismus äußert, scheint also weit verbreitet zu sein. Aus psychoanalytischer Sicht, so die Psychologin Birgit Rommelspacher, lässt sich das Fremdbild als Kehrseite des Selbstbildes begreifen.⁸ Im Zuge rassistischer Zuschreibungen können negative Elemente des Eigenen durch Projektion auf den Anderen also externalisiert werden. Zugleich lassen sich antimuslimische Ressentiments mittels der Instrumentalisierung des Sexismusvorwurfs rechtfertigen.

6. Europäische Dimension

Islamfeindlichkeit ist kein auf den nationalen Rahmen beschränktes Phänomen. Das Thema Islam und MuslimInnen besitzt auch auf supranationaler Ebene eine integrierende Funktion bei der Anrufung einer gemeinsamen europäischen Identität. Dies belegt die Rhetorik zahlreicher rechtspopulistischer Parteien Europas. Bei sogenannten Anti-Islamisierungskongressen und Anti-Minarettkonferenzen kommen VertreterInnen der deutschen Pro-Bewegung mit Mitgliedern des belgischen Vlaams Belang, der italienischen Lega Nord und der österreichischen FPÖ zusammen.⁹ Da Rassismus wandlungsfähig ist und die politische Rechte auf die Anschlussfähigkeit ihres Feindbilds Islam in der breiten Bevölkerung setzt, dient die religiös aufgeladene antimuslimische Rhetorik als Modernisierungsstrategie und hat die alte Parole „Ausländer raus“ vielfach abgelöst. Ein Unbehagen angesichts des Vorhandenseins muslimischer Minderheiten verspüren in Europa aber nicht nur RechtspopulistInnen: Insgesamt stimmten bei einer repräsentativen Untersuchung in acht EU-Mitgliedsstaaten über 44 % der Befragten – und damit fast jeder Zweite – der Aussage zu, in ihrem Land lebten zu viele MuslimInnen. In solchen Ländern, in denen der Anteil der muslimischen Bevölkerung verschwindend gering ist, wie in Polen oder Ungarn, lagen die Werte sogar noch höher, was zeigt, dass antimuslimische Ressentiments nicht an die reale Präsenz ihrer Objekte (und damit auch nicht an reale Erfahrungen) gebunden sind:

⁸ Vgl. Birgit Rommelspacher, *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt a.M., New York 2002, S. 11.

⁹ Vgl. Alexander Häusler, *Antiislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten. Die „PRO“-Bewegung als neue Kraft?* In: Stephan Braun et al. (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*. Wiesbaden 2009, S. 130-147.

Islamfeindlichkeit

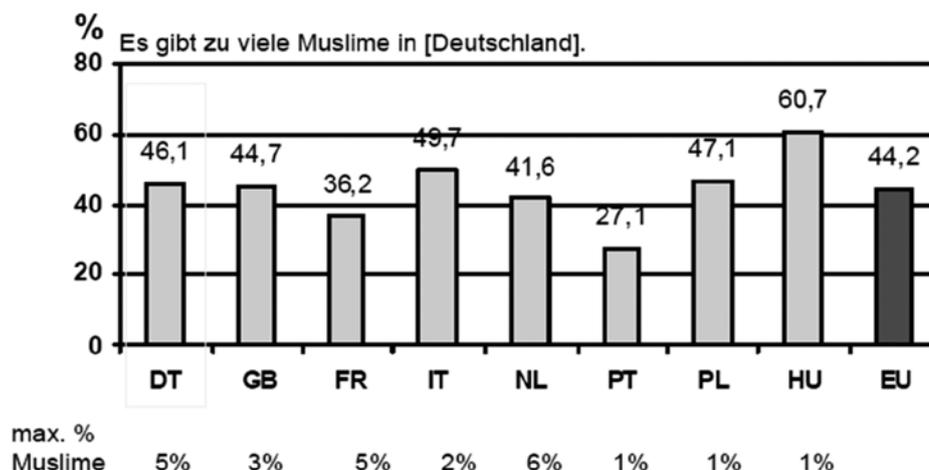


Abb. aus: Andreas Zick/Beate Küpper, Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und Europa. Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europe. Universität Bielefeld, Dezember 2009, S. 7. Abrufbar unter: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Islam_GFE_zick.pdf

7. Kein Phänomen des rechten Rands

Solche Umfrageergebnisse deuten bereits an, dass sich das Phänomen der Islamfeindlichkeit nicht auf den politisch rechten Rand reduzieren lässt, sondern bis weit in die sog. Mitte der Gesellschaft Relevanz hat. Die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ von Oliver Decker et al. untermauert diese Einschätzung. Dort stimmten auch 55,5 % der Befragten, die rechtsextremen Aussagen sonst überwiegend ablehnend gegenüberstehen, der diskriminierenden Forderung zu „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden“:

Geschlossenes rechtsextremes Weltbild und Islamfeindlichkeit (in Prozent)			Tabelle 4.3.9
Zustimmung bei Befragten	die rechtsextremen Aussagen überwiegend ablehnend gegenüberstehen	mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild	
Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind.	53,7	73,8	
Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.	55,5	89,5	

Abb. aus: Oliver Decker et al., Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010., hrsg. v. der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2010, S. 134. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

Die VorurteilsforscherInnen Andreas Zick und Beate Küpper sehen die mangelnde Ächtung anti-muslimischer Einstellungen als eine der Ursachen für ihren Verbreitungsgrad: „Äußerungen, die Muslime und den Islam generalisierende abwerten, wird offener und unverhohlener zugestimmt, als dies bei anderen Vorurteilen der Fall ist. Anders als beispielsweise antisemitische oder rassistische¹⁰ Äußerungen scheinen islamfeindliche Äußerungen keiner oder einer geringeren offiziellen Ächtung zu unterliegen. Selbstkritische Zurückhaltung aufgrund von Normen (Schutz von Minderheiten, Vorurteilsrepression etc.) ist daher weniger sichtbar.“¹¹ An dieser Erkenntnis sollten Überlegungen in Hinblick auf Handlungsstrategien gegen Islamfeindlichkeit / antimuslimischen Rassismus ansetzen.

8. Was tun?

Die Einschätzung von Andreas Zick und Beate Küpper weist auf ein mangelndes gesellschaftliches Problembewusstsein für antimuslimischen Rassismus hin. Das beklagen auch die Opfer dieser Ausgrenzungspraxis immer wieder. Nach dem Mord an Marwa el-Sherbini in einem Dresdner Gerichtssaal 2009 forderten muslimische Verbände, wie der Zentralrat der Muslime in Deutschland, eine Sensibilisierung, die mit einer entsprechenden Benennung des Phänomens beginnen sollte. In den politischen und medialen Reaktionen auf den Mord war beispielsweise immer wieder von einer „ausländerfeindlichen“ Tat die Rede, womit das antimuslimische Motiv des Täters verschleiert wurde.¹² Auch im Kontext der Übergriffe auf Moscheen und islamische Einrichtungen wäre eine gesonderte Erfassung von antimuslimischen Straftaten ein Mittel, um das Ausmaß der physischen und symbolischen Gewalt gegen MuslimInnen und ihre Einrichtungen transparent zu machen und damit zu einem entsprechenden Problembewusstsein beizutragen. Wünschenswert wären in diesem Zusammenhang auch deutliche Signale aus der Politik, die unter anderem durch die Förderung von Bildungsprojekten gegen Islamfeindlichkeit / antimuslimischen Rassismus gesendet werden könnten.

So richtig es ist, antimuslimischen Rassismus in seiner Spezifik zu analysieren, die unter anderem aus den jahrhundertlang tradierten europäischen Sichtweisen auf den Islam und die MuslimInnen resultieren, so wichtig ist jedoch auch, den Zusammenhang zu anderen Formen des Rassismus herzustellen – die natürlich ebenfalls jeweils eine Spezifik, aber auch gemeinsame Schnittmengen aufweisen. Viele Stereotype und Topoi, die in den aktuellen „Integrationsdebatten“ in Hinblick auf als MuslimInnen markierte Menschen zum Tragen kommen, existieren auch in Bezug auf andere Minorisierte, wie zum Beispiel im Falle des Antiziganismus oder des Rassismus gegen Schwarze, die in Deutschland genauso tief verankert sind. Für die Betroffenen könnten daher eine Vernetzung und der Austausch über den Umgang mit Diskriminierungserfahrungen eine gegenseitige Stärkung bewirken.

¹⁰ In den Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird nur der biologistische Rassismus unter der Kategorie „Rassismus“ erfasst und die Islamfeindlichkeit als eigenständiges Phänomen betrachtet.

¹¹ Andreas Zick/Beate Küpper, Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und Europa. Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europe. Universität Bielefeld, Dezember 2009, S. 4.

¹² Vgl. Iman Attia/Yasemin Shooman, „Aus blankem Hass auf Muslime“. Zur Rezeption des Mordes an Marwa el-Sherbini in deutschen Printmedien und im deutschsprachigen Internet. In: Jahrbuch für Islamophobieforschung Deutschland - Österreich - Schweiz 1 (2010), S. 23-46.

Neben der Aufklärung und Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft stellt das Empowerment von Minorisierten einen wichtigen Aspekt der Strategien gegen Islamfeindlichkeit / antimuslimischen Rassismus dar. Bezug nehmend auf die Ergebnisse des Forschungsprojektes „At Home in Europe“ des Open Society Institutes¹³, in dem auch die Lebenssituation von MuslimInnen in Berlin-Kreuzberg untersucht wurde, wurde im Bezirk Kreuzberg im Mai 2010 daher ein Modellprojekt mit dem Titel „Stärkung von Muslimen gegen Diskriminierung“ ins Leben gerufen, das dann später unter dem Titel „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ auf Landesebene fortgesetzt wurde. Die Besonderheit dieses, unter anderem vom Berliner Beauftragten für Integration und Migration geförderten Projekts besteht in der Kooperation eines islamischen Vereins – Inssan e.V. – und einer professionellen Antidiskriminierungsorganisation, dem Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin/Brandenburg. Die ProjektleiterInnen kommen zu dem Schluss: „Für viele Musliminnen und Muslime in Berlin gehört Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft und/oder Religion (...) zum Alltag. Betroffene haben oft ein Gefühl der Ohnmacht, wissen nicht, was sie tun können und haben Angst, durch Reaktion und aktives Vorgehen die Situation noch zu verschärfen. Erlebnisse der Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zu gewalttätigen Übergriffen verunsichern die Menschen in ihrem Selbstverständnis als Teil dieser Gesellschaft, führen oft zu Rückzug und Vermeidung und sind eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“¹⁴

Das „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ setzt mit dem Empowerment an dieser Stelle an. Ziel ist es, durch gezielte Informationsveranstaltungen in Moscheegemeinden und bei muslimischen Vereinen über die Möglichkeiten des Vorgehens gegen erfahrene Diskriminierung (unter anderem durch Schulungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz) aufzuklären und damit Handlungsmacht (wieder)herzustellen, sowie die Betroffenen bei der Thematisierung von Diskriminierungserlebnissen, die oft schambehaftet sind, zu unterstützen.

Festzuhalten bleibt, dass solche Projekte lediglich einen ersten Schritt zur Entwicklung von Strategien gegen Islamfeindlichkeit / antimuslimischen Rassismus markieren. Sie müssen notwendigerweise gerahmt werden von einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus, das häufig genug noch immer mit Rechtsextremismus gleichgesetzt und damit unzulässig verkürzt wird.

¹³ Vgl. Open Society Institute, At Home in Europe. Muslime in Berlin, London 2010. Abrufbar unter http://www.soros.org/initiatives/home/articles_publications/publications/berlin-muslims-report-20100427/d-muslims-berlin-corrected-gm-20100610.pdf.

¹⁴ Handout des Netzwerks gegen Diskriminierung von Muslimen. Abrufbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/presse/handout_netzwerk_gg_diskr_bf.pdf?start&ts=1291841138&file=handout_netzwerk_gg_diskr_bf.pdf.

Sawsan Chebli

JUMA – Jung, muslimisch, aktiv

Eine Projektbeschreibung

1. Hintergrund

Immer wieder flammt in der medialen Öffentlichkeit das Thema Integration von Muslimen in Deutschland auf. Man diskutiert über die Frage, ob der Islam Teil dieses Landes ist und ob man gleichzeitig Muslim und Deutsche/r sein kann. Auch überschlagen sich die Meldungen darüber, wie und was muslimische Jugendliche denken, wie sie leben, was sie bewegt und welche Ziele sie in Deutschland verfolgen. Oft beherrschen negative Schlagzeilen den Diskurs. Die Jugendlichen gelten pauschal als Angehörige sozial schwacher Gruppen, bildungsfern und potentiell gefährdet, in die Radikalität abzudriften. Mit muslimischen Jugendlichen selbst wird selten geredet. Bei der Suche nach Lösungsansätzen wird Bezug genommen auf Ergebnisse von Studien über sie. Im JUMA Projekt gilt es, muslimische Jugendliche selbst zu Wort kommen zu lassen, um von ihnen direkt zu erfahren, was sie bewegt und was sie denken. Das JUMA-Projekt wurde im Dezember 2010 von der Autorin (Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport) ins Leben gerufen und wird vom Bundesfamilienministerium aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ finanziell gefördert. JUMA steht für jung, muslimisch, aktiv.

2. Organisation und Struktur

Die Umsetzung des JUMA-Projekts erfolgt durch den zivilen Träger RAA Berlin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V. Die Steuerung des Projekts erfolgt in gemeinsamer Verantwortung zwischen der RAA Berlin und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Der Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel, ist der Schirmherr des Projekts. Das JUMA - Projekt ist auf drei Jahre angelegt (2010-2013).

3. Zielsetzung des JUMA – Projekts

Miteinander reden und zuhören sind wichtige Instrumente, um einander besser zu verstehen, um Toleranz und Akzeptanz zu schaffen und so ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten. Sie sind zugleich wesentliche Elemente gelebter Demokratie, d.h. Schlüssel zu Engagement und der gemeinsamen Gestaltung unserer Gesellschaft. Wenn Jugendliche aufgrund ihrer religiösen Lebensweise ausgegrenzt werden, besteht die Gefahr, dass sie sich in ihre eigene Welt zurückziehen und ihre eigene Gesellschaft bilden. Dem müssen Politik und Gesellschaft gemeinsam durch präventives Handeln entgegengetreten und den Jugendlichen demokratische Handlungsräume im Rahmen unserer pluralen Gesellschaft eröffnen.

Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Erstens geht es darum, muslimischen Jugendlichen eine Stimme zu geben. Sie sollen sich frei darüber austauschen, welche Fragen sie bewegen, was sie von der Politik erwarten und wo sie Defizite, aber auch Chancen sehen. Ein weiteres zentrales Ziel des Projekts ist es, dass muslimische Jugendliche Verantwortung übernehmen und unsere Gesellschaft mitgestalten. JUMA will bei muslimischen Jugendlichen das Interesse an Demokratieerfahrung stärken und den Jugendlichen die Möglichkeit bieten, ihre Einstellungen, Meinungen und Positionen in der politischen und medialen Öffentlichkeit zu artikulieren.

Es soll erreicht werden, gemeinsam mit Moscheen und muslimischen Organisationen junge Menschen stark zu machen gegen extreme Einstellungen und sie letztendlich als Brückenbauer und Vorbilder aufzubauen. Auf diese Weise sollen sie auch andere muslimische Jugendliche dabei unterstützen, jenseits von extremistischen Sichtweisen und Ideologien eigene reflektierte Standpunkte zu entwickeln.

4 . Maßnahmen

Die Beschäftigung mit den gewählten Themen erfolgt in Themengruppen. Folgende Themen haben die Jugendlichen ausgewählt:

- Medien
- Chancengleichheit
- Partizipation
- Identität
- Muslimische Vielfalt
- Politischer Umgang mit dem Islam
- Interreligiöser Dialog.

In diesen Gruppen treffen sich die Jugendlichen regelmäßig, um Inhalte zu vertiefen und Positionen zu entwickeln, über die sie dann mit politischen Entscheidungsträgern, Medienvertretern, Wissenschaftlern und anderen Akteuren diskutieren. Hier geht es auch darum, Akteure zu treffen, die andere Ansätze verfolgen und andere Meinungen haben als die Jugendlichen. Neben direkten Gesprächen dokumentieren die Gruppen ihre Arbeitsergebnisse mit unterschiedlichen Medien (Film, Text, Website).

Auch bietet das Projekt den Jugendlichen verschiedene Workshops und Seminare zu Themen an wie journalistisches Arbeiten, Kampagnen-Organisation oder interkulturelle Kommunikation. Hier können die Teilnehmer wertvolles Know - How erwerben und ihre Fähigkeiten erweitern. Damit die JUMAs ihre Vorstellungen, Ziele, Ideen für ein besseres Miteinander auch in die Tat umsetzen können, unterstützt JUMA sie bei der Organisation von Aktionen und Veranstaltungen sowie bei der Veröffentlichung von Publikationen.

5. Wer ist die Zielgruppe?

Direkte Zielgruppe des JUMA - Projekts sind muslimische Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, die sich vor allem über ihre islamische Identität identifizieren. Die Auswahl der Jugendlichen erfolgt u.a. über Moscheevereine, islamische Jugendorganisationen oder Migrantenorganisationen, die sich der Arbeit mit muslimischen Jugendlichen widmen. Bisher nehmen ca. 100 muslimische Jugendliche aus Berlin regelmäßig an den Veranstaltungen des JUMA - Projektes teil. Bei ein bis zwei Großveranstaltungen pro Jahr kommen ca. 200 Jugendliche zusammen. Die große Mehrheit der JUMAs besucht das Gymnasium, macht Abitur oder studiert.

Zu den indirekten Zielgruppen zählt die (mediale) Öffentlichkeit, die mit neuen Bildern demokratisch engagierter junger Muslime vertraut gemacht werden soll. Auch spielen Akteure aus der Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur bei diesem Projekt eine zentrale Rolle. Die in dem Projekt erzielten Ergebnisse und Erkenntnisse sollen für politische Entscheidungen fruchtbar gemacht werden.

6. Muslimische Vielfalt ergänzt durch junge Christen, Juden, Bahá'í und Jugendliche aus anderen Religionsgemeinschaften

In dem Projekt gibt es eine große Vielfalt an jungen Muslimen: Es nehmen Sunniten wie Schiiten teil. Unter ihnen folgen einige einem streng orthodoxen Islam, andere orientieren sich eher sufisch-spirituell. Ihre Eltern wanderten vor vielen Jahren u.a. aus der Türkei, Bosnien, aus arabischen Ländern, aus Pakistan und vielen anderen Ländern nach Deutschland ein. Genauso sind aber auch zahlreiche deutsche Konvertiten bzw. Kinder von Konvertiten beim Projekt dabei. Im Mai 2011 wurde der Kreis der Muslime erweitert durch Jugendliche aus anderen Religionsgemeinschaften. Es ist die Themengruppe JUGA entstanden. JUGA steht für jung, gläubig, aktiv. Die JUGAs fördern den interreligiösen Dialog im JUMA - Projekt und geben damit dem Dialog der Religionen in Berlin junge Impulse.

7. Aktionen des JUMA - Projekts

Allgemein

Im ersten Projektjahr von JUMA wurden mehr als 50 Veranstaltungen durchgeführt. Diese reichen von großen Podiumsveranstaltungen im Berliner Abgeordnetenhaus bis zu kleineren Gesprächsrunden im Deutschen Bundestag, in Medienhäusern, Stiftungen und in Gotteshäusern. Hier sind die Teilnehmer mit diversen Entscheidungsträgern zusammen gekommen und haben intensive Gespräche geführt.

Die Aktivitäten des Projekts erfolgten in drei Bereichen: I. Diskussionsrunden mit Entscheidungsträgern und prominenten Akteuren aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur, II. Aktionen und Kampagnen und III. Fortbildungen.

I. Diskussionsrunden und Treffen mit Entscheidungsträgern und prominenten Akteuren

Politik

- Ruprecht Polenz, CDU, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags
- Ibrahim Kalin, Chefberater beim türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan
- Swen Schulz, SPD, Mitglied des Deutschen Bundestages
- Mechthild Rawert, SPD, Mitglied des Deutschen Bundestages
- Burkard Dregger, CDU, Mitglied des Berliner CDU-Landesvorstands
- Dr. Olaf Farschid, Berliner Verfassungsschutz
- Christian Wulff, CDU, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, 3. Juli 2011

Wissenschaft

- Prof. Dr. Gudrun Krämer, Leiterin des Instituts für Islamwissenschaften an der Freien Universität Berlin
- Prof. Dr. Werner Schiffauer, Ethnologe an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder
- Dr. Naika Foroutan, Sozialwissenschaftlerin an der Humboldt Universität Berlin

Medien

- Jörg Lau, Wochenzeitung „ZEIT“, verbunden mit einem Besuch des Hauptstadtbüros
- Jan Schütz, „BILD“ - Zeitung, verbunden mit einem Redaktionsbesuch
- Claudia Keller, „Tagesspiegel“, verbunden mit einem Redaktionsbesuch
- Yassin Musharbash, Der Spiegel.

Prominente Akteure aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft

- Navid Kermani, Schriftsteller
- Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime
- Richard Meng, Sprecher des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
- Hamed Abdel Samad, Islamkritiker
- Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden, 5. März 2012

II. Aktionen/Kampagnen

- Anlässlich des 10. Jahrestags der Terroranschläge vom 11. September hat JUMA eine interreligiöse Aktion gestartet. Junge Muslime, Christen, Juden, Bahá'í und viele weitere junge Menschen aus den unterschiedlichsten Religionsgemeinschaften haben sich unter der Leitung der Autorin zusammengetan, um zu zeigen, dass sich Terror niemals mit Religion rechtfertigen lässt. Sie wollten zeigen, dass sie die Instrumentalisierung und den Missbrauch ihrer Religionen ablehnen und klar machen, dass Gewalt im Namen von Religion keinen Platz hat in Berlin. Aus der Aktion ist die siebte Themengruppe „Interreligiöser Dialog“ hervorgegangen. Die Jugendlichen haben sich auf Musik als Transportmittel für ihre Message geeinigt. Unter dem Motto „NEIN! ELEVEN - We build a Common Future“ haben die Jugendlichen den Song „Sweet Coexistence“ mit dem Musiker Robert Lee entwickelt und am 11. September am Brandenburger Tor und an anderen Orten präsentiert. Zum Song haben die Jugendlichen ein Video gedreht. Integraler Bestandteil des Videos war der symbolische Aufbau eines 4 Meter hohen „Common Future Turmes“ durch Kinder und Jugendliche verschiedener religiöser und kultureller Herkunft. Der Turm bestand aus 200 Kisten, die von Kindern und Jugendlichen mit ihren Wünschen und Hoffnungen für eine friedliche Zukunft bemalt und beschriftet wurden. Der Turm stand zwei Wochen im Jüdischen Museum Berlin. Im Berliner Rathaus wurde der Song zur Gedenkveranstaltung am 11. September aufgeführt.
- Im April schlüpfen beim Planspiel Bundestag 30 JUMA - Teilnehmer für einen Tag in die Rolle von Parlamentariern. Auf der Tagesordnung stand die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs zum Wahlrecht ab 16.
- Der Juni 2011 stand bei JUMA ganz im Zeichen des Umweltschutzes. Gemeinsam mit der Greenpeace Jugend Berlin wurden drei Umweltschutzaktionstage organisiert. Am ersten Tag war die JUMA - Gruppe mit einem eigenen Stand beim Berliner Umwelt-festival vertreten. Dann veranlassten die Jugendlichen, dass in zehn Berliner Moscheen bei der Freitagspredigt der Umweltschutz im Fokus stand. Schließlich führten die Jugendlichen von JUMA und der Greenpeace Jugend Berlin an mehreren zentralen Orten Straßentheater zum Umweltschutz auf.
- Als im September die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus anstanden, war klar, dass auch JUMA etwas auf die Beine stellen würde. Das Ziel: Alle Kräfte einsetzen für eine größere Wahlbeteiligung. So unterstützten mehr als 20 JUMA-Teilnehmer als Wahlhelfer die Durchführung der Wahl im Rathaus Pankow. Es wurden Wahlprüfsteine veröffentlicht und ein Wahlaufruf von 50 Berliner Imamen und Moscheevorständen organisiert.

- Vom 1.-3. Dezember 2011 hat die JUGA - Gruppe die Chance genutzt, auf dem Weihnachtsmarkt in Neukölln Rixdorf Werbung für das JUMA - Projekt zu machen. JUGA hat drei Tage lang einen eigenen Stand betreut, Infomaterial verteilt, T-Shirts verschenkt und orientalisches Essen verkauft. Auf diese Weise ist die Gruppe mit den Menschen ins Gespräch gekommen. Das Interesse des Publikums war groß und die Resonanz hervorragend.
- Anlässlich des islamischen Neujahres (Muharram, 26.11.11), des jüdischen Chanukka (21.12.11) und Weihnachten veranstaltete JUMA ein interreligiöses Fest (kurz: Muharram-Weihnukka Fest). Neben Vorträgen zu den Religionen wurde traditionelles Essen serviert und neue Netzwerke wurden geschlossen. JUMA nutzte die Feier, um noch mehr junge Menschen für das Projekt zu begeistern. Das Muharram-Weihnukka Fest fand am 15. Dezember 2011 in der Sehitlik Moschee statt.
- JUMA fördert das Empowerment von jungen Muslimen und hat u.a. das Ziel, dass sich junge Muslime in die Gesellschaft einbringen, Verantwortung übernehmen und andere muslimische Jugendliche mit auf den Weg nehmen. Zwei der männlichen JUMAs haben sich zusammengetan und ein neues Konzept entwickelt, das jungen Muslimen dabei verhelfen soll, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Es handelt sich um den i,Slam. Im Prinzip beruht der i,Slam auf dem „Poetry Slam“. Dieser kommt ursprünglich aus den USA. Grundidee des i,Slam ist es, wortgewandten muslimischen Akrobaten ein Mikrofon in die Hand zu drücken, um sich dann vor einem ethnisch und religiös buntem Publikum eine „Dichterschlacht“ zu liefern. Nun sollen bundesweit neun i,Slam Veranstaltungen durchgeführt werden. Die Auftaktveranstaltung fand am 17. Dezember 2011 im Bärensaal der Innenverwaltung statt. Die Gewinner der einzelnen Slams in den Städten qualifizieren sich für das Finale, welches dann in Frankfurt am Main stattfindet. Bei der Auftaktveranstaltung sollen verschiedene Zielgruppen eingeladen werden u.a. Schulen, Quartiersmanagement, Polizei, Politik, Künstler, Wissenschaftler, islamische Organisationen.
- Vom 25.-27. Januar 2012 kamen 15 werden junge Führungskräfte des OTTO Konzerns Hamburg im Rahmen des Executive Development Programms zu einem zweieinhalb tägigen Workshop in Berlin Kreuzberg zusammen. Unter dem Oberthema „Verantwortung übernehmen“ hat sich der Konzern zum Ziel gesetzt, mit Mitarbeitern in Führungspositionen reale gesellschaftliche Brennpunkte aufzusuchen und innerhalb einer sinnvollen Aktivität Zeichen zu setzen. Unter dem Motto „Muslim Dresscode“ kamen sieben JUMA - Teilnehmer mit den Führungskräften des Otto-Konzerns zusammen und kreierte neue Kleidungsstücke. Jeder der JUMAs brachte ein traditionelles Kleidungsstück aus der Heimat der Eltern oder Großeltern mit und opferte es für den neuen Dresscode. Aus den alten Kleidungsstücken wurden nach gemeinsamen Entwürfen mehrere Bilder hergestellt. Zum Abschluss wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit in Form einer Vernissage ausgestellt. Am 16. und 17. März 2012 findet eine zweite Runde statt.

- Die interreligiöse Themengruppe des JUMA-Projekts plant am 19. April 2012 zum Jom HaShoa eine Pflastersteinaktion. Jom HaShoa (auf Deutsch: Holocaust-Gedenktag) ist der Gedenktag für die Opfer des Holocaust. An diesem Tag finden auf der ganzen Welt unterschiedliche Projekte und Veranstaltungen zum Gedenken an die Ermordeten statt. JUMA möchte dieses Jahr die Erinnerung an die sechs Millionen ermordeten Juden wahren. Hintergrund: Tag für Tag laufen wir durch Berlin und nehmen die Stolpersteine gar nicht oder kaum wahr. An Jom HaShoa sollen sie glänzen! Die jungen Leute gehen durch ausgewählte Straßen und säubern die Stolpersteine und lassen das Andenken an die Namen der Opfer aufleuchten! Um die Aufmerksamkeit der Passanten zu erhöhen, werden Gedenkkerzen aufgestellt.
- Weiterhin wird JUMA eine Aktion zum Einfluss islamischer Kulturen auf europäische Zivilisationen Europas durchführen. Geplant ist u.a. die Entwicklung von Schaubildern in Form von Plakaten für den Unterricht an Berliner Oberschulen. Die Aktion dient dazu, die Integration von jungen Muslimen zu fördern. Viele junge Muslime hatten durch die Diskussionen rund um das Thema der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland das Gefühl, in unserem Land nicht erwünscht zu sein. Diese gefühlte oder tatsächliche Ausgrenzung birgt das Risiko, dass sich junge Muslime in ihre eigene Welt zurückziehen. Aktionen wie diese tragen dazu bei, den Jugendlichen zu zeigen, dass Deutschland auch ihr Land ist. Neben der Auseinandersetzung mit den Einflüssen muslimischer Kulturen auf Europa sollen auch Beiträge und Mitwirkungen anderer Kulturen zu muslimischen Errungenschaften auf den Plakaten verdeutlicht werden. Damit soll erreicht werden, dass junge muslimische Schülerinnen und Schülern erkennen, dass es keine homogenen Kulturen gibt, sondern es schon immer Vermengungen unterschiedlicher Kulturen gab. Kooperationspartner im Rahmen dieser Aktion sind das Museum für Islamische Kunst und das Deutsche Historische Museum.
- Im September 2012 werden zehn JUMA Teilnehmer/innen für eine Woche auf Einladung des US-Außenministeriums in die USA reisen. Sie werden Washington DC und eine weitere Stadt besuchen. Unter anderen sollen sie mit Akteuren des öffentlichen Lebens über die Themen religiöse Vielfalt, Integration, Identität, Partizipation und US-Wahlkampf sprechen.

III. Fortbildungen

Im Rahmen des Projekts werden verschiedene Seminare, Workshops und Vorträge angeboten. Folgende Angebote konnten die JUMAs bisher wahrnehmen:

- Workshop „Journalistisches Arbeiten“: Gemeinsam mit der JUMA-Patin und taz-Kolumnistin Kübra Yücel erarbeiteten die Teilnehmer ihren eigenen Internetblog
- Workshop „Berührungspunkte zwischen Deutschland und dem Islam“ im Deutschen Historischen Museum
- Argumentationstraining mit Thomas Griesbach: Pater im Franziskaner-Kloster, Rhetorik-Coach bei der Boston Consulting und Professor für Rede- und Gesprächspädagogik
- Zweitägiger Workshop zum Thema Videojournalismus am 24. und 15. Februar 2012
- Zweitägiges Training zu „Religious Diversity“ zur Sensibilisierung von Vorurteilen am 3. und 4. März 2012

Lela Lähnemann

Strategien im Umgang mit Diskriminierung und Homophobie

Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle – LADS) wurde im April 2007 eingerichtet und ist bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales angesiedelt. Sie arbeitet auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), das am 1. August 2006 in Kraft trat. Das Team der LADS hat zur Zeit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Demnach geht es um Diskriminierungsschutz auf Grund der Merkmale Alter, Behinderung, Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung und sexuelle Identität. Der Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ist der LADS angegliedert.

Im folgenden Beitrag bekommen Sie Informationen über die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung, den Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“.

I. Die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung. Ziele und Aufgaben

Oberstes Ziel der Landesantidiskriminierungsstelle ist die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt und gegen Diskriminierung.

Konkret geht es um die Sensibilisierung von Gesellschaft und Verwaltung, den Abbau struktureller Diskriminierung und die Weiterentwicklung einer netzwerkorientierten Beratungsinfrastruktur.

Ziel 1. Sensibilisierung von Gesellschaft und Verwaltung

Beispiele für die Arbeit der LADS hierzu sind:

- Die Kampagne: "Diskriminierung hat viele Gesichter", unter anderem mit einem Spot im Berliner Fenster, das täglich ca. 1.1 Millionen Menschen erreicht; mit Plakaten und Infoständen bei Großveranstaltungen.
- Expertisen, Broschüren und mehrsprachige Infolyer zum AGG
- Die Durchführung von Fachtagungen, Runden Tischen und anderen Veranstaltungen
- Die sehr beliebten Diversity-Trainings,
- Ein Newsletter und der Internetauftritt unter www.berlin.de/lads

Ziel 2: Abbau struktureller Diskriminierung

Beispiele hierfür sind:

- die Überprüfung der Altersgrenzen in Berliner Gesetzen und Verordnungen
- der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung
- das Projekt "Berlin Stadt der Vielfalt" und die
- Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt!“

Ziel 3: Sicherung und Ausbau der Beratungsinfrastruktur

Hierzu gehören:

- Die Koordination, Vernetzung und Unterstützung eines Berlinweiten Beratungsnetzwerkes von Antidiskriminierungsberatungsstellen
 - Datenerfassung, Dokumentation und Auswertung gemeldeter Fälle,
 - die rechtswissenschaftliche Begleitung und Bewertung von Konfliktfällen.
- Die LADS strebt an, eine gute Beratung für alle im AGG genannten Merkmalsbereiche zu gewährleisten und Mehrfachdiskriminierungen qualifiziert zu begegnen.

II. Der Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Der Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (ggLw) besteht seit 1989 in der Berliner Verwaltung. In der Berliner Landesverfassung ist in den Artikeln 10 und 12 die Gleichbehandlung unabhängig von der sexuellen Identität und der Schutz von auf Dauer angelegten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften vorgegeben. Der Fachbereich ggLw unterstützt die Emanzipation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen durch die Förderung von Projekten. In einigen dieser Projekte werden Menschen beraten, wenn sie wegen ihrer sexuellen Identität Diskriminierung erfahren haben. Auch der Fachbereich ggLw informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und trägt zum Abbau struktureller Diskriminierungen bei, zum Beispiel durch Gesetzesinitiativen wie zum Lebenspartnerschaftsgesetz.

III. Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt!“

Auf Grund erschreckender Überfälle auf Lesben, Schwule und transgeschlechtliche Menschen hat das Berliner Abgeordnetenhaus im April 2009 die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ beschlossen. Der Senat hat dazu im März 2010 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie beschlossen. Für die Umsetzung, die von der LADS koordiniert wird, wurden in den Jahren 2010 und 2011 zusätzliche Haushaltsmittel eingesetzt. Es handelt sich um Maßnahmen in sechs Handlungsfeldern:

- (1) Bildung und Aufklärung stärken
- (2) Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen
- (3) Wandel der Verwaltung vorantreiben
- (4) Erkenntnisgrundlagen verbessern
- (5) Förderung des Dialogs
- (6) Rechtl. Gleichstellung zum Durchbruch verhelfen

Beispiele sind:

- Sechs Projekte zur Prävention von Gewalt, zur Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierung und zur Aufklärung und Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen, unter anderem und für Migrant/innenorganisationen.
- Fortbildungen und Trainings für verschiedene Berufsgruppen wie Psycholog/innen oder Mitarbeiter/innen von Job-Centern.
- Bundesratsinitiativen zur rechtlichen Gleichstellung, u.a. zur Öffnung der Ehe
- Forschungsaufträge, u.a. im Bildungsbereich und die
- Förderung des Dialogs. Hier gibt es das Bündnis gegen Homphobie und den Runden Tisch „Akzeptanz sexueller Vielfalt“.

Weitere Informationen unter www.berlin.de/lads/gglw

Die Kampagne „Berlin liebt! Respekt macht's möglich.“

Diese Kampagne wurde entwickelt, um die breite Gesellschaft dafür zu gewinnen, für die Gleichberechtigung von LSBTI einzutreten. Es werden gerade junge Menschen, aber auch Seniorinnen und Senioren, eingeladen, sich zu informieren und mit zu diskutieren. Großflächenplakate, Radiospots, eine Postkartenserie werben für Respekt. Sie können sich auf der Internetseite www.berlin-liebt.info

informieren und Unterstützer/in werden.



ARBEITSKONZEPT

PROJEKTGRUNDLAGEN

a) gesellschaftlicher Kontext

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Heranwachsende mit Migrationshintergrund unterschiedlichen Erwartungen genügen müssen. Sie befinden sich zwischen den Traditionen, dem kulturellen und sozialen Hintergrund ihrer Eltern und den Werten und Anforderungen der deutschen Gesellschaft, in der sie leben. Dies konfrontiert sie mit Widersprüchen, die es ihnen schwer machen, sich z.B. mit Ausgrenzung oder Arbeitslosigkeit erfolgreich und ohne Aggressionen auseinander zu setzen. Patriarchale Strukturen und Vorstellungen von Ehre, die v.a. durch Erziehung weitergegeben werden, haben in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung. Sie hindern Jugendliche beiderlei Geschlechts an der freien Entwicklung ihrer Persönlichkeit und schränken die möglichen Lebensentwürfe ein: Mädchen und Frauen werden in schwache Positionen, in die Opferrolle, gedrängt (Zwangsheirat, Kontrolle, Unterordnung), aber auch Jungen geraten unter empfindlichen Druck (Durchsetzung der Ehre Vorschriften, arrangierte Ehen). Der Berliner Bezirk Neukölln ist ein Brennpunktviertel mit einem hohen Migrantenanteil. Hier finanziert WORLD CHILDHOOD FOUNDATION seit 2007 dieses Projekt von Strohalm e.V., das in Schweden Vorbilder hat und dort auch Gelder von der Stiftung erhielt. Jetzt soll auch in Deutschland die Forderung nach der Gleichstellung der Geschlechter nicht mehr gegen ein interkulturelles Zusammenleben ausgespielt werden.

b) Projektansatz

Der Ausgangspunkt unserer Arbeit mit jungen Migranten ist die Bewusstmachung, dass auch in ihrer/unserer Community etwas schief läuft (Gewalt, Bildung...). Es geht also zunächst um ein Umdenken und Infragestellen. Im Fokus steht dabei die Problematisierung der Männerrolle im Kontext der Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen. Das Ziel ist es, Jungen und jungen Männern die Möglichkeit zu geben, sich von diesen Machtstrukturen zu distanzieren. Im Laufe des Trainings erlangen sie die Stärke und Fähigkeit, die Grenzen, die die Ehrenkultur auch für sie setzt, zu überwinden. Es geht darum, die jungen Männer mit kreativen und pädagogischen Methoden zu motivieren Stellung zu beziehen: gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre und für das Recht der Mädchen/Frauen auf Menschenrechte und Gleichberechtigung. Das Projekt verschiebt zudem den Fokus von der Wahrnehmung der Defizite und Gewaltbereitschaft gerade jugendlicher männlicher Migranten hin zu denen, die bereit sind, sich Respekt durch den Kampf gegen Unterdrückung im Namen der Ehre zu erarbeiten.

Wir sind davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Arbeit für die Gleichberechtigung auch die Männer einbeziehen muss. Ohne einen Entwicklungsprozess, der die Männer einschließt und ihnen die Möglichkeit gibt, traditionelle Geschlechterrollen in Frage zu stellen, gibt es keine Chance auf eine nachhaltige gesellschaftliche Veränderung. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten haben. Aus dieser Perspektive ist es wichtig dass unser Team heterogen ist und sich aus Frauen und Männern zusammensetzt und aus verschiedenen ethnischen Gruppen kommt.

PROJEKTDESCHEIBUNG und METHODIK

a) Zielgruppe

Wir arbeiten mit jungen Männern bis 21 Jahren mit Migrationshintergrund, die über Themen wie Gleichberechtigung, Ehre und Menschenrechte diskutieren und in ihrem Alltag und in der Gesellschaft etwas verändern wollen. Diese jungen Männer werden in ihrer Freizeit von den beiden Gruppenleitern qualifiziert, damit sie als Rollenvorbilder andere Jugendliche zur Auseinandersetzung mit diesen emanzipatorischen Themen motivieren und gewinnen können. Dieser Prozess dauert ca. ein halbes Jahr. Danach gehen sie nach Außen: In Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen oder Jugendtreffs bieten sie Workshops an. So findet die Arbeit in zwei Schritten statt: zuerst innerhalb der Gruppe und dann durch die Workshops mit anderen Jugendlichen, Jungen und Mädchen.

b) Das Team

Yilmaz Atmaca und Ahmad Mansour sind die Gruppenleiter. Yilmaz ist Schauspieler und Theaterpädagoge, kommt aus der Türkei und lebt seit 16 Jahren in Berlin. Ahmad ist Dipl. Psychologe, stammt aus Palästina und lebt seit sieben Jahren in Deutschland. Mecbure Oba ist Diplom-Soziologin und leitet das Projekt seit August 2010. Eldem Turan hat einen Bachelor of Arts in Business Administration und ist als neue Gruppenleiterin im Heroes-Team. Als Deutsch-Türkin ist sie in Berlin geboren und aufgewachsen. Dagmar Riedel-Breidenstein, Dipl. Soziologin und Leiterin von Strohalm e.V. koordiniert die Arbeit und nutzt dabei die langjährigen Kontakte des Vereins.

c) Methodik

„Heroes“ arbeitet mit Gruppenleitern mit Migrationshintergrund, die über einen ähnlichen Erfahrungshorizont verfügen. Sie stellen eine Art „große Brüder“ dar, die es geschafft haben, sich von tradierten Rollenvorstellungen zu lösen. Damit sind sie Vorbilder und Leiter zugleich. Während des gesamten Trainingsprozesses sind die „Augenhöhe“ und die Herstellung einer lockeren Atmosphäre des Austausches wichtige Aspekte. Die Voraussetzung hierfür ist eine intensive Phase der Vertrauensbildung. Beim gemeinsamen Essen bringen die Gruppenleiter ihre persönlichen Erfahrungen und ermöglichen es so den jungen Männern, sich ebenfalls zu öffnen. Wichtig sind das gegenseitige Zuhören und die Akzeptanz. Auch persönliche Probleme kommen zur Sprache. Wo es hilfreich ist, kann dabei die Sprache gewechselt werden. Grundsätzlich wird deutsch gesprochen. Auch gemeinsame Aktivitäten wie der Besuch von Veranstaltungen, Ausflüge, gemeinsames Grillen und Fußballspielen sind wichtiger Bestandteil zum Schaffen einer Beziehungsebene. Eine Einladung an die Familien schafft darüber hinaus Bestärkung und ein gutes Klima.

Das Training besteht aus Gruppengesprächen über Grundlagenthemen. Gemeinsam mit den Gruppenleitern hören die Jungen Vorträge von geladenen ReferentInnen und besuchen thematische Veranstaltungen und Ausstellungen. Durch theaterpädagogische Übungen setzen sie sich intensiv mit der Thematik auseinander und erlernen zugleich Präsentationsmethoden, Argumentation und szenisches Rollenspiel als Vorbereitung auf ihren Workshop. Diesem Workshop, den die jugendlichen Heroes im Anschluss an ihr Training anbieten, liegt die Idee der Peer education zugrunde: Jugendliche werden am besten durch andere Jugendliche erreicht. Besonders bei schwierigen und emotionalen Themen lernen sie am besten von etwa gleichaltrigen Vorbildern. Der Workshop nutzt darüber hinaus unterschiedliche Vermittlungsmethoden: Fakten zu Ehrunterdrückung (Information) werden durch eine Powerpoint-Präsentation vermittelt. In der Diskussion werden die Jugendlichen aktiv mit einbezogen.

Sie werden ermutigt Fragen stellen und zum Teil selbst zu beantworten. Hier werden Konventionen und Traditionen hinterfragt und neue Perspektiven gemeinsam entwickelt.

Vor allem jedoch nutzt der Workshop das Rollenspiel, das nach allen Lerntheorien das emotionale und effektive Lernen begünstigt. Konfliktsituationen werden nicht nur anschaulich dargestellt, sondern durch Interaktion mit dem Publikum weiterentwickelt. Hierbei spielen die TeilnehmerInnen die vorgeschlagenen Lösungsansätze zum Teil selbst durch. Durch diese Methode werden die Thematik und der Handlungsspielraum optimal erfahrbar gemacht. Zur kontinuierlichen Verbesserung und Differenzierung des Workshops werden im Anschluss an die Veranstaltung Feedback-Fragebögen ausgeteilt, in denen die TeilnehmerInnen den Ablauf bewerten.

Insgesamt ergibt sich durch diese speziellen Projektthemen eine einzigartige historische Chance: Empathie mit den im Namen der Ehre unterdrückten Frauen und Mädchen als Motor der Veränderung ist diesen jungen Migranten durch ihre eigene Ausgrenzungs- und Demütigungserfahrungen leichter zugänglich. Das „Heroes“-Projekt ergreift diese Chance, persönliche Erfahrungen mit Rassismus zu nutzen, um Sexismus zu bekämpfen. Durch Dokumentation und Evaluation der Methode wird ein Modell entwickelt, das ständig qualifiziert und in der Folge weiter verbreitet werden kann.

d) Projektbeirat

Der Austausch mit engagierten Personen aus der Migranten-Community und Fachleuten ist uns wichtig. Deshalb gibt es einen Projektbeirat, der sich vierteljährlich trifft.

e) Mädchenbeirat

Seit September 2008 treffen wir uns mit einer Gruppe Mädchen aus Ehrenkulturen, die unseren Mädchenbeirat bilden. Sie gehören zum Mädchenladen MADONNA, dem Mädchenmedienzentrum Szenenwechsel oder haben sich in den Workshops gemeldet. Diese Mädchen teilen uns Themen, Fragen und Perspektiven, die für sie wichtig sind, mit. Diese können wir dann in unsere Arbeit mit den Jungen einbeziehen. Da wir das Ziel haben, das Leben für die Mädchen zu verbessern, müssen wir natürlich auch die Mädchen selbst um Rat fragen.

f) Anerkennungsveranstaltung

Zum Beginn ihrer Vorbildarbeit erhalten die jungen Heroes jeweils einen starken Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung. Dazu wird ihnen im Rahmen einer großen Veranstaltung ihr Zertifikat überreicht. Die Würdigung durch die Aufnahmegesellschaft ist den Jungen trotz aller Ausgrenzungserfahrungen zentral. Und gerade für ein Thema, für das sie in ihrer Community nur schwer Anerkennung erfahren, brauchen sie die Unterstützung der Politik. Dadurch werden auch die zwei Seiten der Verantwortung für Integration deutlich: Die Heroes arbeiten für Themen und Werte, die für ein Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar sind. Dafür haben sie Interesse und Unterstützung verdient. Es geht letztlich darum, sie zum Weitermachen zu motivieren und deutlich zu machen, dass sie auf ihren neuen Wegen nicht alleine sind.

Ulrich Dovermann

Mit Extremisten reden? Erfahrungen, Möglichkeiten, Grenzen und Zwänge im unmittelbaren Umgang mit extremistisch beeinflussten Menschen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung – im Folgenden bpb genannt - widmet sich seit vielen Jahren intensiv dem Thema „Extremismus“ und hat dafür einen eigenen Fachbereich eingerichtet. Hier wird in vier Arbeitsfeldern der Versuch unternommen, extremistische Meinungen, Handlungen und Weltbilder mit Mitteln der politischen Bildung zu bearbeiten:

- es soll ein zutreffender und zielorientierter öffentlicher Diskurs zum Thema „Extremismus im demokratischen Rechtsstaat“ geführt werden,
- die Themen der Extremisten sollen aus demokratischer Sicht verstärkt bearbeitet werden,
- die Zivilgesellschaft soll bei ihrer Auseinandersetzung mit extremistischen Thesen unterstützt und gestärkt werden
- es soll der Versuch unternommen werden, mit Mitteln der politischen Bildung Extremisten zu erreichen und möglicherweise zu verändern.

Diese Felder – und insbesondere das letzte – verweisen bereits auf die Antwort, die politische Bildung dem Thema dieses Workshops gibt. Ja, wir sind in der bpb der Meinung, dass man mit Extremisten reden muss, dass man es kann und dass man eine zielorientierte Auseinandersetzung mit dem Extremismus nicht ohne Kommunikation mit den Extremisten führen kann.¹ Toleranz- und Demokratieprojekte, die ausschließlich auf Stärkung der Demokratie und Förderung der Toleranz orientiert sind, sind im Sinne positiv-gesellschaftlicher oder primärer Prävention gut und richtig – im Bereich der sekundären und gar der tertiären Prävention sind sie mangels direkter Einwirkungen in die prekären Milieus kaum oder gar nicht wirksam. Es muss neben der gesellschaftlichen Prävention auch eine korrigierende, gegen unerträgliche Meinungen und Handlungen gerichtete präventive Diskursform geben, die – auch langfristig – nicht durch primäre Maßnahmen überflüssig werden wird. Dies ist zu begründen:

¹ Es ist dem Verfasser bewusst und bekannt, dass es begründete Vorbehalte gegen pauschale Gleichsetzungen von allen Typen des Extremismus gibt und dass es sich aus Sicht der wissenschaftlichen Genauigkeit verbietet, Links-, Rechts- und islamistischen Extremismus unter einen sehr ungenauen Überbegriff „Extremismus“ zu fassen. Da es aber hier nicht um eine präzise Typisierung der verschiedenen Formen geht, wird der Begriff aus Platzgründen – aber mit schlechtem Gewissen – dennoch benutzt.

Die dem Extremismus zugrunde liegenden sozialen, sozialpsychologischen und gesellschaftspolitischen Faktoren sind auch langfristig nicht zu beseitigen und werden stets neue Formen und Ausprägungen extremistischer Gewalt hervorbringen. Es sind zudem auch spezifische Tradierungslinien der extremistischen Ideen zu beobachten, die nicht dem öffentlichen Diskurs ausgesetzt sind und neben ihm funktionieren. Und wenn man schließlich extremistische Haltungen auch als spezifisch ausgeprägte Ausdrucksformen gesellschaftlicher Befindlichkeiten versteht, so zeigt sich, dass diese Befindlichkeiten ja nicht nur von innergesellschaftlichen Diskurs sondern von einer Vielzahl von äußeren Faktoren beeinflusst werden. Man wird es einfach nicht ausschließen können, dass stetig neue und erneuerte Formen von Extremismus durch Krisen, Verunsicherungen, prekäre Lebenssituationen und Tradierungen von Ideen entstehen und deshalb wird man sich ständig wieder auf den Diskurs mit Extremisten einlassen müssen.

Das gilt nicht nur in Deutschland. Um eine weitere Sicht exemplarisch zu erzeugen, sei deshalb ein Zitat aus dem Umfeld des „Yemen's Committee for Dialogue“ genannt, einem Projekt, das sich im Jemen mit der schlimmsten aller Extremismus-Formen, dem islamistischen Terrorismus, beschäftigt: „People will revise their ideas when they listen to rational debates which are well reasoned and articulate. Mobilization and radicalization only happens because of what goes on in closed rooms where people are isolated from the views of others“.² Wenn also selbst im Jemen dem kritischen, gut begründeten und artikulierten Dialog mit den Extremisten gute Chancen eingeräumt werden, dann sollten wir es in Deutschland auch versuchen.

Wir benötigen dazu eine möglichst kurze Beschreibung dessen, was wir „Extremisten“ nennen wollen. Die Formulierung verweist darauf, dass wir, die Gesellschaft, die „Extremisten“ selber definieren. Sie selbst verstehen sich zumeist nicht so. Es soll nun hier der ganze öffentliche Streit um die Definitionen des Extremismus nicht ausgebreitet werden. Stattdessen schlage ich Ihnen vor, dass wir die Charakteristika benennen, die wir bei allen finden, die Extremisten genannt werden, um eine Arbeitsbeschreibung für unsere Kommunikationsfrage zu bekommen.

Extremisten behaupten, in einer politisch bedingten Notwehrsituation zu sein, aus der heraus sie das Recht in Anspruch nehmen Gewalt auszuüben oder zu befürworten. Darin eingefangen ist auch die Feststellung, dass Extremisten von einem andauernden politischen Freund-Feind-Verhältnis ausgehen. Des Weiteren haben Extremisten eine – wie auch immer ausgeprägte – politische Vision, vielleicht auch eine Ideologie. Diese gibt es in schwarz als die Erwartung einer hereinbrechenden Katastrophe oder in weiß als Vision von einer idealen Welt, in der zu leben wir nur durch die Feinde gehindert sind. Und schließlich haben Extremisten eine durch die Vision erzeugte stark eingeeengte Art, politische Zusammenhänge zu beurteilen. Da ihrer Auffassung nach alles über die politische Ideologie bzw. die Vision erklärt werden kann und muss, wird auch nur diese und ihr Hintergrund zum Leitmotiv aller politischen Deutungen. Das bringt eine schwierige Diskurssituation mit sich.

² Nabil al-Sofee, hier zit. Nach Tore Bjorgo und John Horgan (Hrsg.) Leaving Terrorism Behind, Individual and collective disengagement, Abingdon, New York, 2009, Seite 192. Nabil al-Sofee war zuvor Mitglied der Islamischen Partei des Jemen und Mitglied der Muslim-Bruderschaft, jetzt aber Chef-Herausgeber der Zeitschrift: The News, Yemen“.

Und schließlich ist darauf hinzuweisen, dass Extremismus kein Quantensprung sondern eine Eskalation ist. Die Extremisten selber bewegen sich auf den Stufen der Radikalisierung auf- und abwärts, sie zweifeln durchaus zwischenzeitig an ihren Überzeugungen und Handlungen, sie diskutieren untereinander, wie sie welche Tatbestände einordnen wollen. Das hat Konsequenzen für den Dialog mit ihnen. Aber es ist auch so, dass die Gesellschaft sich in ihren Zuschreibungen des Attributs „extremistisch“ ändert und dass das Bild vom „Noch Erlaubten“ oder vom „Unerträglichen“ nicht einheitlich ist. Der Begriff „extremistisch“ und die Zuschreibung der Eigenschaft „extremistisch“ ist weder eindeutig noch einvernehmlich. Er ist eine Setzung. Darüber sollten wir uns klar sein.

Die Beschreibung ist sicher nicht vollständig und muss für die Belange der politischen Bildung noch weiter diskutiert werden. Für den hier anstehenden Problembereich sollte sie aber reichen.

Vor diesem Hintergrund sollen nun vier Thesen zum Thema diskutiert werden.

These 1

Wir müssen mit den „Extremisten“ reden, um festzustellen, ob sie denn überhaupt welche sind und wo sie auf der Eskalationsleiter stehen.

Wo Jugendliche einander mit Vokabel wie „Opfer“, „Jude“, „Nigger“ oder anderem verletzen, wird in der Erwachsenenwelt sehr schnell ein rassistisches Motiv vermutet und die Konsequenz der Vermutung ist dann das Verbot. Das ist verständlich und scheint auf den ersten Blick auch richtig. Ein Verbot beendet allerdings auch das Gespräch und führt nur selten dazu, dass die Vokabel verschwindet. Was für die Worte gilt, wird ebenso auf Begriffe und Symbole erweitert. Seitdem man zu wissen glaubt, dass Springerstiefel, Bomberjacken, Lonsdale-Klamotten und die Triskele Ausdrücke rechtsextremer Gesinnung sind, dass es Zahlencodes gibt und die „schwarze Sonne“, das „Keltenkreuz“ und „Thors Hammer“ als Schmuck verkauft werden, diagnostiziert man schnell Extremismus und reagiert wiederum mit Abwehr und Verbot. Aber auf solche Weise bestätigt man ja letztlich nur die von den Extremisten angenommene Freund-Feind-Situation. Anstatt die Träger solcher Symbole oder Kleidungsstücke zu fragen, ob sie mit all dem etwas auszudrücken versuchen, ob sie selber wissen, was das denn für ein Symbol ist, werden die Träger „zum Schweigen gebracht“. Die Konsequenz ist, dass eine Aufklärung nicht stattfindet, nicht für den Träger der Symbole, nicht für den Kritiker und – vor allem auch – nicht für die, die dabeistehen. Was für ein Irrtum!

In solchen Gesprächen kann doch erst das eigentliche Anliegen der Extremisten zum Vorschein kommen: Nicht das Symbol selbst ist problematisch, sondern der symbolisierte Inhalt. Und wenn dieser zum Vorschein kommt, wenn er tatsächlich und sichtbar im Raum steht, dann kann man ihn doch bearbeiten. Es geht hier nicht um Beliebigkeit. Es soll keiner die 88 in der Schule herumtragen und damit öffentlich sagen, dass er ein Hitler-Fan ist. Aber er und die anderen sollen wissen und lernen, warum man das nicht tragen soll, warum das eine Bedrohung und eine Kränkung ist und dazu wird er ein Gespräch brauchen. Ein Gespräch, in dem er zum Denken angeregt wird und an dessen Ende die Vereinbarung steht, dass so etwas nicht gezeigt werden soll. Ein Gespräch auch, in dem der Kritiker – sei er Lehrer, Ausbilder, Sporttrainer oder anderes – erfährt, wie es um das Innenleben des Jugendlichen bestellt ist, was ihn umtreibt und welchen Einflüssen er ausgesetzt ist.

Was hier für Lehrpersonen im weiteren Sinne gesagt wurde, lässt sich auch auf den Bereich zwischen Gleichaltrigen anwenden – auch hier kommt es darauf an, nicht jemanden zum Schweigen zu bringen, sondern ihn ins Gespräch zu ziehen. Hierzu sei auf ein Projekt der bpb verwiesen, das zwar ausgelaufen ist, aber gut hierhin passt. Es hieß „Stress in der Disco“³ und war ein Typentest, wie man ihn aus verschiedenen Illustrierten und besonders Jugendzeitschriften kennt. Man beantwortet verschiedene Fragen, bekommt für die Antworten Punkte und erfährt zum Schluss, welcher Typ man ist. Hier ging es um Situationen. Die Zielgruppe – hier Mädchen und junge Frauen zwischen 14 und 18 Jahren – durchläuft eine Reihe von fotografierten Szenen, muss sich jeweils äußern und lässt sich am Ende aus den Äußerungen die Zugehörigkeit zu einem Typ bescheinigen. Eine Szene als Beispiel: Die Spielerin betritt die Disco und sieht ihre Freundin, die mit einem Afrikaner tanzt. Ein deutscher Freund meint, der „schwarze Affe“ solle in den Urwald zurückgehen und seine Finger von den weißen Mädchen lassen. Die Spielerin hat nun unterschiedliche Möglichkeiten der Antwort an diesen Jungen. Sie kann ihn beschimpfen, ihm Vorhaltungen machen, darauf verweisen, dass die Freundin den Afrikaner doch mag u.a. und jeweils nach ihrer Wahl geht die Geschichte dann weiter. Am Ende bekommt die Spielerin – wie gesagt – einen positiven Hinweis auf ihren Typ.

Worum es in diesem Spiel eigentlich geht, ist, dass sie, die Spielerin, überhaupt reagiert und sich nicht schweigend abwendet. Sie soll sich dem Problem stellen, dass der junge „Rassist“ eine Herausforderung für sie ist. Sie soll sich verantwortlich fühlen und merken, dass sie den Jungen durchaus beeindrucken kann, wenn sie es denn klug anstellt. Und der Junge soll merken, dass man solche rassistischen Äußerungen nicht öffentlich abgeben kann, ohne dass er dafür Kritik bekommt. Wir wollten mit diesem Projekt Jugendliche trainieren, dass man sich im Freizeitbereich mit solchen kritikwürdigen Äußerungen aktiv auseinandersetzen muss, dass man Verantwortung hat – dass man aber vor allem mit diesen Leuten reden kann. Es geht!

Vergleichbares ließe sich auch im Erwachsenenbereich denken, in den Kollegenkreisen und an Stammtischen. Man hat viele Möglichkeiten auf schwierige oder als unerträglich empfundene Äußerungen zu reagieren. Das Überhören und Schweigen nutzt keinem. Es befördert nur die Desintegration dessen, der da extremistisch ist oder sich so darstellt.

These 2

Wenn wir mit den „Extremisten“ reden, müssen wir die Gesprächssituation sehr sorgfältig so gestalten, dass der Empfänger einbezogen und nicht ausgegrenzt wird.

Anknüpfend an die oben versuchte „Beschreibung“ von Extremisten muss man sich darüber klar werden, dass der „Extremist“ sich in einer Notwehrsituation zu befinden meint, dass er sich Feinden ausgesetzt sieht, dass er glaubt, in einer Minderheitenposition zu stehen und meistens auch keine Übung darin hat, mit Mehrheitspositionen außerhalb seines ideologischen Umfeldes zu diskutieren. Was in der kleinen, abgesonderten Gruppe als Parole leicht über die Lippen geht und dort bestätigt wird, könnte hier peinlich sein und dumm wirken. Mühsam gesicherte Überzeugungen können ins Wanken geraten, die vielen Verletzungen, die solche Menschen häufig erlitten haben – hier sind vorrangig rechtsextremistische und islamistisch beeinflusste Menschen

³ „Stress in der Disco“ war ein Projekt von bpb, dem Europäischen Informationszentrum, Deutsche Gesellschaft e.V. im Rahmen des Bundesprogramms Entimon, das vom BMFSFJ gefördert wurde. Der Typentest wurde von MIC GmbH, Köln realisiert. Köln 2004.

gemeint – können aufbrechen. Die Situation ist für den Extremisten schwierig und stressgeladen. Die Untersuchungen zu rechtsextremistisch beeinflussten Menschen zeigen häufig erhebliche Einschränkungen des Selbstwertgefühls, besonders aber Schwächen in der Resilienz⁴ – also der Fähigkeit, mit Krisen umzugehen. Die Angst, die Kontrolle über das Gespräch zu verlieren, ist bei den Extremisten groß und der ideologische Panzer meistens nicht so stark.

Eher positiv für den „Extremisten“ - also beherrschbar - sind non-formale Gesprächssituationen, die zunächst keinen oder nur wenig politischen Zündstoff umfassen, in denen er sich als „normal“ fühlen und anerkennen lassen kann. Hier wird er für ein Gespräch oder auch eine Auseinandersetzung eher zur Verfügung stehen, als in formalen Situationen wie etwa in einer Unterrichtsstunde oder einer öffentlichen Diskussion.

Die Vielfalt der möglichen Gesprächssituationen lässt sich hier natürlich nicht darstellen und mit Erfahrungen oder Ratschlägen kommentieren. Es ist aber eine langjährige Erfahrungen, dass man sehr weit im Gespräch kommen kann, wenn man den „Extremisten“ immer wieder sichtbar einbezieht, sich für ihn interessiert, seine Beiträge einfordert und kommentiert. Es geht – ich sage es nochmals – nicht um Beliebigkeit und Unerträgliches kann und soll nicht hingegenommen werden. Aber ihn dennoch ins Gespräch, in den Unterricht, in die Diskussion einzubeziehen, ihm also immer wieder die Gelegenheit zu geben, sich „anzupassen“, hilft ihm ein Gefühl für Anerkennung zu entwickeln und dafür auch Zugeständnisse zu machen, die ihm dann Anreize für Zweifel und Fragen sein können. Es geht für diese Menschen, besonders wenn sie jung sind, mehr um den Aufbau von sozialen Bindungen und Vermeidung von Einsamkeit als um den einzelnen Diskussionsgegenstand.

Im Zentrum des größten bpb-Projekts, das sich in Gefängnissen mit rechtsextremistisch und islamistisch beeinflussten jungen Straftätern befasst, steht der Begriff „Verantwortung“.⁵ Und die vielen Gespräche, die hier zwischen professionellen Trainern mit den jungen Extremisten geführt werden, stehen immer wieder unter der Fragestellung, wie sich die Täter selbst sehen und wie sie Verantwortung für sich und ihr Umfeld übernehmen können. Das setzt die Annahme voraus, dass sie Verantwortung tragen können und erfordert Hilfe bei den entsprechenden Entwicklungsprozessen. Vergleichbares sollte man auch in solchen Diskussionen versuchen, die mit weniger schwierigen Leuten geführt werden.

4 Exemplarisch für die Untersuchungen zu dieser Frage sei hier verwiesen auf: Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2010

5 Dieses Projekt wird in vielen Einzelprojekten von Violence-Prevention-Network, Berlin unter der Sammelbezeichnung „Verantwortungspädagogik“ durchgeführt. Informationen dazu findet man unter: Post@violence-prevention-network.de

These 3

Wir müssen mit den Extremisten reden, damit sie merken – und damit auch wir merken – dass extremistische Äußerungen nicht unwidersprochen bleiben.

Nein, man muss es nicht hinnehmen, dass Juden, Farbige, Migranten und Behinderte diskriminiert werden, die Geschichte verfälscht wird und sozialdarwinistischer Schwachsinn als Regel des menschlichen Zusammenlebens gilt. Man muss sich keinen Kurs über die Überlegenheit des Islam gefallen lassen und auch das Ende des Kapitalismus mit einer neuen Stasi ist kein Thema, dem man sich noch aussetzen muss. Aber man sollte zumindest in Erwägung ziehen, dass es bei den real handelnden radikalisierten Menschen oft nicht so sehr um so beschriebene oder ähnliche Inhalte geht sondern eher um die damit verbundenen Provokationen. Extremistische Reden sind zumeist eher Inszenierungen vor der eigenen Klientel oder vor Leuten, die als Feind empfunden werden und deren Fratze man gerne entlarven will. Sie sollen Sicherheiten vortäuschen, die es nicht gibt, und nicht vorhandene Stärken demonstrieren.

Wer vor diesem Hintergrund zu extremistischen Auftritten schweigt, nimmt billigend in Kauf, dass die Extremisten die Sicherheit gewinnen, die sie eigentlich nicht hatten, dass sie die Stärke entwickeln, für die es wenig Grund gibt und dass sie sich selbst ihre Inszenierungen glauben. Nicht umsonst fühlen sich viele Extremisten als Sachwalter schweigender Mehrheiten, weil ihnen so viel Schweigen entgegengebracht wird. Schwieriger noch ist die Tatsache zu bewerten, dass Dritte – und das gilt wieder besonders für Jüngere – tatsächlich zu der Überzeugung kommen können, dass die Extremisten doch stark sind und recht haben können.

So steht also die Frage im Raum, wie man mit einer solchen Situation sachgerecht und zielorientiert umgehen kann. Da gibt es viele Antworten aber wenig, was man als Rezept verbreiten kann. Grundsätzlich kann und soll man die Freund-Feind-Situation, wann immer es geht, auflösen, Verantwortung und zivilisiertes Handeln einfordern und Provokationen dämpfen.

Man kommt noch einen Schritt weiter, wenn man sich vor Augen führt, dass die meisten extremistischen Aussagen, wenn sie die Visionen oder die Zukunft betreffen, Ausdruck tiefer Angst sind. Wer diesen Angsthaltungen eigene Stärken und Überzeugungen entgegenhalten kann, und diese authentisch vertritt, hat zweifellos einen Vorteil. Diesen sinnvoll, also nicht demütigend sondern einladend einzusetzen, wäre schon eine sehr weit entwickelte Form des Diskurses. Sie scheitert häufig am zweifellos vorhandenen Drohszenario, das Extremisten regelmäßig aufbauen. Sie kommt aber noch öfter deshalb nicht zustande, weil so viele nicht-extremistische Menschen sich ihrer Stärken und Möglichkeiten gar nicht bewusst sind. Man kann in diesem Feld aber lernen und sich trainieren. Und die bpb führt – wie viele andere Organisationen auch – seit langem Argumentationstrainings durch, deren wesentlicher Inhalt es ist, den Menschen ihre Stärken bewusst zu machen. Wer aus diesen Trainings einige wenige Fähigkeiten mitnimmt und zeigt, dass er sich weder ängstigen noch provozieren lässt, kann und sollte das Gespräch, den Diskurs, die Auseinandersetzung mit dem Extremismus suchen. Und daraus ergibt sich dann die letzte These direkt:

Wir müssen mit den Extremisten reden, weil wir es können! Weil wir als Demokraten eigentlich darin gut sind, weil wir nicht das Recht haben, irgendjemanden abzuschreiben und aufzugeben und weil wir es unserer politischen Kultur schuldig sind.

Ein Nachtrag:

Es konnte in der zur Verfügung stehenden Zeit nichts darüber gesagt werden, wie man in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit mit gewählten Vertretern extremistischer Parteien kommunizieren kann. Das wäre ein eigenes Referat.

Der Verfasser ist Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung. Er hat diese Rede aber als Privatmann und in eigener Verantwortung gehalten. Keine der oben genannten Äußerungen ist daher als offizielle Meinung der bpb zu verstehen.

MAXIME Wedding - Ein interkulturelles Präventionsprojekt im Wedding

Für den gesellschaftlichen Zusammenhang ist der interreligiöse und interkulturelle Dialog von besonderer Bedeutung.

Im Mai 2011 wurde das Projektbüro MAXIME Wedding von Violence Prevention Network e.V. eröffnet. Das Projekt möchte in einem dreijährigen Modellprojekt einen wichtigen kommunalen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im Bezirk Berlin-Wedding leisten.

Wichtig sind dabei folgende Handlungsfelder:

- die Herstellung der Dialogfähigkeit zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund
- die Verhinderung von weiterer Desintegration und Radikalisierung bei gefährdeten jungen Menschen
- der Abbau von Vorurteilen in der Mehrheitsgesellschaft.

Gesellschaftliche Herausforderung

Der Anteil von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte wächst. Religiöse Wurzeln haben bei einem Großteil der jungen Menschen eine hohe Bedeutung. Integration, Partizipation und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind daher besondere gesellschaftliche Herausforderungen.

Soziale und familiäre Desintegrations- und Enttäuschungserfahrungen – einhergehend mit geringen Akzeptanzgefühlen in der Mehrheitsgesellschaft – und problematische Cliquendynamiken führen zu einer erschwerten Identitätsbildung bei Jugendlichen. Es besteht die Gefahr der „Radikalisierung von Restidentitäten“. Dies kann dazu führen, dass junge Menschen sich religiös extremistische, fundamentalistische oder traditionalistische Einstellungen zu Eigen machen, sich bei ihnen demokratiedistanzierte und gewaltaffine Einstellungen entwickeln und sie sich immer mehr einem gesellschaftlichen Diskurs verschließen. Besonders problematisch werden ideologische Einstellungen dann, wenn religiöser Extremismus im Kern eine Ideologie der Ungleichheit hat und als Zielsetzung eine politische Herrschaftsübernahme verfolgt. Religion wird zum Mittel der Durchsetzung von politischer Macht.

Es zeigen sich dann folgende Merkmale:

- Abwertung anderer Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen (religionszentrierter Überlegenheitsanspruch)
- Ablehnung und Einschränkung der Religionsfreiheit, der Menschen- und Grundrechte, Vorhandensein demokratiedistanter Einstellungen
- Unterscheidung zwischen „wertem“ und „unwertem“ Leben, zwischen „Gläubigen“ und „Nichtgläubigen“; Dehumanisierung von Anders- und Nichtgläubigen
- Ideologie einer einzig „wahren Religion“ als normative Gesellschaftskonzeption, die die gleichberechtigte Existenz anderer Weltanschauungen ablehnt und bekämpft
- überhöhter Nationalismus

- Umwandlung der Religion in eine politische Ideologie.

Religionen haben ihre Relevanz in der persönlichen Sinnggebung.

Die wichtigsten Weltregionen sind von folgenden Grundsätzen geprägt:

- religiöse Zulässigkeit von demokratisch verfassten Gesetzen (Trennung von Staat und Religion)
- Ideologie der Gleichheit von Menschen (antirassistische Weltanschauung)
- Akzeptanz anderer Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen und deren gleichberechtigter Existenz neben der eigenen Religion (Religionsfreiheit und interreligiöser Frieden).

Lösungsansatz im Sozialraum

Interreligiöse Kommunikation ermöglicht ein religiöses Grundverständnis, das humanistische Grundprinzipien wie Demokratie, Gewaltfreiheit, Menschenrechte und Toleranz nicht ablehnt, sondern vielmehr diese Werte auch in der eigenen Religion findet. Zugleich verhindert sie Fundamentalismus und Radikalisierungen.

Für die Auseinandersetzung mit den Zielgruppen des Programms ist die Akzeptanz ihrer religiösen Wurzeln wichtig und eine Diskussion über ihre religiöse Identität hilfreich, um extremistischen Tendenzen entgegen zu wirken und ein Fundament für ein gewaltfreies Leben entwickeln zu können.

Pädagogische Ansätze, die unmittelbar mit diesen Jugendlichen im Sozialraum arbeiten, sind rar. Junge Menschen werden in ihren Radikalisierungs- und Gewaltkarriereprozessen oft allein gelassen.

Die Notwendigkeit der Entwicklung einer Arbeit, die direkt im Sozialraum und bei den Jugendlichen ansetzt, ergibt sich aus dem wachsenden Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik. Ein Drittel der in der „alten“ Bundesrepublik aufwachsenden jungen Menschen entstammt einer anderen Kultur. Religiöse Wurzeln haben bei einem Großteil dieser Menschen eine hohe Bedeutung. Integration und Partizipation sind daher besondere gesellschaftliche Herausforderungen.

Auffällig bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und religiösem Familienbackground islamischer Ausrichtung sind die hohe Orientierung am Herkunfts-Stadtteil und der Familienbezug. Daher sind gerade im Bereich Prävention sozialraumorientierte Ansätze relevant. In der Familienwelt erfahren sie eine eng gefasste Normenwelt, die im Konflikt zur Außenwelt der eigenen Community stehen kann. Familiäre Desintegrations- und Enttäuschungserfahrungen - einhergehend mit geringen Akzeptanzgefühlen in der Mehrheitsgesellschaft – führen zu einer erschwerten Identitätsbildung bei den Jugendlichen, die sich durch problematische Cliquendynamiken verstärkt. Dies kann zu demokratiedistanzierten und gewaltaffinen Einstellungen führen. Argumentationen und Versatzstücke in Symbolik und Legitimationsmustern der Jugendlichen bzw. deren Cliquen legen eine Überhöhung der eigenen Tradition, Herkunft und Kultur nahe. Sie scheinen auch die Folge einer Selbst-Stigmatisierung und eindimensionalen Kategorisierung zu sein. Es wird eine Geschlossenheit von Herkunft und Kultur akzentuiert. Ihre Ideen von Gesellschaftsmodellen weisen deutliche Züge von Autoritarismus und Ethnozentrismus auf.

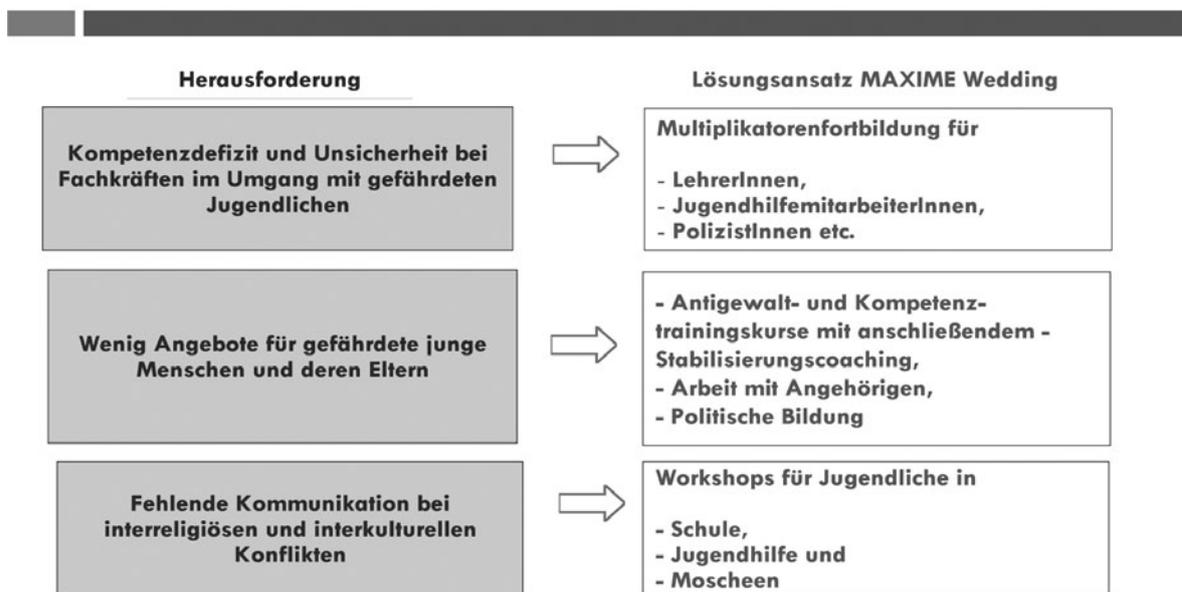
Herangehensweisen, die viele im Sozialraum verankerte Institutionen und Personen einbeziehen, können einen wesentlichen Teil zur Herstellung von Zugängen zur Mehrheitsgesellschaft beitragen.

Projektziel

Hauptziel des Modellprojektes ist die Kompetenzerweiterung, Aktivierung und Professionalisierung der Kommune – in diesem Fall des Stadtteils Berlin-Wedding. Violence Prevention Network gibt die eigenen in vielen Jahren der praktischen Arbeit erworbenen fachlichen Kompetenzen im Umgang mit der Zielgruppe an Menschen und Institutionen vor Ort weiter, um damit Kompetenz in den Stadtteil zu tragen. Zum anderen verfügt Violence Prevention Network über zahlreiche Kooperationspartner, die in der Sektoren Bildung, Arbeitsmarkt, interreligiöser Dialog, Elternarbeit und Migrantenförderung einen umfassenden Arbeitsansatz ermöglichen, der die multiplen Problemfaktoren, die eine solche Projektarbeit aufwirft, beantworten kann.

Inhaltliche Umsetzung

Welche Lösungen bietet der Ansatz von MAXIME Wedding?



Grundsatz der dreijährigen Modellphase ist der Aufbau auf Bestehendem und die Zusammenführung vorhandener Akteure und Kompetenzen. Violence Prevention Network möchte in keinem Fall bereits aktive Netzwerke stören oder Parallelstrukturen aufbauen. Vielmehr geht es darum, Synergien zu schaffen, die Aktiven zusammen zu führen, die Passiven zu ermutigen und alle beteiligten Erwachsenen zu qualifizieren.

Die Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Multiplikatorenfortbildung, interreligiöser Dialog, Elternarbeit, Anti-Gewalt- und Kompetenztrainings AKT® und politische Bildung. Hier werden zum Teil eigene Methoden von Violence Prevention Network als auch innovative, neue und erfolgreiche, bekannte Konzepte umgesetzt. In jedem der fünf Bereiche werden Akteure vor Ort und Kooperationspartner von außen hinzugezogen, um die größtmögliche Kompetenz in den Stadtteil zu bringen.

Umgesetzt werden die Angebote durch ein vierköpfiges interkulturelles Team, das über langjährige Erfahrungen in den unterschiedlichen Arbeitsgebieten verfügt:

Anti-Gewalt- und Kompetenz-Training (AKT®)

Das kommunale AKT®-Training ist eine Hilfe für gefährdete Jugendliche mit Migrationshintergrund und soll weitere Radikalisierungen und Gewaltkarrieren verhindern. Eingesetzt werden qualifizierte AKT®-Trainer/innen, die jahrelange Erfahrung in der Arbeit mit extremistisch motivierten Gewalttätern haben. Die Teilnahme am Programm ist freiwillig. Die Erreichbarkeit der Jugendlichen wird über die Zusammenarbeit mit den örtlichen Streetworkern und der Jugendgerichtshilfe hergestellt. In einem zweiten Schritt werden lokale Sprechstunden für pädagogische Multiplikatoren/innen der Jugendhilfe und der Schule implementiert. Gruppentraining und Nachbetreuung in Form eines Stabilisierungscoachings sind die programmatischen Kernelemente des Trainingsprogramms.

Der Trainingskurs ist auf drei Monate angelegt und hat folgende Schwerpunkte:

- Biographisches Verstehen der Gewalt- und Extremismuskarriere
- Gewalttataufarbeitung
- Religion als Rechtfertigungslegende für Gewalt
- Beeinflussbarkeit durch „Wir-Kulturen“
- Opfer-Status und reale Folgen
- Religiöser Extremismus
- Zukunftsplanung.

Pädagogischer Ansatz und Setting - Kommunales Antigewalt- und Kompetenztraining AKT®

	Phase 1: Freiwilliges pädagogisches Gruppen- oder Einzeltraining	Phase 2: Gezieltes Stabilisierungscoaching
Setting	<ul style="list-style-type: none"> • Trainingsdauer: 3 Monate (12 Sitzungen) • Gruppengröße: 6 - 8 Teilnehmer/innen • Format: Gruppensitzungen mit flankierenden Einzelgesprächen oder Einzeltrainings • Einbeziehung der Angehörigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Coachingdauer: 6 - 12 Monate • Coaching durch Gruppentrainer/innen • Regelmäßige Treffen • Kontinuierliche telefonische Beratung • Einbeziehung der Angehörigen
Methode/Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Verlässliche Beziehungsarbeit • Politische Bildung (Demokratieprinzipien) • Wertschätzung der Person bei gleichzeitiger Kritik am Gewaltverhalten • Demütigungsfreier Umgang mit den Teilnehmer/innen • Biographiearbeit (individuelle Interviews) • Hinterfragen von Rechtfertigungsmustern • Kritische Gewalttataufarbeitung 	<ul style="list-style-type: none"> • Transfer des Erlernten (Real-Life-Test) • Evt. Aufbau eines neuen Umfeldes • Herstellen von stabilen Beziehungen • Strukturierung des Alltags • Integration in Schule, Ausbildung, Arbeit

Multiplikatorenfortbildungen

Zielgruppe sind Lehrer/innen, Jugendhelfemitarbeiter/innen, Polizeibeamte/innen und Eltern. Ziel ist die Erweiterung der Kompetenz und die Stärkung der Selbstsicherheit im Umgang mit Jugendlichen, die als islamextremistisch gefährdet wahrgenommen werden. Das übergreifende Ziel der Qualifizierung besteht in der Vermittlung des Erkennens extremistischer Argumentationsweisen und möglicher Strategien zur Auflösung dieser Argumentationsweisen. Ferner geht es darum, (Arbeits-)Beziehungen zu dieser schwierigen Klientel herzustellen und fortzuführen sowie zu lernen, Dialoge mit den Jugendlichen auszuhalten.

Workshops für Jugendliche zur interreligiösen und interkulturellen Kompetenz in Schule und Jugendhilfe

Die Bereiche Schule und Jugend-/Sozialarbeit werden immer häufiger zum Austragungsort interreligiöser und interkultureller Konflikte. Diese sind meist geprägt von gegenseitigen Vorurteilen, Schwarz-Weiß-Denken und mangelndem Wissen um das Gegenüber. Umso wichtiger ist es daher, durch Perspektivwechsel und das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten einen empathischen und respektvollen Umgang miteinander zu fördern.

In Workshops und Seminaren werden solche Prozesse durch gezielte Übungen, Diskussionen und Wissensvermittlung von qualifizierten Trainer/innen angeleitet und vertieft. Hinter der Unterschiedlichkeit von Nationalität, Religion, Kultur, Ritual und Tradition wird das Gemeinsame und alle Menschen Verbindende aufgezeigt und betont. Im weiteren Verlauf werden daraus Regeln für ein respektvolles und friedliches Miteinander abgeleitet.

Wir bieten interkulturelle und interreligiöse Workshops an, die u. a. folgende Themen enthalten: religiöse Alltagspraxis, traditionalistische Rollenbilder und Ehrkonzepte, religiös motivierte Gewalt, schulspezifische Konflikte mit religiösem Bezug. Eine Exkursion zur Sehitlik-Moschee am Columbiadamm mit anschließender Moscheeführung sowie schriftliches Material als Nachschlagewerk und Orientierungshilfe sind ebenfalls Teil des Angebotes.

Elternarbeit

Im Rahmen eines Antigewalttrainings spielt die Arbeit mit den Eltern der Jugendlichen insbesondere im Kontext der Nachbetreuung eine wichtige Rolle. Die Arbeit mit den betroffenen Jugendlichen sollte in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit den Eltern erfolgen. „Gewaltfreie Erziehung von Kindern“ sowie „Unterstützung der Jugendlichen beim Ausstieg aus Gewalt und Extremismus“ sind wichtige Themenkomplexe dieses Arbeitsschwerpunktes. Dazu bieten wir eine offene Sprechstunde in unseren Räumlichkeiten an, können aber auch im Bereich Schule vermittelnd zwischen Schülern, Lehrern und Eltern tätig werden. Unser Leistungsspektrum umfasst außerdem die Durchführung von Workshops und Vorträgen zu interreligiöser bzw. interkultureller Kompetenz und zum Themenfeld Islam allgemein. Dabei werden muslimische wie nicht-muslimische Eltern angesprochen. Durch Vorträge mit einer anschließenden offenen Fragerunde wird Ihnen die Möglichkeit gegeben, Ängste anzusprechen und potentielle Vorurteile abzubauen.

Politische Bildung

Ziel von Maßnahmen der politischen Bildung in diesem Projekt ist es, die Attraktivität von Demokratie sichtbar zu machen. Zur Verhinderung extremistischer Denk- und Verhaltensweisen gehört nicht nur die Akzeptanz von Grundrechten, sondern auch die Partizipation am gesellschaftlichen Leben. Politische Dialoge mit Vertretern unterschiedlicher Parteien, Dialoge zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen und das öffentliche Hineintragen von Interessen der Betroffenen in den demokratischen Entscheidungsprozess bedeuten praktisch nachvollziehbare politische Bildung.

In den ersten Monaten ist es gelungen, eine Vernetzung mit den zahlreichen Trägern und Ansprechpartnern im Bezirk durchzuführen und die ersten pädagogischen Aktivitäten umzusetzen. Das Interesse und die Nachfrage ist groß, so dass von einem spannenden Projektverlauf auszugehen ist

„Strategien gegen Rechtsextremismus“

In Berlin ist im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus viel nachgedacht worden, und viele praktische Ansätze sind hier entwickelt worden. Im Folgenden konzentriere ich mich auf Aktivitäten, die vom Land Berlin gefördert werden. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus basiert in Berlin auf einer Landeskonzeption, es existiert ein Landesprogramm, das Programm wurde evaluiert, ein umfassender und ein verdichteter Evaluationsbericht wurden vorgelegt und schließlich arbeitet man an Überlegungen der Weiterentwicklung. Inhaltliche Impulse werden oft von gesellschaftlichen Initiativen angeregt und von der Politik und der Verwaltung aufgegriffen. Die staatliche Förderung findet ihren Niederschlag in institutionalisierten Runden, etwa dem Berliner Beratungsnetzwerk; die bisherige Förderpraxis hat überdies zu einer Institutionalisierung von einigen Bewegungsunternehmen geführt, gesellschaftlichen Trägern also, die als seriöse und kompetente Ansprechpartner gelten und die ihr Tätigkeitsfeld beibehalten bzw. ausbauen möchten.

Wenn man zu einem seit über zehn Jahre verlaufenden Prozess etwas beisteuern möchte, ist man gut beraten, die laufenden Entwicklungen in ihren Eigendynamiken und ihren Interessengebundenheiten anzuerkennen und nicht davon auszugehen, dass rasche Veränderungen möglich sind. Bei meinen folgenden Anmerkungen zu den „Strategien gegen Rechtsextremismus“ greife ich auf ältere Beiträge zurück, die in den vergangenen Jahren teils intern vorgetragen, teils veröffentlicht wurden. Zunächst fasse ich einige kritische Gesichtspunkte zusammen, um anschließend Anregungen zur Veränderung der Programmatik des Landesprogramms und teilweise auch zur Förderungspraxis zu formulieren.

(1) Ein Anlass der Überlegungen ist die Überraschung darüber, dass im Laufe des Sommers mindestens fünf Broschüren in Berlin entstanden sind, die sich alle mit dem gleichen Thema Rechtspopulismus befassen. Bemerkenswert ist daran, dass drei dieser Broschüren mit öffentlicher Förderung erarbeitet wurden. Natürlich kann man fragen, ob der Aufwand in einem vertretbaren Verhältnis zu dem lange schon absehbaren kläglichen Abschneiden der rechtspopulistischen Parteien bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus steht, also quantitativ argumentieren. Den Akzent möchte ich aber anders setzen: Die Broschüren zum Thema Rechtspopulismus verweisen m. E. auf die Frage, wofür öffentliche Gelder legitimer Weise verwendet werden dürfen. Beim Thema Rechtsextremismus ist die Antwort relativ einfach: Staatlichem Handeln liegt das Konzept des politischen Extremismus zugrunde, das besagt, dass die aktiven Bedrohungen der Verfassungsordnung zu beobachten und zu bekämpfen sind. Staatlicherseits bezeichnet man die Feindschaft gegenüber der Demokratie als Extremismus, den man in verschiedenen Formen am Werk sieht: Als Rechtsextremismus, als Linksextremismus und als Islamismus, um die wichtigsten zu nennen. Gemäß dem Konzept der „streitbaren Demokratie“ hat der Staat das Recht, Gefahren, die der Verfassungs- und Rechtsordnung als solcher drohen, aktiv zu bekämpfen. Diese Ausnahmegenehmigung eines staatlichen Eingriffs in den gesellschaftlichen Macht- und Meinungsstreit ist an das Vorliegen von „Extremismus“ im Sinne der gesetzlich geregelten Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden gebunden.

Etwas anders stellt sich dies indes bei anderen Konfliktfeldern dar: Es versteht sich – jedenfalls für ein liberales Rechtsstaatsverständnis – nicht von selbst, dass staatliche Gelder in Projekte gegen Rechtspopulismus oder, schaut man sich den Schattenbericht Berlin für das Jahr 2010 an, gegen „Antifeminismus“ fließen. Hier scheint eine Auseinandersetzung geführt zu werden, die nicht mehr gedeckt wird vom ursprünglichen und legitimen Förderungszweck, nämlich der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Man darf sich als Staatsbürgerin oder als Stadtbewohner für und gegen Feminismus, für und gegen Zuwanderung, für und gegen die Integrationspolitik positionieren ohne sich deshalb staatlicherseits oder von staatlich geförderten Projekten vorwerfen lassen zu müssen, eine rote Linie überschritten zu haben.

Andere werden die Frage nach den legitimen Aufgaben einer staatlichen Förderung vermutlich in anderer Weise beantworten – als ersten und wichtigsten Aspekt meines Themas möchte ich sie jedenfalls herausstellen und daran festhalten, dass ein Programm sich solchen grundsätzlichen Erwägungen zu stellen hat.

(2) Mit der programmatischen Fokussierung auf die Trias von „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ oder, wie es seit einigen Jahren heißt, „Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus“ sind Probleme verbunden, auf die zu Recht etwa Eberhard Seidel („Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“) und Carl Chung („MBT Ostkreuz“) aufmerksam gemacht haben: Mit der Formulierung „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ wird nahe gelegt, die Ausgangsprobleme für das Landesprogramm seien im wesentlichen Deutschenprobleme, es seien also im wesentlichen Einstellungen oder Verhaltensweisen der ansässigen, deutschstämmigen Mehrheitsgesellschaft, denen man mit staatlicher Förderung von gesellschaftlichen Aktivitäten zu begegnen habe. Demgegenüber wurde vielfach gezeigt, dass weder gruppenfeindliches Verhalten noch politische Organisationen mit nationalistisch-chauvinistischen oder fundamentalistischen Konzepten auf die deutsche Bevölkerung beschränkt sind.

Darüber hinaus könnte man bereits den Namen des Programms im Interesse der Sache integrativ halten – denn warum sollte man die Versuche, Bewusstseins- und Verhaltensveränderungen herbeizuführen gerade so formulieren, dass sie einem Vorwurf gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung gleichkommen? Mit Publikumsbeschimpfungen kann man sich zwar der eigenen guten Absichten vergewissern, die Erfolgsaussichten bei den Adressaten dürften aber gering sein, wenn man ihnen mit Empörungs- und Kampfbegriffen begegnet. Hinzu kommt die Hervorhebung einer konkreten Gruppenfeindschaft. Mit welchem Recht wird die Ablehnung einer bestimmten Gruppe besonders betont? Soll sie als moralisch verwerflicher markiert werden als die Ablehnung oder Anfeindung anderer gesellschaftlicher Gruppen?

(3) Mit Bekämpfungszielen, „gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus“, also „Anti-Zielen“ oder negativen Aufgabenstellungen sind – wohl unvermeidbar – bestimmte Weichenstellungen für das Denken und Handeln verbunden, die unerwünschte Effekte hervorrufen können.

Zunächst mutet es eigenartig defensiv an, wenn man primär gegen etwas ist, und erst in zweiter Linie auch angeben kann, wofür man einsteht. Wiederum gilt hier: Die Mobilisierung der eigenen Anhänger ist leichter, wenn man gegen etwas zu Felde zieht, doch kann – so meine ich jedenfalls – die erfolgreiche Mobilisierung zum Kampf gegen dieses oder jenes nicht wirklich das letzte Wort sein, wenn es um die Förderung einer zivilen gesellschaftlichen Praxis geht.

Mit der Bekämpfungsrhetorik verbindet sich leicht eine Legitimierung auch der Missachtung anderer Bürger bis hin zur vermeintlichen Rechtfertigung von Tötlichkeiten. Wenn die Bekämpfung von Rechtsextremen als legitimes Ziel gesellschaftlicher Akteure formuliert wird, werden sich mit der Zeit auch diejenigen „im Recht“ fühlen, die diese Auseinandersetzung nicht zivil, nicht mit Argumenten oder mit symbolischem Protest führen. Sollte an den sog. Nährboden-thesen im Hinblick auf Rechtspopulisten etwas dran sein, so müsste dies auch hinsichtlich der Gegner von Rechtsextremen formuliert werden: auch hier ließe sich die Unterscheidung von Stichwortgebern im Sakko und den berüchtigten „Männern fürs Grobe“ anwenden. Subkulturelle Normen einer aggressiven Männlichkeit sind bekanntlich kein Privileg von Rechtsextremen. Tatsächlich haben einige Gruppierungen die Kampfaufforderung für sich immer wieder in der Weise interpretiert, dass gegen Rechtsextreme auch tätliche Angriffe erlaubt sind, etwa wenn jemand die „falsche“ Kleidung trägt. Für die damit häufig einhergehende Dynamik von Konflikteskalation und körperlicher Gewalt kann beispielhaft der Fall Silvio Meier angeführt werden, der im Jahre 1992 in der Folge von Gruppenauseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen und ihren Gegnern getötet wurde.

Wir haben in Berlin in den letzten Jahren genügend Beispiel dafür, wie in der Logik eines vermeintlich legitimen Kampfes die Grundrechte anderer Grundrechtsträger, konkret also von Rechtsextremen verletzt werden; hier kann eine genehmigte Veranstaltung nicht durchgeführt werden, dort wird eine angemeldete und genehmigte Demonstration durch Blockaden verunmöglicht; dass diese Rechtsverletzungen auch von ansonsten respektablen Repräsentanten des politischen Systems praktiziert wurden, macht die Sache eher schlimmer. Es könnte damit der Eindruck befördert werden, dass gegen Rechtsextreme nahezu jedes Mittel erlaubt sei und dass in dieser Auseinandersetzung die ansonsten geltenden rechtlichen und sozialen Regeln außer Kraft gesetzt werden dürften. Diese Wirkung wäre verheerend.

Das dritte Problem, das m. E. fast unausweichlich mit Negativzielen verbunden ist, besteht in der Förderung einer Logik des Verdachts, der Enttarnung und der Aufdeckung, eines Verwickelns in Widersprüche und schließlich einer Überführung. Gerade denjenigen, die meinen, selbst von den bekämpften Phänomenen frei zu sein, kann man am Ende zeigen, dass auch sie – versteckt und deshalb vielleicht umso gefährlicher – das anstößige „Gedankengut“ aufweisen.

Für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus lässt sich dies verdeutlichen. Zwei Voraussetzungen kommen hier zusammen: Das zentrale Thema gilt als ein historisch-phasenweise monströser, in jedem Fall aber heute politisch wie moralisch anstößiger Sachverhalt. Zweitens existiert eine Infrastruktur, die zu diesem Thema forscht, publiziert, aufklärt, fortbildet und die politische Entscheidungen sowie die öffentliche Meinung beeinflussen will. Es liegt in der Aktionslogik dieser Milieus, ihr Thema konsequent und kontinuierlich zu verfolgen: Antisemitismus in den Mentalitäten, Antisemitismus und Emotionalität, Antisemitismus als nicht beabsichtigter, aber objektiver Sinn im alltäglichen Sprachgebrauch. Für die Forschung kann und darf es hier in der Tat keine Schranken geben – das Thema muss noch in seinen letzten Verästelungen und dünnsten Ausläufern bearbeitet werden können. Ein Problem entsteht nicht innerhalb der Forschung, sondern bei der Übertragung der ambitionierten Forschungsergebnisse in die Aufklärungs- und Bildungsarbeit bzw. in die Mobilisierung „gegen Antisemitismus“. Die allmähliche Ausweitung des Antisemitismus-Begriffes in den letzten Jahrzehnten vom politischen Antisemitismus hin zum Einstellungsantisemitismus und zum vorbewussten, objektiven Antisemitismus, wie sie für spezialisierte Forschungsansätze typisch ist, kann nicht ohne Weiteres in die gesellschaftliche Praxis übertragen werden.

Bei der praktischen Auseinandersetzung mit Gruppenfeindschaften sollte vielmehr darauf geachtet werden, dass sich die Vorwürfe und damit implizit die Standards, die man durchgesetzt sehen möchte, nicht allzu weit von einer Ethik des Alltags entfernen. Dies scheint der Fall zu sein, wenn bereits die Unterscheidung von „Wir“ und „Ihr“ als solche oder die Differenz zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern unter Verdacht und Anklage gestellt werden. Unterlässt man eine Rückbindung an solche weit verbreitete basale Normalitätsstandards, riskiert man, in der breiten Öffentlichkeit nur noch als Experte für Subtilitäten zu gelten und damit weniger ernst genommen zu werden.

Ein weiteres Beispiel stellen die Forschungen zu der sog. „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, kurz GMF dar. Dass Soziologen Einstellungsforschungen durchführen, ist für sich genommen unproblematisch. Ein Problem besteht darin, dass in einem verkürzenden Theorie-Praxis-Transfer häufig suggeriert wird, die Befunde zu dem Ausmaß der verschiedenen Gruppenfeindschaften (oder zu dem Syndrom der GMF im Ganzen) würden für sich genommen bereits etwas über die soziale Praxis, also über das tatsächliche Verhalten und das überlegte Handeln der Untersuchten aussagen. In der Soziologie selbst ist es hingegen bekannt, dass Einstellungen eine, aber eben auch nur eine Erklärungsgröße für konkretes Verhalten sind.

Die hohe Relevanz, die man dem GMF-Konzept in den letzten Jahren beigemessen hat, ist nur aus der unzutreffenden Unterstellung verständlich, Einstellungen als solche und ohne weitere Ergänzungen, also etwa ohne den Einfluss von situativen Rahmenbedingungen und sozialen Interaktionen als „Handlungspotential“ zu verstehen. Ich befürchte allerdings, dass der Bereitschaft zu diesem Missverständnis ein gravierenderes Problem zugrunde liegt: Man ist geneigt, Einstellungen unmittelbar als Handlungspotenzial zu bewerten und ihnen damit eine unmittelbare praktische Relevanz zuzuweisen, weil man letztlich das Vorhandensein von gruppenfeindlichen Einstellungen als solchen für einen Sachverhalt hält, der staatliches Eingreifen rechtfertigt.

Es ist nachvollziehbar, dass man sich um die Erhaltung und ggf. auch die Ausweitung seines Tätigkeitsfeldes kümmert und insofern die Krisendiagnose nicht ohne Eigeninteresse betreibt. Problematisch daran sind die möglichen Auswirkungen auf die öffentlichen Diskussionen, die ich als eine Form von Entpolitisierung bezeichnen möchte: Mit dem Ansetzen bei den Einstellungen gilt die öffentliche Aufmerksamkeit nicht mehr dem politischen Gewicht, das bestimmte Positionen haben, sondern ihrer schlichten, lediglich von der Einstellungsforschung erhobenen und postulierten Existenz. Damit wird systematisch der Umfang der Ausgangsprobleme vergrößert, insofern nun nicht mehr die wirkliche Macht und der tatsächliche Einfluss von bestimmten Auffassungen betrachtet werden, sondern ihr bloßes Dasein inkriminiert wird.

Wirklich problematisch sind diese meist undiskutierten Hintergrundsannahmen also in ihrer Auswirkung auf die politische Kultur. Wenn bereits Einstellungen, also die individuell ermittelten Auffassungen, die vielleicht im privaten Umgang von Familien, Freunden oder Arbeitskollegen geäußert werden, als ein Problem gelten, das staatliche Interventionen rechtfertigt, ist der Weg nicht weit zu politischen Sauberkeits-Vorstellungen. Anstelle der liberalen Auffassung, die Interventionen vom tatsächlichen Einfluss der problematischen politischen Kräfte abhängig macht, lautet für die Vertreter der politischen Hygiene das Motto „weg mit dem Schmutz“ oder „weg mit den falschen Einstellungen“. Damit aber würde man staatlichem Handeln überzogene Eingriffsrechte zubilligen und überdies mit der impliziten Vorstellung einer perfekten Gesellschaft eine gefährliche Utopie bewerben.

(4) Welche Folgerungen können aus den beschriebenen Problemen gezogen werden? Wie kann es mit den Strategien gegen Rechtsextremismus, die vom Land Berlin verantwortet und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, weiter gehen?

Natürlich liegt einem Landesprogramm kein Konzept zugrunde, das wissenschaftlichen Konsistenzansprüchen genügt. Theoretische Schönheit kann nicht als Kriterium gelten. Das ist nicht nur de facto so, es ist auch unvermeidlich, weil solche Programme vielfältigen Erwartungen und heterogenen Präferenzsetzungen genügen sollen. Politische Programme werden über längere Zeiträume entwickelt und fortentwickelt, so dass neue Gebäude nicht immer passgenau auf früher gelegten Fundamenten errichtet werden. Entsprechend sind auch Veränderungen nur langfristig zu bewerkstelligen. In diesem Sinne verstehe ich die folgenden Anregungen:

Ein aus öffentlichen Mitteln gefördertes Programm sollte nicht nur – wie dies in der Praxis bei vielen geförderten Projekten bereits jetzt der Fall ist – positive Ziele verfolgen, ein Landesprogramm sollte diese Ziele auch offensiv als solche deklarieren. Für erforderlich halte ich also einen Konversionsprozess, eben die Umstellung von einer kämpferischen Logik und Rhetorik auf zivile Denk- und Handlungsmuster.

Der politische Symbolwert sollte dabei so bemessen werden, dass nicht einzelne Gruppen hervorgehoben werden und dass insgesamt eine Botschaft kommuniziert wird, der sich kein rechtsschaffener Stadtbewohner entziehen kann. Für die öffentliche Kommunikation sind verschiedene Slogans denkbar, sinnvoll erscheinen mir Formulierungen, die auf eine Tätigkeit abheben, etwa Wendungen des Typs „Dazugehören und gestalten – wir in Berlin“.

Das übergeordnete Hauptziel besteht darin, sozialintegrative Praxis, Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung auf verschiedenen Handlungsebenen zu fördern, gewissermaßen von der Kita für die Kleinsten bis zum Quartiersmanagement für alle Altersstufen. Diese Aufgabe bezieht sich auf alle Bevölkerungsgruppen, eine soziale Integration in diesem Sinne kann sich nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen konzentrieren oder beschränken. Auf eine Kampfrhetorik kann dabei verzichtet werden, weil man eine moralische Verbesserung nicht von der intensiven Befassung mit dem Bösen erwartet, sondern von der Erfahrung gegläckter Sozialität.

Positive Ziele sind damit Projekte und soziale Gruppenidentitäten, die eine neue Gemeinsamkeit der Beteiligten herstellen oder betonen. Gemeinsame Projekte oder Vorhaben definieren sich dabei über das angezielte Produkt oder die Praxis des gemeinsamen Tuns. Gruppenidentitäten können sich beziehen auf Einrichtungen und Institutionen, etwa die eigene Grundschule oder auf Ortsteile, ggf. auch die gesamte Stadt. Solche institutionenbezogene oder sozialräumliche Identitäten haben den Vorzug, dass sie prinzipiell integrationsoffen sind für alle Einwohner bzw. Nutzer oder Besucher der jeweiligen Einrichtung oder Institution.

Projekte und sozialräumlich bzw. institutionell gebundene Gruppenidentitäten erlauben es, von der jeweils mitgebrachten Gruppenzugehörigkeit der Adressaten abzusehen, also sowohl politische, ethnische oder kulturelle Prägungen zugunsten einer neuen, gemeinsam zu schaffenden Praxis bzw. einer neuen Identität in die zweite Reihe zu schieben. Das Herkunftsprofil wird damit nicht annulliert, aber neue Projekte wie Identitäten erlauben es, sich von existierenden Zugehörigkeiten auch emanzipieren zu können und nicht auf die jeweils eingenommenen Rollen festgelegt zu werden. Aus den differenz- und Konflikt generierenden Vorstellungen von den „Wurzeln“ oder der je „eigenen Kultur“, denen man „die Treue zu halten habe“, würde damit eine attraktive und zukunftsbezogene Alternative erwachsen.

Die Umstellung der Programmbotschaft von einer Bekämpfungslogik hin zu einer zivilen Logik bedeutet, die Prinzipien nicht nur abstrakt zu betonen, die man für wünschenswert und als Grundlagen des sozialen Lebens ansieht, sondern sie in konkreter Praxis zu verwirklichen. Für diejenigen, die an solchen Projekten teilnehmen, stehen nicht säkulare Glaubensbekenntnisse zu Rechtsstaat und Demokratie im Vordergrund, sondern das konkrete Erleben gemeinsamer Aktivitäten, die eine Bereicherung von Erfahrungen und ein Überschreiten bisheriger Begrenzungen bedeuten. Auf diese Weise können sie die Erfahrung machen, was es heißt, dazuzugehören und selbst gemeinsam mit anderen Personen Wirksamkeiten zu entfalten. Die gezielte Ermöglichung von derartigen bereichernden, positiven Erfahrungen steht damit an oberster Stelle eines sozial-integrativen Programms.

Man könnte nun einwenden, eine solche Programmatik und Förderungssteuerung habe nichts mit den Gefahren von Rechtsextremismus und Rassismus zu tun. Ich halte diesen Einwand nicht für stichhaltig und möchte dies anhand einer Analogie zu einem anderen Problemkomplex verdeutlichen: Kriminalität kann man als solche zum Thema oder zum Gegenstand machen, also etwa ihren Umfang bestimmen, ihre vielfältigen Ursachen ergründen und daraus Präventions- und Interventionsstrategien entwickeln usw. usf. Diese ausdrückliche Erforschung und Darstellung von Kriminalität ist die Aufgabe von Experten. Die Verhinderung oder Reduzierung von Kriminalität wird in der Breite der Bevölkerung aber nicht dadurch bewirkt, dass man sich als Kriminologe verhält und kriminelles Verhalten studiert. Nein – nicht die intellektuelle Befassung mit der Geschichte krimineller Netzwerke oder ihrem cleveren Ausnutzen von Gesetzeslücken, sondern eine positiv orientierte Wert- und Norminternalisierung ist hier entscheidend – also eine Eingewöhnung in gesetzestreuere Verhalten im Zuge von Sozialisationsprozessen, gestützt durch Erziehung und Bildung, durch positive Vorbilder und andere moralbildende Mechanismen.

Übertragen auf den Bereich von Gruppenfeindschaften bedeutet dies: Die thematisch-ausdrückliche Behandlung oder reflexive Bearbeitung ist das eine, das andere ist die über Sozialisation, Erziehung und Bildung erfolgende Eingewöhnung in zivile Denk- und Verhaltensweisen, die idealer Weise weitgehend ohne gruppenfeindliche Elemente auskommen. Im ersten Fall wird reflexiv Wissen produziert, im zweiten Fall werden Denk- und Verhaltensweisen habitualisiert.

Mit dieser Zielsetzung arbeiten viele Projekte, die aus dem Landesprogramm gefördert werden; es käme nun darauf an, die Packung auch angemessen zu beschriften, also die Kampf-Labelung zu zivilisieren.

Damit komme ich zu dem Bereich der ausdrücklichen thematischen Befassung mit solchen politischen Kräften, für die Gruppenfeindschaften ein systematischer und wesentlicher Teil ihrer Programmatik und Praxis darstellen. Bisher ging es ja um indirekte und unspezifische Aktivitäten, die zwar der Sache nach Gruppenfeindschaften entgegengesetzt waren, diese jedoch nicht explizit zu ihrem Thema gemacht haben.

Das Landesprogramm sollte weiterhin auch die ausdrückliche Auseinandersetzung mit solchen Denkmustern, Kräften, Bewegungen und Organisationen fördern, die aggressive und exkludierende Gruppenidentitäten beinhalten bzw. propagieren. Ich betone hier das im ersten Teil Gesagte nochmals: Bei der kritischen Befassung mit solchem Denken und Handeln sollte m. E. das Kriterium die Gefährdung des sozialen Friedens sein oder die Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens in einer heterogenen und pluralen Stadtbevölkerung und nicht die Frage, ob solche Impulse von Minderheiten oder Mehrheiten ausgehen.

Auch die Frage nach den Adressaten von Missachtung, Diskriminierung und Gewalt kann nicht in der Weise beantwortet werden, dass bestimmte Gruppen besonders hervorgehoben werden und damit implizit eine hierarchische Moral postuliert wird – das wäre der Botschaft eines gleichen Rechtes auf Anerkennung direkt entgegengesetzt. Mit dieser Akzentsetzung ist die Auseinandersetzung mit dem deutschen Rechtsextremismus eingeschlossen, aber auch die Beschäftigung mit Chauvinismen und Fundamentalismen bei migrantischen Bevölkerungsgruppen.

Die kritische Befassung mit Gruppenfeindschaften gehört damit an zweiter Stelle zum Landesprogramm, entscheidend scheint hierbei, mit welchen Zielen und in welcher Tonlage man sich diesen Phänomenen widmet. Die Thematisierung, mit jenen politisch wirksamen Kräften, die ein grundsätzlich anderes Modell von Staat und Gesellschaft anstreben, ist Teil einer schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit und gehört damit auch zu den legitimen Bereichen staatlicher Förderung. Die Unterstützung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über diese Herausforderungen ist eine dauerhafte Aufgabe – es ist nicht zu erwarten, dass das Modell des demokratischen Rechtsstaats und einer pluralen Gesellschaft in einem heterogen zusammengesetzten Nationalstaat in absehbarer Zeit unbestritten sein und keine Feinde haben wird. Zur argumentativen Auseinandersetzung mit diesem Phänomenfeld gehört neben der Information von Schülern und interessierten Bürger v. a. natürlich die Fortbildung für Multiplikatoren.

Wichtige Elemente dieser direkten Antwort auf Gruppenfeindschaften sind auch die rechtliche, psychologische oder medizinische Beratung und Unterstützung von Personen, die zu Adressaten von zivil- und arbeitsrechtlich relevanten Diskriminierungen oder von gruppenfeindlichen Straftaten geworden sind.

(5) Ich habe einige Konversionsimpulse für die Semantik des Landesprogramms skizziert: Weg von einer Bekämpfungslogik, hin zu einer zivilen Logik in der Auseinandersetzung mit Gruppenfeindschaften. Dies bedeutet primär die Unterstützung von gelingenden Sozialisationsprozessen durch die Förderung von vergemeinschaftenden Projekten und Identitäten im sozialen Nahbereich, sekundär auch die Unterstützung eines Bildungs- und Beratungsangebotes, das die intellektuelle Auseinandersetzung mit Gruppenfeindschaften jeglicher Art und Herkunft ermöglicht.

Für die dauerhafte Beobachtung Bestrebungen, die die Verfassungsordnung gefährden, ist staatlicherseits der Verfassungsschutz zuständig; er kann sich dabei auf außergewöhnliche Befugnisse stützen und ist im Gegenzug von Erziehungs- und Bildungsaufgaben entlastet. Die Verhinderung und die Ahndung von strafbaren Handlungen ist Aufgabe der Polizei; soweit die Straftaten als politisch gelten, ist der polizeiliche Staatsschutz zuständig. Eine staatliche Unterstützung von Bürgern, die sich anders als argumentativ und rechtskonform mit der politischen Meinung anderer Bürger auseinandersetzen, ist deshalb weder erforderlich noch wünschenswert.

Wenn Verantwortung Schulfach ist

Lernen fürs Leben an der Evangelischen Schule Berlin Zentrum

Wer Friederike und Miriam nach ihrem Lieblingsfach fragt, der bekommt eine unerwartete Antwort: Herausforderung. Herausforderung ist in der Evangelischen Schule Berlin Zentrum (ESBZ) ein ganz normales Schulfach, genau wie Verantwortung. Herausforderung als Unterrichtsfach heißt, dass die Schüler jedes Jahr für drei Wochen unterwegs sind, allein oder in kleinen Gruppen. In dieser Zeit gilt es, eine persönliche Herausforderung zu meistern. Selbst gewählt und irgendwo außerhalb von Berlin.

150 Euro stehen jedem zur Verfügung.

Geld, von dem die Jugendlichen alles bezahlen müssen: Anreise, Essen und Unterkunft. Letztes Jahr war Friederike mit einigen Freundinnen in Schleswig-Holstein unterwegs, per Rad. Dort haben sie an Schulen Klima-Projekte vorgestellt, ein Thema, das gut in das Selbstverständnis ihrer eigenen Schule passt. Die ESBZ ist nämlich Agenda-21-Schule. Mit ihrem Geld sind die Schülerinnen gut ausgekommen. Jede von ihnen hatte sogar noch 60 Euro übrig. Dieses Jahr wollen die Mädchen auf einen Bauernhof nach Frankreich fahren und dort arbeiten, um Essen und Unterkunft zu verdienen. Ein Kontakt nach Hause ist nicht vorgesehen. **Allerdings gibt es ein Nottelefon für besorgte Mütter.** Angst haben die Eltern aber eigentlich immer nur im ersten Jahr. Danach wissen sie, dass ihre Kinder stärker zurückkommen, als sie gefahren sind. Und sie wissen, welche Chancen die Herausforderungen ihren Kindern bieten.

Verantwortung ist ein weniger zeitraubendes und aufwendiges Fach, hier gehen die Schüler für mehrere Stunden pro Woche „in die Gesellschaft“. Sie sind Spielplatzpaten, machen Hausunterricht für ein schwer rheumakrankes Kind, betreuen geistig behinderte Erwachsene, besuchen mit ihnen Veranstaltungen oder geben Computerkurse für Senioren – kurz: Sie bringen sich ein in die Gesellschaft.

Schule irgendwie anders ...

Herausforderung und Verantwortung als Schulfächer - das sind nur zwei von vielen Dingen, die „anders“ sind an der Evangelischen Schule Berlin Zentrum. Anders ist zum Beispiel auch, dass Friederike und Miriam zwar in der 8. Klasse sind, ihre Klassenkameraden aber sowohl zur 7. als auch zur 9. Jahrgangsstufe gehören. Die einfache Erklärung: Der Unterricht in den drei Klassenstufen findet jahrgangsübergreifend statt. Jede Klasse hat zwei Klassenlehrer und jeder Klassenlehrer ist Tutor für 13 Schüler. Das ist möglich, weil die ESBZ eine Gemeinschaftsschule ist. Als solche hat sie sich entschlossen, ihre Ressourcen für äußere Differenzierung in die Lehrstunden zu stecken. Äußere Differenzierung gibt es nicht. Im Vordergrund stehen stattdessen individuelle Förderung und die Vermittlung von Werten – wie zum Beispiel Verantwortung, Solidarität, Wertschätzung und Anerkennung.

Je drei Klassen bilden eine „Schule in der Schule“. Ihre Lehrer arbeiten als Kleinteam zusammen. Wenn Friederike und Miriam morgens in die Schule kommen, erwartet sie daher nicht ein Stundenplan nach Stundentafel. Statt einer Doppelstunde Mathe oder 45 Minuten Latein beginnt jeder Tag mit zwei Stunden Lernbüro. Lernbüros gibt es für Deutsch, Mathe, Englisch sowie Natur & Gesellschaft. Jedes Lernbüro besteht aus einzelnen Bausteinen. Sie müssen irgendwann im Laufe der 7. bis 9. Jahrgangsstufe bearbeitet werden. Eine festgelegte Reihenfolge gibt es nicht. Bildet ein Baustein aber die Grundlage für einen anderen, wird er zuerst bearbeitet.

Lernen, Stein für Stein

Wer nun mit einem neuen Baustein beginnt, bespricht dies zunächst mit dem zuständigen Lernbürolehrer. Bei Bedarf gibt es eine Einführung. Sind einzelne Kompetenzen schon vorhanden, können Arbeitsaufträge auch ausgelassen werden.

Jeder Schüler arbeitet in seinem eigenen Tempo. Die Bausteine sind so konzipiert, dass sie genug Freiraum lassen, um auch eigene Interessen zu verfolgen. Für den Baustein „Deutsch 7 – Inhaltsangabe“ lesen zum Beispiel nicht alle Schüler denselben Roman. Jeder sucht sich zunächst den Roman aus, mit dem er sich gern beschäftigen möchte. Danach legen die Schüler „Lesekisten“ an. Darin sammeln sie Gegenstände, die in irgendeiner Form zu ihrem Roman in Beziehung stehen. Die letzte Aufgabe besteht schließlich in einer Art Begleitbuch, in dem die Ergebnisse der Romanbearbeitung zusammengefasst werden. Das Buch wird neben dem Lernbürolehrer und dem Tutor auch den eigenen Eltern vorgelegt, die dem Schüler dann ein persönliches Feedback dazu geben. Das beinhaltet auch eine Rückmeldung dazu, wie und mit welchem Einsatz die Schüler vorgegangen sind. In den Bausteinen geht es also nicht darum, vorgegebenen Stoff abzuarbeiten. Die Schüler müssen sich Inhalte und Arbeitswege selbst entwickeln. Wer glaubt, dass er fit genug ist, der macht am Ende eines Bausteines einen Test – oder er überlegt sich eine andere Möglichkeit, wie er zeigen kann, dass er das Thema beherrscht. Sind die Schüler erfolgreich, erhalten sie ein Zertifikat. Das allerdings, ist ohne Noten, denn die gibt es erst ab Klasse 9.

Individuell im Verbund

Die Lernbüro-Fächer sind (fast) die einzigen „klassischen“ Schulfächer an der ESBZ. Stehen bei ihnen die individuelle Arbeit und Organisation im Vordergrund, geht es im Rahmen der Projektarbeit, der Werkstätten sowie auch der Klassenlehrstunden um das Gemeinsame und das „Eingebundensein“. Die sechs Stunden Projektarbeit pro Woche haben zum Beispiel drei Schwerpunkte: **Lernen in Zusammenhängen, Lernen im Team und Lernen im Leben**. Über mehrere Wochen arbeiten die Schüler im Klassenverband an einem fächerübergreifenden Thema. Das geschieht auch an außerschulischen Lernorten und in Zusammenarbeit mit außerschulischen Experten. Miriam und Friederike haben mit ihrer Klasse gerade erst das Projekt „Stadtführer“ abgeschlossen.

Das Ergebnis waren verschiedensprachige Audio-Guides für Berlin. Sie helfen Gastschülern, ihre „neue“ Stadt leichter und besser kennen zu lernen. Täglich vor dem Mittagessen finden die so genannten Klassenstunden statt. In deren Mittelpunkt stehen gemeinsames Lernen und der Aufbau von Beziehungen. Individueller wird es dann wieder innerhalb der Werkstätten, die mit vier Stunden pro Woche angesetzt sind. Hier geht es um Lernen nach Neigung und Interesse sowie um praxisorientiertes und forschendes Lernen. Die Lernbereiche sind vielfältig. Sie beinhalten unter anderem musikalisches/künstlerisches Lernen, Bewegung, Forschen, Weltreligionen, Agenda 21, Fördern und Fordern usw.

Lob-Kultur in Schule

Arbeitsinhalte und Fortschritte einer Woche werden von den Schülern in einem eigenen „Logbuch“ festgehalten. Darin steht, was genau sie gemacht haben, woran sie noch arbeiten wollen und auf welche Erfolge sie besonders stolz sind bzw. was ihnen gut gelungen ist. Die Logbücher sind Grundlage für die wöchentlichen Tutorengespräche. Darin geht es ebenso um das fachliche Fortkommen wie auch um die persönliche Situation jedes Einzelnen – wie es ihm geht: mit sich selbst, mit der Klasse, mit der Schule und mit der Welt. Dass jeder Schüler auch wirklich wahrgenommen und wertgeschätzt wird, ist an der ESBZ wichtig.

Das zeigt sich besonders im Rahmen der Schulversammlung, die an drei Freitagen im Monat stattfindet, oder im Gottesdienst, den die Schüler und Lehrer jeden vierten Freitag feiern. Beide Veranstaltungen sind Orte des individuellen, aber für alle sichtbar gemachten Lobes. Besondere Leistungen und außergewöhnliche Anstrengungen können hier von allen gesehen und gewürdigt werden. Friederike und Miriam schätzen diese Kultur des Lobens, weil, so sagen sie, nichts so sehr motiviert, weiterzumachen, wie das Gefühl, gesehen zu werden. Und zwar gleichgültig, ob jemand deshalb gesehen wird, weil er einer anderen beim Lernen geholfen hat, weil er einen schwierigen Baustein geschafft hat oder weil er die Schule erfolgreich nach außen vertreten hat. Genau das, so sagen Friederike und Miriam, ist der Grund, warum sie gern weitermachen und stolz sind - auf sich und ihre Schule.

Der Beitrag ist im „PodiumSchule 1.11“ erschienen.

Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Bertelsmann Stiftung.

Der Dialog als Inspirationsquelle

Erfahrungen mit Eltern in der Beratung und im Seminar – ein Paradigmenwechsel

Wir leben in einer Zeit, in der wir zusehends verlernen, unserem Menschsein und Tiefenwissen zu vertrauen. Stattdessen scheinen wir mehr denn je von der Analyse und der Beurteilung von „Experten“ und von Methoden abhängig: Im Zusammenleben von Eltern und Kindern und ebenso im Kontakt zwischen „Profis“ und Eltern.

Der Dialog ist eine Antwort auf dieses Phänomen. Er lässt Raum und Zeit für menschliches Sein, für Unvollkommenheit, für Rückschritte und Fortschritte, für eigenwilliges Wachstum, Langsamkeit und für Anderssein. Der Dialog ist der Weg, anderen Menschen vorurteilsbewusst zu begegnen, miteinander nach dem Gelingenden und dem Wunder des Lebens zu forschen, statt immer nach Fehlern zu fahnden.

Wir wundern uns deshalb sehr, dass normierte und standardisierte Programme als die adäquate professionelle Antwort auf Probleme mit der Vielfalt des Menschseins gelten.

Der dialogische Ansatz im Alltag, in der Beratung und im Seminar hilft Eltern, Kindern und Jugendlichen eigens ihren Weg zu finden.

Dieser radikale Paradigmenwechsel veränder(te) nicht nur unser Denken vollständig, sondern folglich ebenso die Arbeit mit den Menschen.

Dialog als Haltung

Dialogische Haltung ist mehr als Freundlichkeit und Wertschätzung. Sie bedeutet, bereit zu sein, sich selbst als Mensch in die Begegnung mit den Müttern und Vätern einzubringen. Die Menschen, die diese Haltung haben, sehen sich einerseits als Begleiter und andererseits als Teil des Dialogprozesses.

Dieser Haltung liegen folgende Kernsätze zugrunde:

- radikalen Respekt zu üben (Hartkemeyer & Dhority)
- Annahmen und Bewertungen in Frage stellen bzw. in der Schwebe halten (Hartkemeyer & Dhority)
- selbst bereit sein zu lernen
- von Herzen zu hören, zu sprechen und zu sehen.

Respekt ohne Bedingungen

Die meisten Eltern tun ihr Bestes, wenn es darum geht, ihren Kindern etwas geben zu können. Sie sind damit wichtige „Leistungsträger“ unserer Gesellschaft. Dies ohne „Wenn und Aber“ zu respektieren, ist eine wichtige Voraussetzung für ein gleichwürdiges Miteinander zwischen Eltern und Dialogbegleitern. Das schon wirkt auf das Verhältnis zwischen Kindern und Eltern.

Dazu zählt ebenso, Mutter und Vater ohne Vorbedingung anzunehmen, egal woher sie kommen, wer sie sind, wie sie/er sich im Alltag verhält. DAS ist echte Würdigung und Bestätigung des Anderen, und ist nicht Respekt von oben herab, nach dem Motto: „Für die Situation, in der Sie leben müssen, machen Sie es schon ganz respektabel“.

Gleichwürdigkeit (Jasper Juul) bedeutet, die Würde jedes einzelnen Menschen, seine Sprache, seine Ausdrucksweise, seine kulturelle Herkunft, seine Einmaligkeit, eben all das, was den Menschen ausmacht, zu respektieren, uneingeschränkt und ohne Hintergedanken, wie wir ihn „knacken“ oder verändern könnten.

Wir gehen sogar so weit, dass auch und gerade Eltern diesen uneingeschränkten Respekt genießen, die den Mut haben, über das „Verbotene“, über Schlagen und Demütigen, über Entwürdigung und Erpressung in ihrer Erziehung zu sprechen.

Das heißt selbstverständlich nicht, dass wir es gut heißen.

Sie werden geachtet und erfahren Dankbarkeit, weil sie allen anderen und sich selbst die Chance eröffnen, ohne Scheu durch gegenseitige Beratung ihr Verhaltensrepertoire in ausweglosen Situationen zu erweitern.

Gleichwürdige Partner

Eltern werden im Dialog nicht nur formal als Partner betrachtet, die man „zum Wohle der Kinder“ einbeziehen muss. Sie erleben sich als gleichwürdiges Gegenüber der sogenannten „Fachwelt“, ob im Offenen Ganztage in der Schule oder im Familienzentrum, in der Beratungsstelle, im Hilfeflangespräch oder im Seminar. Eltern „erreichen“ bedeutet demnach, mit ihnen eine echte Beziehung zu entwickeln. So spüren Eltern, dass sie wirklich gemeint sind und dass sie nicht nur deshalb eingeladen wurden, weil sie es „nötig haben“.

Begleiten statt anleiten

Der Wunsch nach klaren und einfachen Antworten oder schnellen Lösungen ist menschlich.

Rezepte für ein gelingendes Leben gibt es jedoch nicht. Das Zusammenleben mit Kindern hat etwas mit mutigem Experimentieren zu tun. Es ist ein gemeinsamer Lebens- und Entwicklungsweg (Schopp, 2010, S. 20f.). Eltern und Kinder lernen mit- und voneinander. Dabei geraten auch Eltern mitunter in Situationen, die ihnen ausweglos erscheinen.

Eltern könnten schon von ihren Kindern lernen, wenn sie mal ohne Absicht, einfach nur so, plauderten, hinhörten und hinsähen. Die beliebte Frage „Na, wie war's in der Schule?“ gehört aber sicher nicht dazu. Sich als Lernende zu verstehen, ist auch für Mütter und Väter ungeheuer entlastend. So müssen sie nicht auf alles eine Antwort oder eine Lösung in der Hinterhand haben.

Dialogbegleiter sind dazu da, Eltern, Großeltern und Kinder, auf der Suche nach deren eigenen Wegen zu begleiten, statt sie mit einem fertigen Lernprogramm anzuleiten oder mit Argumenten und Methoden in eine Richtung zu drängen. Die Dialogbegleiter schaffen einen geschützten „Raum“ zum Krafttanken, Auf-sich-selbst-Besinnen und zur wohlwollenden Selbstreflexion. Sie sehen sich in diesem Prozess als Gesprächspartner, die sich auf die Menschen einlassen und sich persönlich niemals vorenthalten. So ergänzen sich Erfahrungswissen und Expertenwissen gleichrangig.

„Alle anderen Tätigkeiten, wie das Beobachten und Analysieren, machen das Gegenüber zum Objekt und erreichen nicht das, was der Mensch wirklich für ein sinnvolles Leben braucht“ (Muth & Nauert, 2008, S. 21).

Achtsam zuhören und wahrnehmen

Die Fähigkeit, Menschen als echtes Gegenüber zu sehen, korrespondiert mit der Art, ihnen lauschend zuzuhören, sie feinfühlig wahrzunehmen. Im Dialog schaffen wir neue Möglichkeiten, Fragen und Lebenssituationen zu verstehen. Das Erkunden hat eine ganz besondere Bedeutung.

Was der oder die Andere besser oder richtiger machen und was sie/er verändern will, entscheidet er oder sie immer selbst.

Indem sich der Dialogbegleiter bewusst macht, dass er/sie nur seinen Teil der Wirklichkeit kennt, ist und bleibt auch er/sie immer Lernende/r.

Die Haltung des „Nicht Wissens“ und des „Nicht perfekt-sein-Müssens- und -Könnens“ verändert das Verhältnis zu den Menschen. Sie entlastet im Grunde alle, die Helfer und die scheinbar „Hilflosen“ gleichermaßen.

Erwachsene sind keine „Computer“

Die Art und die Fähigkeit zu leben und zu lernen ist bei den Menschen aller Altersstufen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie ist vor allem beeinflusst von den jeweiligen Wesensmerkmalen und der jeweiligen Lebensgeschichte. Menschen entwickeln und entfalten sich sehr unterschiedlich, und dennoch kann niemand aus seiner Haut. Quer durch alle Bevölkerungsgruppen und „Milieus“ macht das Gefühl von Unvollkommenheit Menschen unzufrieden.

Das betrifft nicht nur Eltern, sondern auch die sogenannten Profis: Pädagogen, Psychologen, Ärzte, Lehrer, Kinderschützer etc. Auch sie kommen unterschiedlich gut in und mit ihrem Leben klar. Im Dialog eifern wir nicht mehr einem „perfekten“ Ideal nach, sondern ermutigen uns gegenseitig, unser eigenes Ideal zu finden. Das darf sich immer wieder wandeln und entwickeln. Rückschritte und Zweifel gehören dazu. Dafür braucht sich niemand zu schämen. Auch das tut allen Menschen gut.

„Jeder trägt den Schatz seines Lebens in sich selbst.“

„Im Beruf kann Perfektionismus funktionieren. Beziehungen bringt man damit um. Wer perfekt sein will, lässt seinen Kindern im Prinzip nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie unterwerfen sich, oder sie bekämpfen ihre Eltern. Eine gleichwürdige Beziehung ist dann unmöglich“ so Jesper Juul.

Bewusst mit Annahmen und Bewertungen umgehen

Wir alle haben stets Bilder und Annahmen von und über andere Menschen allgemein und über „die Eltern“ im Speziellen im Kopf. Wenn wir Menschen in einer Situation sehen, glauben wir blitzschnell zu wissen, was sie tun und wer sie sind und vor allem was sie falsch machen. Annahmen können unter Umständen lebensrettend sein, komplizieren aber andererseits die Kommunikation zwischen Menschen. Häufig geht es eher darum, wer Recht hat. Niemand weiß, was „richtig“ oder „falsch“ ist. Nicht hinterfragte Annahmen bergen die Gefahr, dass unsere eigenen (Lebens-)Erfahrungen als „Professionelle Helfer“ oder etwa das Studium bzw. die Ausbildung in einem pädagogischen o. ä. Beruf uns nahe legen, unsere Vorstellungen vom richtigen Leben seien doch ein bisschen „richtiger“ als die anderer Menschen.

Zur Haltung des Dialogs jedoch gehört, das Verhalten anderer Menschen als Bereicherung der eigenen Sicht zu sehen. Es geht letztlich darum, anzuerkennen, dass jeder Mensch versucht, sein Leben zu meistern.

Was heißt schon „bildungsfern“?

Immer wieder wird beklagt, dass diejenigen, „die es am nötigsten hätten“, Elternbildungsangebote nicht oder selten annehmen. Diese Menschen, gern als „bildungsfern“ etikettiert, erleben, dass die „Hilfesysteme“ gerade von ihnen eine besonders schnelle und deutliche Änderung ihres Verhaltens erwarten. Es verwundert daher nicht, dass sie einen „siebten Sinn“ dafür entwickelt haben, ob sie als Menschen respektiert werden. Viele von ihnen haben eine Menge Vorschriften und Kränkungen erfahren. Sie werden misstrauisch gegenüber „Experten“, die ausstrahlen, dass sie es besser wissen (vgl. Schopp, 2010, S. 165).

Dort, wo sich Eltern so angenommen und respektiert fühlen, wie sie sind, dort wo sie nicht befürchten müssen, erzogen zu werden, ist der Besuch einer Beratungsstelle oder die Teilnahme an einem Elternseminar leichter. Fühlen sie sich missverstanden, belehrt oder beschult, bleiben sie der Beratung bzw. dem Kurs fern- umgehend.

Ihre Kränkungsbereitschaft ist relativ hoch. Die Äußerung einer Mutter, so genannt „bildungsfern“, spricht Bände: „Ich war mit meinem Kind damals in einer Krabbelgruppe und hätte schon damals gerne auch darüber gesprochen, was bei uns zu Hause nicht gut läuft. Alle anderen Mütter haben nur aufgezählt, was alles topp läuft bei ihnen. Daraufhin habe ich mich total zurückgezogen. Ich habe mich geschämt. Hier in diesem Kurs habt ihr mich angeregt, offen was Echtes zu sagen. Ich habe mich getraut, auch über das zu sprechen, was schlecht läuft. Ich habe gesehen, dass es mir nicht allein so geht. Das hat mir gut getan.“

Von Herzen sprechen

Im Dialog erzählen sich die Teilnehmer „echte“ Geschichten ihres eigenen Lebens: Geschichten aus der Kindheit, aus der Gegenwart, kuriose und tragische. Die gehen deshalb unter die Haut, weil sie von Herzen kommen. Das aktiviert Gefühle, berührt den ganzen Menschen, nicht nur den Kopf. Es würdigt die Biografie der Menschen. Gerade diese Erzählungen unter Zeugen schaffen innere Bilder, die den Eltern neue Kraft verleihen.

Die Zugehörigkeit und Verbundenheit, die so entsteht, wirkt sich heilsam aus. Sie fördern das Vertrauen der Einzelnen in ihre eigenen Fähigkeiten, in andere Menschen, ins Leben und in die Welt.

In einer Situation, in der es nicht weiter geht, brauchen alle Menschen Begleitung, vor allem von einem anderen Menschen, der wirklich anwesend ist. Die wesentlichen Merkmale sind Kontakt oder Beziehung. Im gelebten Dialog finden diese ihren Ausdruck. Nach Buber braucht jeder Mensch ein echtes Gegenüber, um sich zu entfalten, einen Menschen, zu dem er „Du“ sagen kann. Dort aber, wo Vorannahmen, Technik oder Methoden das Geschehen bestimmen, mit der Absicht, den anderen zu erziehen, wird unser Gegenüber zum Objekt, zum „Es“ (Marek & Schopp, 2010, S. 171).

Eigenständigkeit und Selbstverantwortung

In „Schule“ hat sich auch schon herumgesprochen, dass individuelle Förderung niemals gleichschrittig möglich ist. Viele kennen die Karikatur von Hans Traxler, in der ein Hund, eine Robbe, ein Goldfisch, ein Elefant, zwei Vögel und ein Affe von ihrem Lehrer aufgefordert werden, auf einen Baum zu klettern (Traxler, 1999, S. 36/37). Diese Zeichnung macht überdeutlich, dass jeder eine andere Herausforderung braucht. Im modernen Unterricht an Schulen gilt auch die Selbsteinschätzung der Schüler in so genannten „Portfolios“ als das Mittel, Eigenständigkeit, Selbsteinschätzung und Selbstverantwortung zu fördern. Im Dialogprozess erarbeiten und entscheiden die Mütter und Väter selbst, was ihnen gut tut, was sie in ihrer Situation brauchen. Der Dialog schafft Raum, in dem Würde und Anerkennung für ihr Menschsein wichtige Bedingungen für Lernen und Wachstum sind. Martin Buber, Begründer der Dialogphilosophie, beschreibt mit seinen unnachahmlichen Worten: Die Möglichkeit einer Begegnung zwischen einem Ich und einem Du findet nur da statt, wo sich zwei Subjekte in einem „Atemraum des echten Gespräches“ ohne Bedingungen und ohne zu erreichendes Ziel treffen.

„Eine dialogische Begegnung gibt uns Lebenskraft und heilende Lebensrichtung“ (Muth & Nauert, 2008, S. 21). „Die Beziehung zum Du ist unmittelbar. Zwischen Ich und Du steht keine Begrifflichkeit, kein Vorwissen und keine Phantasie. [...] Zwischen Ich und Du steht kein Zweck, keine Gier und keine Vorwegnahme; [...] Alles Mittel ist Hindernis. Nur wo alles Mittel zerfallen ist, geschieht Begegnung“ (Buber 1994, S. 18f.).

Resümee

Der Dialog schafft eine Atmosphäre, die Eltern einlädt und inspiriert, sich ohne Angst einzubringen. Das kann einerseits entlasten und andererseits verbinden.

„Das Entwickeln von neuen Vertrauensräumen ist Weg und Ziel dialogorientierter Menschen“ (Muth & Nauert, 2008, S. 24). Dialogbegleiter können aber nur dann andere ermutigen und begeistern, wenn sie selbst Zuversicht und Mut in sich tragen. Sie sollten selbst von ihrem Leben und ihrer Arbeit inspiriert sein und der festen Überzeugung sein, dass sich jeder Mensch stets weiter entwickeln kann. Das gilt übrigens für alle, die mit Menschen zu tun haben. Letztlich entscheidet die innere Haltung, Eltern mit diesem Anspruch an Offenheit, Entscheidungsfreiheit und ohne Programm zu begegnen.

Die dialogischen Kernfähigkeiten (Hartkemeyer & Dhority, 1999, S. 78-95) können in der Weiterbildung „Dialogbegleitung nach dem Konzept ELTERN STÄRKEN“ erlernt und gestärkt werden.

Literatur

BUBER, Martin (1994).
Ich und Du, Gerlingen.

HARTKEMEYER, M. U. J. & DHORITY F. (1999).
Miteinander Denken – Das Geheimnis des Dialogs, Stuttgart.

JUUL, Jasper In: www.familylab.de

KABAT-ZINN, M. U. J. (2004).
Mit Kindern wachsen. Die Praxis der Achtsamkeit in der Familie, Freiamt.

MAREK, J. & SCHOPP, J. (2010).
Würde und Respekt als Dialogische Qualität. Ein Zwischenruf, in: Zeitschrift für systemische Therapie und Beratung, Nr. 4 (S. 167-172).

MUTH, C. & NAUERT, A. (2008).
Dialog und Diagnostik. Ein praxisorientiertes Handbuch für Lehrende, Wien.

SCHOPP, J. (2010).
Eltern Stärken. Die Dialogische Haltung in Seminar und Beratung.
Ein Leitfaden für die Praxis. 3. völlig überarbeitete Aufl., Opladen.

SCHOPP, J. & MAREK, J. (2009).
Ermutigung zum Dialog. Eltern stärken, in Henry-Huthmacher, Ch. und E. Hoffmann (Hrsg.)
Wie erreichen wir Eltern? Aus der Praxis für die Praxis, St. Augustin/Berlin.

TRAXLER, H. (1999)
Alles von mir!, Frankfurt am Main.

TSCHÖPE-SCHEFFLER, S. (2005).
Perfekte Eltern und funktionierende Kinder? – Vom Mythos der „richtigen“ Erziehung, Opladen.

Kerstin Knye und Cvetka Bovha

Betzavta „Miteinander“ Training für Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranzentwicklung

Hinter dem Titel Betzavta (dt.: „Miteinander“) steht ein Übungsprogramm für Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranzentwicklung. Es wurde in Israel Mitte der 1980er Jahre am Jerusalemer „ADAM-Institute for Democracy and Peace in the Memory of Emil Greenzweig“ entwickelt und Mitte der 1990er in Zusammenarbeit mit dem CAP (Centrum für angewandte Politikforschung, München) und der Bertelsmann-Stiftung für die Bildungsarbeit in Deutschland adaptiert.

Im Alltag haben wir es, ob im Beruf, in der Familie oder innerhalb der Gesellschaft, täglich mit Situationen zu tun, in denen unser Verständnis von Demokratie und demokratischem Handeln eine Rolle spielt. Wie wir mit Entscheidungsfindungen, Minderheiten, Konflikten und miteinander umgehen, hängt wesentlich von unseren individuellen Kompetenzen ab.

Ausgehend von (manchmal spielerischen) Übungen, begeben sich die Teilnehmenden in fiktive Situationen, die familiäre, gruppenspezifische oder gesellschaftliche Konflikte widerspiegeln. Auf der Basis der Übungen wird übergeleitet auf Erfahrungen aus dem Alltag. Betzavta zielt darauf ab, bei den Teilnehmenden ein anderes qualitatives Demokratieverständnis zu wecken. Durch die Auseinandersetzung mit einem Demokratieverständnis, das allen Menschen das prinzipiell gleiche Recht auf Freiheit gewährt, werden Kompetenzen im Umgang mit dem Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten, Konflikten und Alltagsproblemen geschult. Ziel ist es, Konflikte auf der Basis gegenseitiger Anerkennung zu lösen, indem ein Konflikt in ein inneres Dilemma verwandelt wird, ohne dass „faule“ Kompromisse gemacht werden. Dazu gehört außerdem die Auseinandersetzung mit folgenden Themenbereichen: Demokratische Prinzipien, Entscheidungsfindung, Grundrechte, Gleichheit, Freiheit etc.

Die Übungen von Betzavta fördern das Erkennen der eigenen und der Bedürfnisse der anderen und dadurch Toleranz und Empathie. Sie regen an, Konflikte kreativ unter Einbeziehung aller Beteiligten zu lösen. Gleichzeitig soll deutlich werden, dass jeder und jede für die Gestaltung eines demokratischen Miteinanders sowohl in persönlichen Beziehungen als auch in größeren Zusammenhängen mitverantwortlich ist.

Als erfahrungsorientierte Lernmethode können Betzavta-Übungen im Konflikt-Management, im Interkulturellen Lernen, in der Schule, in der politischen Bildung, in der Jugendarbeit sowie überall im Alltag angewandt werden. Zielgruppen können Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Kollegien, Schul-, Ausbildungs- und Fortbildungsgruppen, Klassen und Teams sein.

Weitere Informationen:

Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta

Ein Praxishandbuch auf der Grundlage des Werks „Miteinander“ von Uki Maroshek-Klarmann, Adam Institut Jerusalem in der Adaption von Susanne Ulrich, Thomas R. Henschel und Eva Oswald; Praxishandbuch für die politische Bildung

Verlag Bertelsmann Stiftung

3. Auflage 2001, 200 Seiten, Ordner mit vielen Übungen und Anleitungen für die Praxis

Demokratie - just do it!?

Susanne Ulrich und Tamir Sinai: Motivation zu demokratischem Handeln im Alltag - Ein Seminar-konzept, München 2003

ABC der Demokratie Adam Institute for Democracy and Peace, Jerusalem, Israel (Hrsg.) Demokratie-Erziehung für Kinder vom Kindergarten bis zur 6. Klasse

Links:

www.adaminstitute.org.il

www.betzavta.de

http://www.dadalos-d.org/methoden/grundkurs_4/Betzavta-Methode.pdf

http://www.cap.lmu.de/download/2004/2004_Evaluation_politischer_Bildung.pdf

Anbieter:

Diverse Bildungsträger bieten Aus- und Fortbildungen für Multiplikator/innen an und vermitteln Trainer/innen bundesweit, u.a.:

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) München,
Akademie für Führung & Kompetenz. <http://www.cap-lmu.de/index.php>

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar.
<http://www.betzavta.de/offen/ausbildung.html>

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. <http://www.berlin.de/lzpb>

LAG politisch-kulturelle Bildung Sachsen e. V. <http://www.pokubi-sachsen.de/training/konflikte-im-alltag-demokratisch-loesen/intensivseminar-betzavta/>

Sigrid Peuker

Der Dialog als Methode nach David Bohm

David Bohm (1917-1992) war theoretischer Physiker und ist bekannt für eine von mehreren Interpretationen der Quantenphysik. Im Gegensatz zu anderen Quantenphysikern beschränkte er sich nicht darauf, seine Erkenntnisse nur in mathematischen Formeln auszudrücken, sondern befasste sich mit ihnen auch aus philosophischer Sicht. Diese ist die Grundlage für eine Dialogform, die er im Laufe vieler Jahre entwickelt hat, um eine echte Kommunikation zwischen Menschen zu ermöglichen.

Bohm beschäftigte sich intensiv mit der dualen Natur von Elektronen, die manchmal wellenartig und manchmal partikelartig sind, abhängig von der Art der Experimente, die durchgeführt werden. Das Paradox, das sich daraus ergibt, führte ihn zur Formulierung der Theorie der impliziten Ordnung. Diese beschreibt er als ein unsichtbares Ganzes, das in Bewegung ist, als „unbroken wholeness in flowing movement“. Es liegt als eine verborgene Ordnung unter allem. Daraus entfalten sich Manifestationen ins Sichtbare und wieder zurück, bilden sich wieder neu in anderen oder ähnlichen Formen. Die sichtbaren Manifestationen nennt er die explizite Ordnung.

Diese Vorstellung der Unteilbarkeit und der Dynamik, mit der sich aus der impliziten Ordnung Potenziale in die explizite entfalten und wieder zurückfalten, überträgt er auf die Realität und das Bewusstsein. Es ist das Denken, das die Ganzheit aufbricht, sie durch Begriffe, Annahmen, Trennungen fragmentiert. Das ist zwar nötig für die Verständigung mit anderen Menschen, es wird aber problematisch, wenn wir die Trennungen als Realität ansehen, als objektiv und unabhängig von unserem Denken.

Dass die Menschen normalerweise so mit der Welt umgehen, als bestünde sie aus vielen Fragmenten, die meist ohne Beziehung zu anderen existieren, folgt aus dieser Sichtweise. Die Trennungen werden als absolut angesehen, und entsprechend gehen die Menschen mit der Welt um, als sei sie fragmentiert und erschaffen eben dadurch diese fragmentierte Welt. Diese Sicht möchte er ändern und deutlich machen, dass egal, welcher Teil, welches Element oder welcher Aspekt in Gedanken abstrahiert wird, sie immer noch mit dem Ganzen verbunden sind. Erst wenn die Menschen sich dieses unteilbaren Ganzen, das allem zugrunde liegt, bewusst werden, kann dem Zerfall der Gesellschaft entgegengewirkt und können mehr als nur vorübergehende Lösungen für die Probleme gefunden werden, mit denen wir konfrontiert sind.

Mit seiner „philosophischen“ Interpretation der Quantenphysik als Basis entwickelte Bohm eine Dialogform, die die Menschen befähigen soll, sich als Teil des Ganzen wahrzunehmen und zu einem gemeinsamen Sinn zu kommen. Dazu gehört auch, nicht nur mentale Prozesse einzubeziehen, sondern auch Gefühle, Stimmungen in der Gruppe, Veränderungen im Umfeld und vieles mehr.

Im Dialog wird ein Raum geschaffen, in dem die Voraussetzungen für die Aufmerksamkeit, die solche Prozesse erfordern, erfüllt werden können. Dadurch können tiefere Einsichten gewonnen werden, als dies mit anderen Formen der Kommunikation möglich ist. Spannungen, die durch Differenzen entstehen, können reduziert werden, wenn sie als Aspekte eines größeren Ganzen betrachtet werden können.

Bohm wollte mit dem Dialog auch eine möglichst große Perspektivenvielfalt erzeugen, um ein Verständnis für komplexe Fragen zu gewinnen. „Im Dialog bietet sich die Möglichkeit zu beobachten, wie verdeckte Wertungen und Absichten unser Verhalten bestimmen können und wie unbemerkte, beispielsweise kulturelle oder geschlechtsspezifische Differenzen aufeinanderprallen, ohne daß wir merken, was sich abspielt.“

Dialog kann dann ein Ausgangspunkt werden, um neue Ideen zu entwickeln oder Dinge zu verändern und dabei alle Beteiligten einzubeziehen.

Diese Form des Dialogs unterscheidet sich von Diskussionen, bei denen es um ein Darstellen oder Durchsetzen der eigenen Meinungen und Ansichten geht. Das Wort „Dialog“ kommt aus dem Griechischen von „dia“, „durch“ und „logos“, „das Wort“ und hat deshalb mit einem gemeinsamen Sinn, der durchfließt, zu tun. Es ist dieses Gemeinsame, das im Dialog gesucht und gefunden werden kann. Es taucht auf, wenn der Blick erweitert und dadurch sichtbar wird, wie die Dinge, die im ersten Moment gegensätzlich wirken, doch zusammenhängen. Oder es zeigt sich, wenn man etwas immer tiefer hinterfragt oder zu Ende denkt und dabei immer mehr Verbindungen erkennt.

Um das erfahren zu können, müssen die Dialogteilnehmenden offen sein für die Möglichkeit, dass ein anderer Blick genauso legitim ist wie der eigene. Dass eine andere Sichtweite nicht die eigenen Ansichten in Frage stellen muss, sondern den Horizont erweitern kann. Dass die Fähigkeit, nicht nur unterschiedliche Ansichten, sondern auch damit verbundene Gefühle und Gedanken wahrzunehmen eine Verbreiterung der eigenen Denkmöglichkeiten ist.

Wenn diese Offenheit vorhanden ist, kann man gemeinsam erkunden, welche „Programme“ das eigene Denken bestimmen. Um so den eigenen Denkgewohnheiten gemeinsam auf die Spur zu kommen.

Weitere Einflüsse auf Bohms Idee des Dialogs waren neben der Quantenphysik Gespräche, die er mit Krishnamurti geführt hat, vor allem über Bewusstseinsprozesse. Vom Psychiater Patrick de Maré stammt das Konzept des Gruppendialogs mit seiner Mikrokultur, das besagt, dass ab einer Gruppengröße von etwa 20 Personen, und wenn man darauf achtet, dass unterschiedliche Sichtweisen und Wertesysteme vertreten sind, sich wie bei einem Hologramm die Gesamtkultur darstellen lässt.

Die Elemente und Prinzipien des Dialogs sind von seinen Schülern weiter entwickelt und verbreitet worden. Zu den bekanntesten gehört William Isaacs, der vor allem darüber forscht, wie im freien Fluss des Dialogs Menschen feststellen, dass sie Dinge sagen, von denen ihnen nicht bewusst war, dass sie sie dachten. Dass es eine Qualität des Zuhörens gibt, die über Empathie hinausgeht, und bei der ganz neue Einsichten entstehen können. Dass sich spontan neue Sichtweisen und Möglichkeiten auftun, die die Selbstwahrnehmung der Menschen und sogar ihr Verständnis davon, wie sie auf soziale Prozesse einwirken können, verändern.

Inzwischen wird der Dialog in vielen Bereichen und Situationen eingesetzt und es haben sich unterschiedliche Formen entwickelt. Allen gemeinsam ist die Abgrenzung zur Debatte, zur Diskussion oder zu normaler Konversation.

Bohm selbst hat im Laufe seines Lebens viele Gruppentreffen initiiert oder an ihnen teilgenommen und dabei seine Ideen über den Dialog (weiter-)entwickelt. Er wollte den Dialog jedoch nicht als Patentrezept verstanden wissen, sondern als etwas, das in bestimmten Situationen nützlich ist, während in anderen Kontexten andere Methoden und Strukturen geeigneter sind.

Und er wies darauf hin, dass auch seine Sichtweise eben genau das ist: eine Sichtweise, die auf einem Glaubenssatz beruht. Er merkte an, man müsse genügend Vertrauen in die eigene Weltansicht haben, um von ihr aus arbeiten zu können, aber nicht so viel, dass man denkt, sie sei die endgültige Antwort.

Kompetenzen und Techniken für Dialog nach Bohm

Bohm selbst hat keine Techniken für Dialog vorgegeben. Er war der Meinung, dass solche Vorgaben wiederum eigene Programme erzeugen. Denn Techniken basierten auf Voraussetzungen, die erneut beschränken. Es ging ihm gerade darum, diese einschränkenden Voraussetzungen zu entdecken und sie loszuwerden. Er war der Meinung, dass die einzige Bedingung, die erfüllt sein muss, damit ein Dialog entsteht, die ist, zu sagen, dass man mit jemandem in einen Dialog treten will.

Den Dialog betrachtete er als einen Lernprozess an sich, sowohl vom Inhalt her, als auch für die Methode, die sich erst in seiner Entfaltung entwickelt. Weshalb die Art und Weise, wie eine Gruppe sich ihre Form des Dialogs erarbeitet, abhängig ist von den Wirkfaktoren, die aus der Gruppe kommen und denen sie ausgesetzt ist.

Bohm machte lediglich einige Vorschläge für den Rahmen und empfahl, dass sich 15 bis 40 Menschen (seine Angaben dazu sind unterschiedlich) treffen, um ohne ein festgelegtes Ziel oder einen bestimmten Zweck frei miteinander zu sprechen. Dafür setzen sie sich in einen Kreis, damit alle Augenkontakt haben können.

Die Entwicklung der Dialogkompetenzen ist ein längerer Prozess, bei dem Vertrauen in die Dialogpartner/innen und in den Dialogprozess eine große Rolle spielt. Die Gruppe soll sich deshalb über längere Zeit, vielleicht ein oder zwei Jahre, regelmäßig für zwei Stunden treffen. Alle sollen möglichst immer dabei sein, so dass sich die dialogischen Kompetenzen im Lauf der Zeit gemeinsam entwickeln, sowohl auf individueller, als auch auf Gruppenebene.

Weiter schlug er vor, dass die Dialogteilnehmenden ihre Annahmen offen legen und gemeinsam überlegen, was ihre eigenen und die der anderen bedeuten. Das sollte ohne Urteilen geschehen und ohne den Versuch, zu einem Kompromiss zu kommen. Es geht hier nicht um eine Bestätigung der eigenen Position, sondern um eine bewusste Erweiterung des Horizonts.

Das Festhalten an Annahmen und ihre Verteidigung verhindern einen Dialog. Bohm wollte vermeiden, zu überreden oder zu überzeugen. Was nicht einfach ist, denn es ist schwer, Annahmen, die den eigenen widersprechen, aufmerksam und möglichst ohne zu bewerten zuzuhören.

Dialogische Haltungen und Fähigkeiten

Dialogkompetenz im Sinne Bohms zu erwerben ist nicht einfach, da die vorherrschenden Kommunikationsformen auf anderen Grundannahmen und Zielen basieren und die dialogischen Kompetenzen deshalb oft erst gelernt und geübt werden müssen. Außerdem braucht die Fähigkeit, das Ganze wahrzunehmen und die Verbindungen zu sehen sowie das, was dahinter liegt, Zeit und Freiraum, in dem man sich ganz auf das konzentrieren kann, um das es gerade geht. Ohne Ablenkung und ohne Druck durch eine Agenda, die durchgearbeitet oder einen Anspruch, dem genügt werden soll.

Bohm empfiehlt für die Anfangsphase einer Gruppe eine Dialogbegleiterin oder einen Dialogbegleiter, die oder der in die Methode einführt und darauf achtet, dass sie eingehalten wird. Im Lauf der Zeit sollten sich die Dialogbegleiter/innen überflüssig machen und die Gruppe sollte alleine arbeiten. Denn Dialog verträgt sich nicht mit Autoritäten, und eine institutionalisierte Rolle als Moderator/in würde dem Geist des Dialogs zuwiderlaufen.

Am Beginn eines Dialogprozesses steht die Auseinandersetzung mit einigen zugrunde liegenden Elementen. Folgende vier sind von William Isaacs als zentrale dialogische Haltungen bzw. Fähigkeiten benannt worden:

1. Respektieren

Respektieren bedeutet, die Integrität des anderen Menschen oder der anderen Position anzuerkennen. Schuldzuweisungen und Verurteilungen sollen vermieden werden. Die Meinungen oder Ideen der anderen sollen als genauso legitim angesehen werden wie die eigenen. Denn sie beruhen auf der je eigenen Lebenserfahrung, die jemand gemacht hat. Das bedeutet aber nicht, dass man damit einverstanden sein muss! Dialog entsteht erst dann, wenn es eigene Standpunkte gibt, die erkundet werden.

2. Zuhören

Zuhören soll im Bewusstsein geschehen, dass der Andere etwas mitzuteilen hat, dass man etwas lernen kann, weil das eigene Bild vollständiger wird. Gleichzeitig soll man in sich selbst hineinhören, was beim Zuhören passiert: Welche Gedanken, Gefühle, Assoziationen oder Bewertungen entstehen beim Zuhören, welche automatischen Reaktionen werden in Gang gesetzt? In dem, was im eigenen Inneren ausgelöst wird, liegen viele Informationen über das eigene Denken und Fühlen. Auf einer weiteren Ebene sollte man der Gruppe zuzuhören. Was für Reaktionen gibt es? Welche nonverbalen Zeichen? Setzt sich etwas fort, ändert sich die Stimmung, welches nonverbale oder paraverbale Verhalten kann man beobachten?

3. Aussprechen, Artikulieren

Hier geht es darum, die eigene Sprache zu finden und seine eigene Wahrheit auszusprechen. Das zu sagen, was einem wirklich wichtig ist, was einen berührt und auf dem Herzen liegt. Inhalt und Tonfall sind wichtig. Stimmen sie überein, gibt es ein Gefühl der Kongruenz, des „Richtigseins“, wenn etwas gesagt wird? Oder fühlt es sich falsch an? Dann sollte man versuchen, es anders auszudrücken, bis es für einen selbst stimmig ist.

Das Aussprechen kann man auch nutzen, um zu testen, wie sich etwas anhört, bei dem man sich noch nicht sicher ist. Aus der Reaktion der anderen kann man erkennen, wie es ankommt, und kann das als Information nutzen.

Es ist auch gut, nicht so zu sprechen, als ob das Gesagte die absolute Wahrheit wäre. Sondern deutlich zu machen, dass das zwar die eigene Meinung ist, dass man aber an der Ansicht der anderen interessiert und willens ist, die eigene zu ergänzen oder zu revidieren. Dabei kann es hilfreich sein, eine Aussage als Frage zu formulieren und damit den untersuchenden Aspekt herauszustreichen.

4. In der Schwebelage halten

Hier verbinden sich die drei anderen Haltungen/Fähigkeiten und werden erweitert durch ein stärkeres Offenlegen des Hintergrunds. Es werden Kontexte mitgeliefert darüber, welche Erfahrungen, Gedanken, Annahmen oder Beurteilen hinter der eigenen Meinung liegen. Eigene Muster, automatische Reaktionen, Impulse, Gefühle und Meinungen werden offen gelegt, damit die anderen sie nachvollziehen können. Die Dialogpartner/innen werden dadurch ermutigt, ihre Beobachtungen und Gedanken dazu mitzuteilen. Zu Beginn eines Dialogprozesses erfordert das viel bewusste Aufmerksamkeit, im Lauf der Zeit wird es müheloser.

Alle vier Haltungen/Fähigkeiten werden durch wiederholte Praxis in Dialoggruppen geübt und verfestigt.

Sie können einzeln oder zu mehreren auch in anderen Gesprächsformen angewandt werden oder in Verbindung mit anderen Methoden.

Durchführung einer Dialogsitzung

Auch wenn David Bohm keine Vorgaben für die Durchführung macht, haben sich doch mehrere Formen und Regeln herausgebildet, die das Einnehmen der dialogischen Haltungen erleichtern sollen.

Es können zwei Formen von Dialogen unterschieden werden:

1. Themenzentrierter Dialog, bei dem im Vorfeld ein Thema festgelegt wurde. Das eignet sich für Gruppen, die erst am Anfang sind oder die sich wegen eines bestimmten Themas zusammen gefunden haben.
2. Generativer Dialog, bei dem ohne ein Ziel und einen Zweck ein Dialog geführt wird, bei dem das Thema dann im Laufe des Gesprächs entsteht. Das ist die Dialogform, die Bohm anstrebte.

Verlangsamung ist bei Dialoggruppen ein wichtiger Faktor, denn Denkprogramme laufen schnell ab, sind meist automatisch und werden selten beobachtet oder reflektiert. Das eigene Denken zu beobachten während es stattfindet, dem eigenen Denken auf die Spur zu kommen und die dialogischen Haltungen anzuwenden ist dagegen, vor allem zu Beginn, ein langsamer Prozess. Das kann durch bewusste Verlangsamung unterstützt werden.

Dies schlägt sich in einer Form, die sich bei vielen Dialoggruppen bewährt hat, nieder. Als Hilfsmittel werden eine Klangschale und ein Redestein eingesetzt:

1. Zu Beginn wird die Klangschale geschlagen. Sie markiert den Beginn der Dialogsitzung, denn meist sitzen die Teilnehmenden schon vorher im Kreis. Damit zwischen dem normalen Gespräch und dem Dialog eine klare Zäsur gesetzt werden kann, ist ein deutliches Signal hilfreich.

2. Es folgt eine Check-In-Runde, bei der jede/r kurz etwas sagt und den Redestein an die Nachbarin oder den Nachbarn weitergibt. Der Sinn dieser Runde ist, dass alle einmal gehört werden und die volle Aufmerksamkeit haben. Außerdem ergeben sich für generative Dialoge aus dieser Runde oft schon Themen.
3. Wenn alle dran waren, wird der Redestein in die Mitte gelegt und der eigentliche Dialog beginnt. Ab jetzt wird der Redestein immer von der Mitte aufgenommen und auch wieder dorthin zurückgelegt. Dieses Aufnehmen und wieder hinsetzen verlangsamt das Gespräch. In der dadurch entstehenden Pause können Gedanken zu Ende gedacht oder noch einen Moment lang verfolgt werden.

Der Redestein stellt sicher, dass alle ohne Furcht, unterbrochen zu werden, sprechen können. So haben sie Zeit, ihre eigene Sprache zu finden und ihre Gedankengänge zu Ende zu führen. Die Zuhörenden können sich auf das Zuhören konzentrieren. Sie stehen nicht miteinander in Konkurrenz um die Rolle als nächste/r Sprecher/in.

Das bewusste Aufnehmen des Steins führt auch zu kleinen Pausen. Das ist für viele Dialogteilnehmende zu Beginn schwer zu ertragen. Diese Pausen sind aber oft für die stillen Menschen, die sich selten zu Wort melden, eine Möglichkeit, sich in das Gespräch einzubringen, da ihnen die nötige Zeit gelassen wird.

4. Der Dialog endet mit einer Check Out-Runde: Jede/r trägt wieder kurz etwas bei. Das kann ein kurzes Resümee dessen sein, was sie oder ihn gerade beschäftigt, was ihr oder ihm auffiel, was er oder sie fühlt oder noch zum Thema sagen möchte uvm. Auch bei der Check Out-Runde wird der Redestein von einer Person zur anderen weiter gegeben.
5. Danach wird die Klangschale geschlagen und der Dialog ist zu Ende.
6. Bei neuen Dialoggruppen empfiehlt sich anschließend noch eine kurze freie Gesprächsrunde über den Dialogprozess selbst.

Dialog nach Bohm bei den 11. Berliner Präventionstagen

Der Workshop „Dialog als Methode nach David Bohm“ bei den 11. Berliner Präventionstagen wurde vor allem von Teilnehmenden besucht, die ein Interesse daran hatten, eine für sie neue Methode kennen zu lernen und so ihr Methodenrepertoire zu erweitern.

Nach einer kurzen Einführung in den Dialog nach Bohm und einer Vorstellung des Ablaufs folgte ein Übungsdialog.

Schon bei den ersten Redebeiträgen wurde deutlich spürbar, wie anspruchsvoll und persönlich herausfordernd die Arbeit mit Jugendlichen auf allen Ebenen ist. Es wurden Überlegungen und Vorgehensweisen beschrieben, die zeigen, wie umfassend die Probleme teilweise angegangen werden. Und das in allen Bereichen, sei es in Jugendeinrichtungen und Schulen, die mit den immer größer werdenden Problemen der Jugendlichen konfrontiert werden, sei es im Polizeidienst, im Anti-Gewalt-Training oder im Justizvollzug.

Diese gemeinsame Aufgabe verband die Dialogteilnehmer, aus dieser Gemeinsamkeit entstand ein ruhiges und sehr aufmerksames Gespräch, bei dem neben Erfahrungen, Erkenntnissen und Gefühlen im Umgang mit den Jugendlichen und ihren Problemen auch die oft empfundene Hilflosigkeit thematisiert wurden.

Das Gespräch wurde auch ein Austausch über spezifische Probleme in diesen Bereichen. Der Wunsch nach mehr Kontakt und Kommunikation mit anderen Stellen wurde geäußert. So stellte sich für eine Jugendeinrichtung ein Polizeieinsatz als unangemessen dar, und sie hätte das gerne mit den betreffenden Beamten im Nachhinein thematisiert. Sie hätte sich gewünscht, dass man für weitere solche Fälle andere Vorgehens- und Verhaltensweisen findet, die deeskalierend wirken.

Einig waren sich die meisten darin, dass Jugendliche nicht nur eine zweite, sondern auch eine dritte und vierte Chance brauchen, da Erkenntnis- und Lernprozesse nicht von heute auf morgen passieren.

Auch überraschende Aspekte tauchten auf, so zum Beispiel dass das Problem der Jugendgewalt nicht auf bestimmte Schichten oder Milieus beschränkt ist, dass aber bei entsprechenden Elternhäusern die Jugendlichen juristisch beraten und begleitet werden, weshalb es seltener zu Verfahren kommt und sie deshalb nicht so oft in der Statistik auftauchen.

Auch wenn es für alle Teilnehmenden die erste Erfahrung mit Dialog nach Bohm war, so wurde doch von den meisten das Gespräch als sehr intensiv beschrieben und es wurde von einigen bedauert, dass es keine Fortsetzung gibt, da Themen und Aspekte aufgetaucht seien, die sie gerne noch mit den anderen besprochen hätten.

In einer regelmäßigen Dialoggruppe würden die Teilnehmenden an diesen Themen und Aspekten in der Zeit bis zum nächsten Treffen weiterdenken, so dass sie sich von Sitzung zu Sitzung vertiefen.

Den Dialog nach Bohm bzw. einige der dialogischen Haltungen wollten mehrere der Teilnehmenden in ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ausprobieren.

Literatur

Bar-On, Dan (2001): Die „Anderen“ in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung. Hamburg, Edition Körber-Stiftung.

Bohm, David (1980): Wholeness and the Implicate Order. Routledge, London.

Bohm, David (1985): Unfolding Meaning. A Weekend of Dialogue with David Bohm. New York, Ark Paperbacks.

Bohm, David; Donald Factor & Peter Garrett (1991): Dialogue - A proposal. http://www.ratical.org/many_worlds/K/dialogueProposal.html [20. November 2011]. (Deutsche Übersetzung von Hanna Mandl, 2000. http://thinkg.net/david_bohm/bohm_dialog_vorschlag.html [20. November 2011] oder von Helga Pfetsch, ohne Jahresangabe. <http://www.dialogprojekt.de/start-archiv.php#anker9> [20. November 2011])

Bohm, David (1998): Der Dialog. Das offene Gespräch am Ende der Diskussionen. Stuttgart, Klett-Cotta.

Das Dialogprojekt. <http://www.dialogprojekt.de>

Hartkemeyer, Martina & Johannes F. und L. Freeman Dhority (1998): Miteinander Denken. Das Geheimnis des Dialogs. Stuttgart, Klett-Cotta.

Hartkemeyer, Martina & Johannes F. (2005): Die Kunst des Dialogs. Kreative Kommunikation entdecken. Erfahrungen, Anregungen, Übungen. Stuttgart, Klett-Cotta.

Isaacs, William (1999). Dialogue and the Art of Thinking Together. A Pioneering Approach to Communicating in Business and in Life. New York, Random House. (Deutsche Fassung: Dialog als Kunst gemeinsam zu denken. Die neue Kommunikationskultur in Unternehmen. Bergisch Gladbach, EHP, 2002.)

Kahane, Adam (2004): Solving Tough Problems. An Open Way of Talking, Listening, and Creating New Realities. San Francisco, Berrett-Koehler.

Knapp, Natalie (2008): anders denken lernen - von Platon über Einstein zur Quantenphysik. Bern, Oneness Center Publishing.

Mandl, Christoph, Markus Hauser, Hanna Mandl (2008): Die schöpferische Besprechung. Kunst und Praxis des Dialogs in Organisationen. Bergisch-Gladbach, EHP.

Matoba, Kazuma (2002): Dialogue Process as Communication Training for Multicultural Organizations. In: S. Bohnet-Joschko, D. Schiereck (eds.). Socially Responsible management. Marburg, Metropolis Verlag, S. 143-166.

Pylkkänen, Paavo (2007): Mind, Matter, and the Implicate Order. Springer, Berlin.

Zimmer, Manfred (2010): Der Dialog: Ein Quantenphysiker, ein Weltlehrer, ein Psychotherapeut und ein Religionsphilosoph. http://www.dialogprojekt.de/ArtikelAdmin/File/Zimmer_Bohm_et_al.pdf [20. November 2011]

Margot Wichniarz - Protokoll Workshop E

Brücken bauen, Respekt fördern, Vielfalt gestalten – aber wie?

Herr Dr. Schneider eröffnet, indem er kurz seine Arbeit bei dem Beauftragten für Integration und Migration beschreibt, zu der auch der Bereich Religionen gehört.

Er habe zu dem Thema dieses Workshops auch eine eigene Meinung und wenn er diese trotz seiner Funktion als Moderator äußern sollte, dann sei es seine persönliche und nicht die des Senats. Es gehe um den Umgang mit dem Islam. Hier habe die Politik viel verpasst. Es habe noch immer keine rechtliche Anerkennung stattgefunden. Der Senat verträte ganz klar eine Trennung von Kirche und Staat in den Schulen, d.h.: Es könne in den Schulen zwar Bekenntnisunterricht stattfinden, wenn das eine Religionsgemeinschaft wünsche, aber dass es im Auftrage des Staates an den Berliner Schulen Religionsunterricht gäbe, das ginge nicht.

Umstritten seien auch die so genannten Kopftuchurteile. Durch das Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2003 seien die Landesgesetzgeber aufgefordert worden eigene gesetzliche Regelungen zu schaffen, die es auch in unterschiedlicher Art in einigen Bundesländern gäbe. Seines Wissens sei ein derartiges Gesetz noch nicht angewendet worden, es hätte allerdings abschreckende Wirkung.

Von Seiten des Berliner Senats habe es in den vergangenen Jahren den Muslimen gegenüber Gesprächsangebote gegeben, z.B. das Islamforum. Vor allem sei Innensenator Dr. Körting auf die muslimischen Vereine zugegangen, habe Kontakte hergestellt und Moscheen besucht.

Derzeit werde darüber diskutiert, ob eine Muslimin/ein Muslim in den neu zu gründenden Senat aufgenommen werden sollte. Über all diese Fragen sollte die Podiumsrunde diskutieren.

Herr Kesici stellt zunächst die Islamische Föderation Berlin vor, deren stellvertretender Geschäftsführer er sei. Die IFB vertrete in Berlin 12 Moscheevereine und führe den Religionsunterricht in den Berliner Schulen durch. Er weist daraufhin, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil festgestellt habe, dass das Kopftuch nicht verboten werden darf und wenn die Länder dies wollten, müssten sie entsprechende gesetzliche Grundlagen dafür schaffen.

Zwischen Migranten und Herkunftsdeutschen gäbe es viele Missverständnisse, dieses wäre nicht in erster Linie auf mangelnde Sprachkenntnisse zurückzuführen, sondern läge vor allem daran, dass unterschiedliche kulturelle Gepflogenheiten nicht gekannt und berücksichtigt würden. Es mangle auch sehr stark an Wertschätzung. Herr Kesici schildert ein Beispiel aus seinem Religionsunterricht. So wäre ein Junge oft ausgeschimpft worden, weil er immer wieder den Unterricht störte. Herr Kesici hätte zu ihm gesagt, dass er ein guter Schüler sei, aber noch besser sein könnte, wenn er nicht immer so unruhig wäre und dass er das sicherlich könne. Der Junge hätte Anerkennung bekommen und sich daraufhin verändert.

Der Islam sei in Deutschland immer noch eine fremde Religion. Die Islamische Föderation Berlin habe seit Anfang 2000 versucht, Projekte durchzuführen und intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben, sei aber oftmals gegen Wände gelaufen. Viele hätten Diskriminierungserfahrungen gemacht. Dadurch hätten die Muslime kein Vertrauen aufbauen können. Erst seit Kurzem werde überhaupt anerkannt, dass es Islamophobie gäbe. Die Spanier, Italiener etc. würden nicht so diskriminiert wie die Türken und die Araber.

Früher hätten die Migranten Kanaken und Dönerfresser geheißen, heute würden sie als muslimische Terroristen bezeichnet. Die IFB habe immer wieder versucht diesem Bild etwas entgegenzusetzen. Aber im Grundsatz hätten sie damit keinen Erfolg gehabt, auch wenn es, was positiv sei, in der letzten Zeit von Senatsseite aus zumindest Bemühungen gäbe, um in Kontakt miteinander zu kommen.

DITIB (Diyanet Islari Türk Islam Birliği), so erläutert **Herr Çetin**, ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. Sie untersteht der Aufsicht des staatlichen Präsidiums für religiöse Angelegenheit der Türkei, ist in Deutschland ein bundesweiter Dachverband und vertritt in Berlin 14 Moscheevereine.

Mit der Polizei hätte es in den vergangenen Jahren viele Kooperationen gegeben, führt Herr Çetin aus. Um die Anerkennung als Religionsgemeinschaft würde DITIB immer noch kämpfen. Der Religionsunterricht werde durch die IFB gut in den Schulen geleistet. Es müsse deshalb von DITIB keine weiteren Angebote in den Schulen geben. Später könnte der Unterricht evtl. in Kooperation miteinander durchgeführt werden.

Es sollten Staatsverträge geschlossen werden. Die bezirkliche Ebene funktioniere ziemlich gut. Vielen Moscheevereinen fehle das Know-How, um Projekte in Gang bringen zu können. Wertschätzung für die ehrenamtliche Arbeit sei wichtig und erfolge zu wenig. Die Moschee sei oft überlastet, denn sie müsse auf alles reagieren, was an Gewalt in der Welt geschähe. Alle dort arbeitenden Ehrenamtlichen sollten mehr ins gesellschaftliche Leben einbezogen werden. Gut sei, dass es beim Senat die islamische Grundsatzreferentin, Frau Chebli, gäbe.

Herr Dr. Schneider meint, dass es aus seiner Sicht nicht so sehr um ein Imageproblem, sondern mehr um ein Diskriminierungsproblem ginge.

Frau Nofal erklärt, dass der Name des Vereins Inssan, „Mensch“ bedeute und vor 10 Jahren gegründet worden sei. Dem Verein gehe es um eine Verortung der Muslime in dieser Gesellschaft. Er arbeite unter anderem an einem Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen. Dazu fänden in den Moscheen Veranstaltungen statt. Erschreckend sei, was die Muslime zum Teil für negative Erfahrungen machten und dass sie sich als Konsequenz zurückzögen. Dabei hätten sie in dieser Gesellschaft Rechte, die ihnen viel zu wenig bekannt seien und die sie deshalb viel zu selten nutzten.

Das Neutralitätsgesetz führe zu Diskriminierung auch außerhalb seines Geltungsbereiches. Es gälte zum Beispiel nicht für den Bereich der Verwaltung. Der Bezirk Neukölln aber würde es missbrauchen, indem er praktisch das Kopftuch in der gesamten Bezirksverwaltung verböte. Frau Nofal vermutet, dass das Neutralitätsgesetz darüber hinausgehende diskriminierende Auswirkungen habe, da viele Arbeitgeber – insbesondere im sozialen Bereich – sich auf das Neutralitätsgesetz bezögen und die Nichteinstellung von Frauen mit Kopftuch mit dem Neutralitätsgesetz begründeten. Deshalb müsse das Neutralitätsgesetz dringend abgeschafft werden. Es gehe insgesamt um mehr Partizipation und um Runde Tische in jedem Bezirk. Muslimische Vereine müssten mehr eingebunden werden.

Sehr negativ schätzt Frau Nofal ein, dass sich bei den insgesamt vier Brandanschlägen auf die Sethilik-Moschee der Bezirksbürgermeister nicht hätte blicken lassen.

Herr Mengelkoch hat 2007 das Amt des Integrationsbeauftragten in Neukölln übernommen. Damals hätte es dort 21 Moscheen gegeben, die ganz unterschiedlichen Richtungen angehört hätten. Er hätte zu Beginn seiner Tätigkeit alle muslimischen Vereine eingeladen, gekommen seien elf. Die Verständigung sei sehr schwierig gewesen. Viele der Anwesenden seien mit Dolmetschern gekommen, ein Anwesender hätte zum Übersetzen seinen 14jährigen Sohn mitgebracht.

Deshalb seien die Gesprächsrunden nicht besonders gut verlaufen und hätten schließlich nicht mehr stattgefunden.

Für ihn zeige der Verfassungsschutz die Grenzen der Zusammenarbeit auf. So sei z.B. Inssan damals im Verfassungsschutzbericht erwähnt worden und noch heute stehe Milli Görüs darin, mit dem die IFB zusammenarbeite. Die Muslime in der Al-Nur-Moschee seien Salafisten, diese würden als antidemokratisch eingestuft und deshalb verbiete sich die Zusammenarbeit mit ihnen. Mit der DITIB hätte es lange Zeit Probleme bei der Zusammenarbeit gegeben, weil die aus der Türkei geschickten Imame kein Deutsch gesprochen hätten.

Seiner Meinung nach, so Herr Mengelkoch, gehöre der Religionsunterricht nicht in die Schule. Ethik wäre eine sinnvolle Alternative. Religion sei Privatsache. Beten könnten die Muslime zu Hause oder in der Moschee, nicht in Schule und Arbeitsbereich. Er glaube schon, dass einem großen Teil der Muslime der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt sei, aber dafür seien sie zum großen Teil mangels Qualifikation selbst verantwortlich.

Frau Tank (Integrationsbeauftragte von Tempelhof-Schöneberg) führt aus, dass vor 50 Jahren das Anwerbeabkommen unterschrieben wurde, woran derzeit gerade erinnert werde; und dass schon immer Menschen aus unterschiedlichen Gründen migriert seien, gestern wie heute. Damals hießen die Menschen, die aus den Anwerbeländern nach Deutschland gekommen seien, Gastarbeiter, später nannte man sie Ausländer, dann Migranten. Wenn man heute über Migranten spricht, seien meist Muslime und Muslime gemeint oder Vermeintliche. In der Zwischenzeit hätte es einen Herrn S. gegeben, der mit seinen rassistischen Aussagen die Angst vor dem Islam geschürt hätte. Gruppen würden ausgegrenzt, ihnen würden bestimmte Eigenschaften auf Grund von Genetik zugesprochen. Heute seien es die Einen, morgen die Anderen. Sie hätte mit einem Lehrer gesprochen, der gesagt hätte: „Ich habe Angst vor einer Frau mit Kopftuch.“ Näher hätte er seine Angst aber nicht begründen können. Es gäbe eine weit verbreitete Angst vor einer Islamisierung. Der besagte Lehrer führte aus: „Ein Schüler hätte zu ihm „Scheiß Christ!“ gesagt“. Der Lehrer hätte sie daraufhin gefragt, was er tun solle. Sie hätte erwidert: „Was tun Sie, wenn er Arschloch sagt? - Das Gleiche tun Sie bitte auch bei Scheiß Christ. Es ist nicht spezifisch gegen die Religion gerichtet, sondern eben ein Lehrer-Schüler-Konflikt.“

Sie wäre von einer Frau angerufen worden, die ihr gesagt hätte, dass in der Nachbarwohnung so viele schwarze Menschen rein und raus gingen und man solle doch verdächtige Beobachtungen melden. Frau Tank sagt, sie könne noch mehr Beispiele dieser Art aufzählen. Man habe verpasst die Mehrheitsgesellschaft in die Vielfalt zu „integrieren“.

Frau Tank weist daraufhin, dass es auch Schwierigkeiten mit dem Neutralitätsgesetz gäbe. Viele Frauen würden dadurch diskriminiert. Es führe zur Verunsicherung auf beiden Seiten, Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmerinnen. Frauen mit Kopftüchern hätten es dreimal so schwer wie andere eine Arbeitsstelle zu finden.

Es gab das Forum Muslime in Tempelhof-Schöneberg, eine Gesprächsrunde für Menschen, die zu einer Verbesserung des Miteinanders von Muslimen und Nichtmuslimen beitragen wollten. In der Folge dieser Runde hätte es viele Veranstaltungen gegeben, um gegen den antimuslimischen Rassismus anzugehen. Die ehrenamtliche Arbeit, die viele Vereine leisteten, sei zeitlich begrenzt. Es ginge auch darum, finanzielle Strukturen aufzubauen und zu sichern, sonst fehle die Nachhaltigkeit.

Herr Koç (Türkischer Bund Berlin-Brandenburg) gibt an, der TBB sei mit 27 Einrichtungen in Berlin vertreten. Die Mitglieder seien Muslime und Nichtmuslime. Es gäbe auch Katholiken unter ihnen. Der TBB sei mit Insaan in einem Netzwerk verbunden. Es gäbe Zusammenarbeit zwischen muslimischen und anderen migrantischen, eher weltlichen Einrichtungen. Der Senat habe in den

vergangenen Jahren viel versäumt. Vor allem gäbe es zahlreiche soziale Probleme. Die islamischen Vereine müssten ihre Probleme selbst lösen, z.B. ihre Sprachprobleme. In den Verwaltungen sollte auch Türkisch gesprochen werden, denn dadurch würde Vertrauen entstehen. Das jedenfalls würde er auch unter Behördenöffnung verstehen. Dann hätten die Migranten keinen Dolmetscher nötig.

Der TBB habe nichts gegen religiöse Symbole. Die Situation sei in den Bezirken unterschiedlich. Vor fünf Jahren sei z.B. die Situation in Hellersdorf sehr schwierig gewesen, das habe sich aber gebessert. In Neukölln ginge es z.B. ganz gut. Es ginge um Teilhaberechte.

Die IFB und der TBB hätten Probleme miteinander.

Herr Dr. Schneider führt aus, dass der Islam in den Quartieren gelebt werde. Die Interessenvertreter seien viele und sehr unterschiedlich. Es gäbe auch Muslime, die nur für sich selbst sprächen und nicht für einen Verein. Es gäbe politische und religiöse Vertretungen von Migranten.

Herr Kesici erklärt, dass die religiösen Gemeinden vor allem Interesse an der Wahrnehmung religiöser Aufgaben hätten. Ihr Engagement im Bereich der Integration sei vollkommen freiwillig. Eigentlich würden sie sich dafür gar nicht zuständig fühlen. Auch nicht für das Thema „Gewalttätiges Handeln von Jugendlichen“. Die Jugendlichen, die zu den Moscheegemeinden gehörten, seien im Allgemeinen gebildete, junge Menschen mit Schulabschluss und verhielten sich nicht gewalttätig. Warum also sollten die Muslimvereine sich um das Thema Gewalt kümmern? Sie hätten soviel anderes zu tun.

Sie seien auch nicht verantwortlich für Konflikte, die es in der Türkei gäbe. So wäre dort z.B. vor 20 Jahren ein junger Türke in einer türkischen Moschee verprügelt worden. Dieser junge Mann hätte noch heute etwas gegen den Islam. Aber was hätten die muslimischen Vereine in Berlin, was hätte er heute damit zu tun? Die Muslime hier müssten nicht zu allem was fälschlicher Weise im Namen des Islam auf dieser Welt geschähe, Stellung beziehen und sich dagegen engagieren. Von der Mehrheitsgesellschaft und dem Senat wünsche Herr Kesici sich, dass sie mehr auf die Vereine zgingen. Sie seien schon lange dabei, sich zu öffnen. So hätten sie Tage der offenen Tür organisiert. Das wäre am Anfang sehr schwer und mit großem Arbeitsaufwand verbunden gewesen. Heute sei es ein Selbstläufer.

Herr Mengelkoch erläutert, dass es für ihn schrecklich sei, was sich in Berlin abspiele. Er sei vor Jahren extra nach Berlin gekommen, weil er sich aus dem katholischen Sumpf, in dem er in Westdeutschland gelebt hätte, befreien wollte. Jetzt müsse er sich wieder ständig mit diesem religiösen Gedöns auseinandersetzen. Wir seien ein säkularer Staat, Religionsunterricht hätte in den Schulen nichts zu suchen, auch keine religiösen Symbole und dazu zähle nun mal das Kopftuch. Frau Nofal meint, dass sie auch katholisch gewesen sei und früher sehr unter Einzwängungen gelitten hätte. Davon habe sie sich befreit und habe sich schließlich dem Islam zugewendet. Heute möchte sie nicht immer in vorwurfsvoller Art und Weise mit ihrer Religion konfrontiert werden. Hier in Berlin wollten viele Menschen nichts mit der Religion zu tun haben. Sie seien antireligiös. Sie wollten keine Religion. Nun käme der Islam in die Schulen und es gäbe, zunächst einmal, eine Abwehrhaltung. Das sei aber destruktiv. Heute gäbe es wieder viele Menschen, die religiös seien und Mauern zu bauen sei keine Problemlösung. Es sei nun mal Realität, dass es die Religion gäbe und damit müsse man sich auseinandersetzen.

Herr Mengelkoch: Derzeit gäbe es in Neukölln 88 unterschiedliche religiöse Gemeinden. Es gäbe dazu eine Broschüre, die der Bezirk herausgebracht hätte. Jede Gemeinde sei darin kurz beschrieben. In einer Veranstaltung, zu der alle 88 eingeladen worden wären, hätten sich 17 Gemeinden vorgestellt. Es gäbe eine enorme Bandbreite unterschiedlicher religiöser Gruppen im Bezirk.

Die Arbeitslosigkeit sei das große Problem schlechthin. Noch sei es halbwegs friedlich in Neukölln. Aber wenn den Menschen etwas von Transferleistungen weggenommen würde, dann könnten sich alle auf was gefasst machen.

Es wäre negativ, wenn heute alle Abitur machen müssten. Das nur das Abitur zähle, das sei Quatsch. Was ist mit der Anerkennung für den Handwerker, für die Frisörin. Brauchen wir die nicht auch? Muss es nicht auch Menschen geben, die andere Berufe als die mit Abitur ausüben? Er hätte festgestellt, dass Menschen, die Hartz IV bekämen, als Imame tätig seien. Das ginge nicht, das wäre nicht richtig, dass der Staat einen Prediger bezahle, obwohl die Moschee gut besucht sei und sicherlich über genügend Spendeneinnahmen verfüge ihren Imam aus eigenen Mitteln zu bezahlen.

Die Arbeitslosigkeit dränge Menschen in die konservative Ecke, ins Religiöse. Mangelnde Bildung und Frömmigkeit, daraus ergebe sich auch eine große Verantwortung für die Leitung der Moscheevereine. Überall würde er zur Auseinandersetzung mit religiösen Fragen gedrängt, was er gar nicht wolle. Beträume in den Schulen, Religionsunterricht, Moscheen, Kopftücher, dieses ganze Pipapo, störe ihn sehr.

Herr Çetin weist darauf hin, dass sich an der Woche gegen Gewalt, durchgeführt von den muslimischen Vereinen und der alevitischen Gemeinde sowie unterstützt von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, auch die AL-Nur-Moschee beteiligt hätte. Das zeige, dass es auch möglich sei, die Salafisten mit einzubeziehen. Auch die Aleviten wären dabei gewesen. Das hätte vorher niemand für möglich gehalten, aber sie hätten gemeinsam diskutiert und eine gemeinsame Sache geschaffen und durchgeführt.

Die Salafisten würden den Jugendlichen sehr attraktive Angebote machen. Daher ist Religionsunterricht sehr wichtig. Dieser sollte staatlich kontrolliert werden, damit die Salafisten weniger Gehör fänden. Wo sollten die Jugendlichen denn sonst den Islam lernen? In der Moschee, in der Familie? In den Hinterhöfen? Dort würde so viel Falsches verbreitet und zwar all das, was diese Gesellschaft gar nicht will, nicht gut findet und was dem Islam schade. Der Jugendliche werde in eine Ecke gedrängt, lande in den Hinterhofmoscheen, bei fanatischen Predigern, er werde in Parallelgesellschaften abgedrängt.

Es hätte offene Runden bei Herrn Senator Körting gegeben, viel sei diskutiert worden. Klar sei, dass die DITIB niemals Pierre Vogel einladen würde, denn durch ihn würde ein schlechtes Licht auf den Islam geworfen.

Es mangle in dieser Gesellschaft an Chancengleichheit.

Herr Dr. Schneider meint, dass die meisten Parteien für religiöse Neutralität seien. Sie seien gegen einen staatlichen Einfluss in der von Herrn Çetin geäußerten Richtung. Was könnte dennoch getan werden?

Herr Kesici fragt sich, ob Herr Mengelkoch in seiner Position der Richtige sei? Er spräche abwertend und erfülle keine Brückenfunktion. Er sei nicht der Meinung, dass diejenigen, die sich dem Islam zuwendeten, die Dummen und Ungebildeten seien. Meinungen, wie die von Herrn Mengelkoch, würden die Muslime davon abhalten, in die Gesellschaft zu gehen. So machte die IFB z.B. sehr viel Hausarbeitshilfe. Das täten sie nicht, damit die jungen Menschen dumm blieben, sondern genau im Gegenteil, um ihnen zu guten Abschlüssen zu verhelfen. 2001 sei der Religionsunterricht eingeführt worden. In den Schulen, in denen das so sei, sei die Gewalt

zurückgegangen. Der Islam verlange Respekt vor anderen Religionen. Der Religionslehrer könne viel erreichen. Manchmal würde er denken, dass es besser wäre, die eigene Kraft in die eigenen Angelegenheit zu investieren, dann könnten die Muslime mehr erreichen, als wenn sie sich immer wieder erneut um die Anerkennung in dieser Gesellschaft bemühten.

Das ist ein hartes Urteil, resümiert **Herr Schneider**.

Herr Koç fordert die stärkere Öffnung der Verwaltung. Außerdem müsse es mehr Gebetshäuser geben, damit die Muslime aus den Hinterhöfen heraus kämen. Das Image müsse sich zum Gesehen-Werden hin verändern. Die Sehitlik-Moschee ist dafür ein gutes Beispiel, eindrucksvoll sichtbar und für alle geöffnet.

Der Ethikunterricht sei die richtige Lösung. Sein Sohn fühle sich gut dabei. Zusätzlich könne es freiwillig Religionsunterricht geben. Alles müsse sich allerdings noch besser einspielen. Auf keinen Fall wolle er eine Teilnahmepflicht. Ethik sei ausreichend.

Frau Tank meint, sie habe manchmal das Gefühl, die Migrantinnen und Migranten seien immer wieder Sündenböcke. Sie seien immer wieder an allem Schuld, an den schlechten Bildungsergebnissen, an den Schulen in sozialen Brennpunkten, an der Gewalt, an der großen Zahl der Hartz IV-Empfänger. Nur dumme Menschen wendeten sich der Religion zu, das wäre nicht ihre Meinung. Damit hätte sie Probleme. Sie wünsche sich mehr Größe im Umgang miteinander.

Sie sei zwar nicht religiös, aber für die Verteidigung der durch das Grundgesetz verbürgten Religionsfreiheit und für die Sichtbarkeit von religiösen Vereinen. Die Moscheen sollten öffentlich sichtbar sein.

Ein großes, schönes, offenes Gebäude sei in Berlin gescheitert, bedauert **Frau Nofal**. Zweimal hätte es von Inssan entsprechende Versuche gegeben. Deshalb müsse sich niemand wundern, wenn die Muslime dann in die Hinterhöfe gingen. Das Baurecht müsse geändert werden. Es gäbe das Recht, dass Raum für den Kirchenbau zur Verfügung gestellt werden müsse. Vergleichbares müsste es auch für die Moscheen gelten.

Inssan stand damals im Verfassungsschutzbericht, insistiert **Herr Mengelkoch**, Mille Görüs auch, das sei doch kein Zufall.

Er sei gegen Religionsunterricht in der Schule, dort müsse er ganz raus. Religionsunterricht hätte in einer Schule nichts zu suchen. Wünschenswert wäre es allerdings, dass genauso wie bei Katholiken und Protestanten der Staat auch für die Muslime Kirchensteuer einzöge, damit die muslimischen Einrichtungen endlich mit genügend Geld ausgestattet werden könnten, um professionell arbeiten zu können.

Inssan hätte nur deshalb im Verfassungsschutzbericht gestanden, so **Frau Nofal**, weil sich der Verein mit vielen anderen Einrichtungen vernetzt hätte, was für die Arbeit sehr wichtig sei. Damit die Ablehnung eines Moscheebauprojekts von Inssan zu begründen, sei rechtlich überhaupt nicht zulässig.

Die Vereine litten unter mangelnden Ressourcen. Es werde sehr viel von ihnen erwartet. Alles müssten sie mit Hilfe von ehrenamtlicher Arbeit leisten und zwar sowohl die Gemeindegarbeit nach innen als auch die gesamtgesellschaftliche Arbeit nach außen. Das sei zuviel. Der Senat solle deshalb nun nicht die Moscheen finanzieren, aber finanzielle Unterstützung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben müsse es in irgendeiner Form geben.

Sie frage sich auch immer mal wieder, ob sie sich nicht zurückziehen sollte. So fürchte sie z.B., dass es mit einem Innensenator Henkel mehr Probleme geben werde, als mit Herrn Dr. Körting. Inssan hätte viele Jahre gekämpft und jetzt seien sie endlich förderungswürdig. Das hätte viel Kraft gekostet.

Die Grenzen des Dialogs seien erreicht, stellt **Herr Dr.Schneider** fest, wenn Beteiligte es an Respekt mangeln ließen. Dies hieße nicht auf kritische Äußerungen verzichten zu müssen.

Es sei ein Manko, dass es keine Islamsteuer gäbe. Denn wie sollten die islamischen Gemeinden ihre Imame bezahlen, wenn es wirklich gelänge, sie an Hochschulen auszubilden. Ein Pfarrer erhalte etwa 3000 € im Monat. Das könne sich keine islamische Gemeinde leisten.

Teilnehmer 1: Es sei hier sehr schwer für Muslime, stelle er fest, wenn er die Äußerungen von Herrn Mengelkoch höre. Er sei seit 1996 eingebürgert, aber bis heute wüsste er nicht, was er denn als Muslim dürfe und was nicht. Dürfe er seine Religion praktizieren, ja oder nein? Dürfe er damit in die Öffentlichkeit gehen? Alle müssten sich mehr kennen lernen. Er wolle sich hier wohl fühlen, aber das sei oft schwierig. Er sei jedenfalls erschüttert über das, was hier gesagt würde.

Teilnehmer 2: Er sei als Sozialarbeiter bei Outreach tätig. Er stelle in seiner Arbeit fest, dass es einen fast fanatischen Egoismus gäbe. Das Füreinanderdasein sei nicht vorhanden, die Jugendlichen bauten Mist und begründeten ihr Verhalten dann mit der Religion, obwohl sie davon keine Ahnung hätten. Wozu seien die muslimischen Einrichtungen da, wenn sie die Jugendlichen nicht erreichten? Außerdem würden die Muslime selbst andere diskriminieren. Alle religiösen Einrichtungen sollten über andere Religionen aufklären und so zur Toleranz untereinander beitragen. Die Aufklärung untereinander sei besonders wichtig. Die muslimischen Einrichtungen hätten hier viele Möglichkeiten. Außerdem müsste es von den islamischen Einrichtungen mehr Positionierung gegen Pierre Vogel geben.

Teilnehmerin 1: Vieles werde persönlich genommen, obwohl es so gar nicht gemeint sei. Es würden in der Stadt nicht mehr Räume für muslimische Einrichtungen benötigt. Viel wichtiger sei der Abbau von Vorurteilen. Das Gegeneinander finge schon damit an, dass die einen sich für Schöneberger und die anderen für Neuköllner hielten. Jeder meine, er sei so anders als der andere, so viel besser als der andere. Es müsse viel mehr im Kleinen getan werden.

Teilnehmer 3: Er sei Muslim und Student an der Katholischen Hochschule, was kein Problem sei. Jeder müsse sich an die eigene Nase greifen und sich fragen, ob er genügend für das friedliche Miteinander in der Stadt getan hätte. Jeder müsse schauen, wo seine eigene Kraft sei und nicht immer alles auf andere schieben. Der extreme Leistungsgedanke in unserer Gesellschaft sei negativ. Der Mensch zähle erst, wenn er Akademiker sei. Alle Berufe darunter würden nicht gewürdigt. Zu den Problemen zähle auch die Weltebene, die Finanzen und Vieles mehr.

Teilnehmer 4: Er sei Sozialarbeiter. Der Islam gehöre nun mal zu dieser Welt, viele Religionen und Nichtreligionen gehörten zu dieser Welt. Das müsse akzeptiert werden. Jede Diskussion, auch wenn sie noch so kontrovers sei, sei gut, denn sie trüge zum sich Bewegen bei. Seine Frau würde etwas anderes glauben als er. Das sei ein guter Anlass um ins Gespräch miteinander zu kommen. Keine Religion habe das Recht von den Menschen zu verlangen, dass sie nur ihr angehören dürften. Dann hätte Religion mit Gewalt zu tun. Insgesamt gesehen würde hier zu ernsthaft diskutiert. Man müsse nicht immer alles so ernsthaft nehmen. Der Workshop hieße: Brücken bauen – aber wie? Darum ginge es doch. Der Glaube gehöre zur Gesellschaft, das brächte Konflikte, aber das sei gut so. Außerdem gäbe es doch gar nicht so viele Probleme.

Herr Dr. Schneider erinnert daran, dass die Ahmaddis in Heinersdorf schon große Probleme gehabt hätten, als sie dort eine Moschee bauen wollten. Dort hätte es viel Protest von den Anwohnern gegeben. Die Ahmaddis wären schwer unter Druck gesetzt worden und hätten heftige Probleme bewältigen müssen, bevor sie sich schließlich hätten durchsetzen können.

Immer wieder werde gesagt, dass die Jugendlichen über den Islam nicht Bescheid wüssten und fälschlicher Weise ihr negatives Verhalten damit rechtfertigen würden. Sollte es deshalb einen staatlichen Religionsunterricht geben oder sei Ethik geeignet, die richtigen Informationen zu vermitteln? **Teilnehmer 5:** Religion sei Privatsache. Deshalb sei Ethik in der Schule als staatliches Fach genau richtig, Religionsunterricht aber nicht.

Teilnehmerin 2: Sie gehöre dem deutschsprachigen Muslimkreis an und sei Erzieherin in einem Kinderladen. Es ginge ihr darum, die Kinder zu einer positiven Einstellung zu dieser Stadt zu erziehen, das sei wichtig. Sie hätte mit den Kindern und zwei anderen Frauen mit Kopftuch einen Ausflug gemacht. Immer wieder würde sie abschätzig angeschaut.

Sie sei mit einer Kindergruppe in einen Laden gegangen und die Verkäuferin hätte sofort gesagt: Raus hier! Daraufhin hätte sie ein längeres Gespräch mit der Verkäuferin geführt und diese hätte sich zum Schluss entschuldigt.

Kann der islamische Religionsunterricht ein Element zum Brückenbauen sein, fragt **Herr Dr. Schneider**, wenn dort die muslimischen Kinder nur unter sich seien?

Im Religionsunterricht lernten die Kinder, so erklärt **Herr Kesici**, was es bedeute Muslim zu sein. Es bedeute, andere zu respektieren. Der Religionsunterricht mindere die Gewalt an den Schulen. Es käme auch vor, dass ein Imam Falsches vermittele. Die IFB bemühe sich darum, für eine bestimmte Qualität des Religionsunterrichts zu sorgen.

Die Muslime würden meistens für fundamentalistisch gehalten und müssten dem ständig etwas entgegensetzen. Mittlerweile hätten sie ein Standing entwickelt, ein Selbstbewusstsein. Sie wüssten, dass sie als Moslems Rechte hätten und müssten sich deshalb nicht aus dieser Gesellschaft zurückziehen. Sie wüssten, dass sie hier leben können.

Schockiert sei er manchmal weiterhin darüber, wie Deutschland funktioniere. Der Verfassungsschutz z.B. solle informieren, das sei seine Aufgabe. Er verbiete nichts, werde aber oftmals als Vorwand benutzt, um die Zusammenarbeit mit bestimmten Gruppierungen zu verhindern.

Islamsteuer dürfe es in einem säkularen Staat nicht geben. Das sei Verfassungsbruch.

Herr Koç weist darauf hin, dass der Verfassungsschutzbericht nur ein Bericht sei. Auch wenn Vereine dort erwähnt würden, dürfe man trotzdem mit ihnen zusammenarbeiten. Für all das, was Herr Kesici gesagt habe, reiche der Ethikunterricht aus. Dort könnte alles gelernt werden, was zum Thema Religionen und Weltanschauungen wichtig sei.

Das Sammeln von Geldern sollten die Gemeinden selbst machen. Eine mögliche Variante könnte es sein, dass man einen entsprechenden Eintrag in die Steuerkarte beantragen könne, so dass das Einziehen der Gelder leichter von statten gehen könne.

Für die Öffnung der Verwaltung, bemerkt **Herr Mengelkoch**, gäbe es zu wenig Geld. Das habe die Vergangenheit gezeigt. Wichtig sei eine stabile Streitkultur. Menschen sollten die Probleme, die sie auf dem Herzen haben, auch aussprechen. Zu den Problemen gehöre auch das, was im Verfassungsschutzbericht stünde. Gegen die Personen von Frau Nofal und Herrn Kesici hätte er nichts einzuwenden, gegen die Organisationen schon. Auseinandersetzung sei notwendig. Durch Reibung entstehe Wärme.

Herr Dr. Schneider erinnert an die Kopftuchfrage.

Es ging darum, Vorurteile abzubauen, so **Frau Nofal**. Nach so vielen Jahren Kopftuch hätten sich daran doch alle längst gewöhnt. Betroffene müssten gestärkt werden. Sie sollten sich als Bürger dieses Staates verstehen, wissen, dass sie Rechte haben und für die Durchsetzung dieser Rechte kämpfen und vor Gericht gehen, wenn es Hindernisse gäbe. Empowerment, darum ginge es.

Die Teilnehmerin von Outreach meinte, dass Muslime nicht nur diskriminiert würden, sondern selbst diskriminierten. Um das zu beurteilen, müsste erst einmal geklärt werden, wer die Macht habe. Die Diskriminierungen von der einen und der anderen Seite seien nicht gleich zu bewerten. Die Diskriminierungen von Migranten seien zumeist Reaktionen auf Diskriminierungen, die sie selbst meist über einen längeren Zeitraum erfahren hätten.

Sie sei gegen staatlichen Religionsunterricht. Es müsse Ethik geben und zusätzlich Religionsunterricht, das sei gut. Sie hält repräsentative Moscheen für wichtig sowie runde Tische. Die Muslime müssten in die kommunalen Strukturen mehr einbezogen werden. Niemand sollte sich hinter dem Verfassungsschutzbericht verstecken. Es müsste mehr Projekte wie die „Woche gegen Gewalt“ geben, die die Muslime mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt durchgeführt hätten.

Frau Tank wünscht sich eine offene Verwaltung, damit sei für sie nicht nur ein Mehr an Einstellungen verbunden, sondern auch ein Mehr an Angeboten für Migranten. In diesen Angeboten müsste sich die Vielfalt dieser Gesellschaft widerspiegeln. Dann könnten diese Angebote zu gegenseitiger Akzeptanz und zu Respekt beitragen. Es müsse allerdings auch möglich sein, dass Gruppen unter sich blieben, ohne dass sie gleich zu Parallelgesellschaften abgestempelt würden.

Es müsse Konzepte, Angebote und Veranstaltungen geben, die der Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung tragen. Jeder Mensch habe viele Facetten. Gemeinschaftlich müssten Interessen gestärkt werden. Gegebenenfalls müssten auch Gelder neu aufgeteilt werden.

Es müsse mehr Aufklärung unter den Muslimen geben, resümiert **Herr Çetin**, denn sie würden diskriminiert. Wer diskriminiert werde, würde irgendwann selbst diskriminieren. Viel Potential sei unter den Muslimen vorhanden. Sie würden nicht aufgeben. Wichtig sei es nicht, weitere Moscheen zu bauen, sondern z.B. stattdessen lieber Bildungseinrichtungen.

In den Lehrerfortbildungen für die Schulen würden leider häufig Orientalisten das Bild über den Islam verbreiten. Hier machten die Falschen die Fortbildungen. In die Ethikausbildung müssten auch Muslime mit eingebunden werden, damit nichts Falsches vermittelt würde. Eltern und Lehrer hätten gegenseitig große Vorurteile, die müssten abgebaut werden. Gut wäre es, wenn es in Fortbildungen z.B. Tandems gäbe, weltliche Fortbildner in Verbindung mit geistlichen. In der Medienlandschaft müsse sich Vieles ändern, denn die Medien sorgten für ein negatives Islambild. Von den Jugendlichen, die in die Moscheen gingen, würde keine Gewalt verübt.

Es müsste islamische Bildungseinrichtungen geben. Religionen könnten zu Kriegen führen, das gelte für beide Religionen. Am besten sei es, Friedrich II. nachzueifern, der gesagt hätte: „Jeder soll nach seiner Façon selig werden“ und sich auf die Blütezeit des Islams zu besinnen, die von Respekt und Toleranz geprägt gewesen wäre. Die Religion poche nicht auf Hass, sondern auf Liebe. Gott habe den Menschen als Mann und Frau geschaffen, er habe viele verschiedene Völker und Sprachen geschaffen, auf dass die Menschen einander kennen lernten.

Autor/innenverzeichnis

Cvetka Bovha

cvetka.bovha@gmx.net

Netzwerk Betzavta und mehr: betzavtaundmehr@web.de

Sawsan Chebli

Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten, Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr. 47, 10179 Berlin, Tel.: +49-30/ 90223-2189, Mobil: +49/151 16 250 896

E-Mail: sawsan.chebli@seninnsport.berlin.de

Ulrich Dovermann

Bundeszentrale für politische Bildung, Fachbereich „Extremismus“

Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-0 (Zentrale),

E-Mail: info@bpb.de

Thomas Härtel

Bis Ende 2011 Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

1999 bis 2006 Staatssekretär für Bildung Jugend und Sport

2007 bis 2011 Staatssekretär für Sport in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld,
Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld

Tel: 0521/106-3164, Fax: 0521/106-6415

www.uni-bielefeld.de/ikg

Heroes

Falkstr. 27, 12053 Berlin

Tel +49 30 509 18 060

E-Mail: info@heroes-net.de

homepage: www.heroes-net.de

Lela Lähnemann

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen
Diskriminierung, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Oranienstr. 106, 10969 Berlin

E-Mail: gleichgeschlechtliche@senaif.berlin.de

www.berlin.de/lads

Kerstin Knye

Netzwerk Betzavta und mehr:

betzavtaundmehr@web.de ,

E-Mail: kknye@gmx.de

Michael Kohlstruck

TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung

E-Mail: michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Jana Marek

Erzieherin, Diplom-Sozialpädagogin, Dialogprozess-Begleiterin (Facilitator), Ausbilderin von Multiplikatoren und Eltern, Entwicklerin des Ausbildungskonzepts und Ausbilderin von Dialogprozess-BegleiterInnen nach dem Konzept ELTERN STÄRKEN

Thomas Mücke

Pädagogische Leitung von Violence Prevention Network e.V.

Alt-Moabit 73, 10555 Berlin

Tel: +49 30 917 05 464

thomas.muecke@violence-prevention-network.de

www.violence-prevention-network.de

Sigrid Peuker

M.A., Kommunikationswissenschaftlerin, Akazienstr. 20, 10823 Berlin, Tel.:(30) 781 31 77,

E-Mail: mail@sigridpeuker.de

<http://www.sigridpeuker.de>

Johannes Schopp

Diplom-Sozialarbeiter, Dialogprozess- Begleiter (Facilitator), Entwicklung des Konzepts ELTERN STÄRKEN, Ausbilder von Multiplikatoren und Eltern, Entwickler des Ausbildungskonzepts und Ausbilder von Dialogprozess- BegleiterInnen nach dem Konzept ELTERN STÄRKEN, Mitglied des Praxis-Beirats der SINNSTiftung.E-Mail: post@jschopp.de

Yasemin Shooman

TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung

E-Mail: shooman@mail.tu-berlin.de

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren und Papiere

Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996
Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997
Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997
Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998
Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen
Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999
Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003
Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene – Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
Adressen gegen Gewalt, 2009
Empfehlungen der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005
Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005
Integration von Migrantinnen und Migranten – Dokumentation des Open Space am 26. / 27.09.2006 der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich – Ebert – Stiftung, 2006
Sexuelle Gewalt – Entwicklung und Standortbestimmung eines facettenreichen Themas des Kinder- und Frauenschutzes, Prof. Dr. Barbara Kavemann, 2007
Sexuelle Gewalt – Wo stehen wir heute? Ein Überblick über die Zugänge zu Vergewaltigung und sexueller Gewalt in Großbritannien, Prof. Liz Kelly, 2008
Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für alle Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“ – Die Texte der Preisträgerinnen und Preisträger, 2007

Flyer

Flyer: Elterinformation „ Null Bock auf Schule“ zum Thema Schuldistanz, 2003 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch
Flyer: Elterninformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2004 Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbo – Kroatisch
Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter, 2006

Plakate

Siegerplakat des Wettbewerbs zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“., 2004
Siegerplakat des Wettbewerbs für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus mit dem Titel: „Intoleranz betäubt die Sinne“, 2008
Siegerplakat des Kunstwettbewerbes „Welche Farbe hat deine Toleranz?“, 2011

Hefte aus der Reihe

Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 1, 1999 Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 2, 2000 Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000 „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000 Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule – Jugend – Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6.7.2000 Schwerpunkt: Binationalität
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz – Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.7, 2001 Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 Schwerpunkt: Rechtsextremismus
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung – Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 Schwerpunkt: Häusliche Gewalt

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechts- extremismus, Antiaggressionstraining</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 Kriminalitätsoffer</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 Schuldistanz</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Ge- waltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation eines Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstra- tegien vom 29.04. bis 30.04.2004</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich – Ebert – Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für’s Leben – Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, Schwerpunkt: Elternkurse</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Be- zirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23.11.2004 in der Friedrich – Ebert – Stiftung Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezirke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Her- kunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, 2005 Soziales Lernen in der Berliner Schule – Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, 2005 Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“</p>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24.11.2005 Männliche Sozialisation und Gewalt</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen“ am 22.2.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 26, 2006 Intensivtäter Teil I – Ergebnisse der Analyse von Intensivtäterakten der Staatsanwaltschaft Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 27, 2007 Dokumentation der Fachtagung „Das jugendliche Opfer“ vom 28.9.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 28, 2007 Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin – Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 29, 2007 Dokumentation des 7. Berliner Präventionstages am 1.11.2006 Psychische Gewalt</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30, 2007 Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus – Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 31, 2007 Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt – „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 32, 2007 Dokumentation der Tagung „Männliche Sozialisation und Gewalt – Geschlechtsbewusste Arbeit mit Jungen: Kita, Schule, Jugendhilfe, Familie, Sport“ am 29. und 30.08.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33, 2007 Intensivtäter in Berlin - Teil II – Ergebnisse der Befragung von Intensivtätern sowie der Auswertung ihrer Schulakten</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 34, 2007 SCHLAGWORT Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin Dokumentation der Tagung am 27. und 28.8.2007 Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 35, 2008 Dokumentation des 8. Berliner Präventionstages am 31.10.2007 Schwerpunkte: In Würde aufwachsen (Prof. Dr. Klaus Hurrelmann), Stärkung von Erziehungskompetenzen, Frühe Hilfen, Zusammenarbeit von Eltern und Schule, Erziehungspartnerschaften, Koordinierter Kinderschutz</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 36, 2009 Dokumentation des 9. Berliner Präventionstages am 14.10.2008 Kinder- und Jugenddelinquenz</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 37, 2009 Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus „Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. Mach mit!“</p>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 38, 2009 Dokumentation der Veranstaltung „Jugendgewalt: Was leisten Trainings, Kurse und Seminare“ am 7.10.2008</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 39, 2009 Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechts- extremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung, September 2009</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 40, 2010 Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 41, 2010 Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages am 10.11.2009 Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 42, 2010 Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 43, 2010 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zur Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshin- tergrund und zur Steigerung der Konfliktlösungskompetenz von männlichen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 44, 2011 „Intensivtäter“ in Berlin Teil III Haftverläufe und Ausblicke auf die Legalbewährung junger Mehrfachtäter</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 45, 2011 Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt in Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 46, 2012 Dokumentation des 11. Berliner Präventionstages vom 03.11.2011 „Brücken bauen – Respekt fördern – Vielfalt gestalten“</p>

Alle Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de herunter geladen werden oder bestellt werden bei der

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 90223 2913, Fax: 90223 2921